

Die Eignung von Sozialproduktsberechnungen als Erfolgsmaßstab staatlicher Wirtschaftspolitik in verschiedenen Wirtschaftssystemen

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Philippps-Universität Marburg/Lahn

vorgelegt von
Heinz Stoffregen
Diplom-Volkswirt aus Rheydt

Marburg
1967



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die Eignung von Sozialproduktsberechnungen als Erfolgsmaßstab staatlicher Wirtschaftspolitik in verschiedenen Wirtschaftssystemen

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Philipps-Universität Marburg / Lahn

vorgelegt von
Heinz Stoffregen
Diplom-Volkswirt aus Rheydt

Marburg
1967



Als Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen
Fakultät angenommen am: 1. Februar 1967

Berichterstatter: Professor Dr. Hensel

Mitberichterstatter: Professor Dr. Hamm

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Februar 1967

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	<u>Seite</u>
E i n f ü h r u n g	1
Teil I	
AUFGABEN UND ZIELE DER STAATLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK IN VERSCHIEDENEN WIRTSCHAFTSSYSTEMEN	4
1. Die allgemeinen Aufgaben und Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik	4
2. Die besonderen Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozess einer Marktwirtschaft	7
3. Die besonderen Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozess einer Zentralverwaltungswirtschaft	13
4. Vergleich der Aufgaben und Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik in den beiden Wirtschaftssystemen	15
5. Die Größe des Sozialproduktes als Erfolgsmaßstab	17
Teil II	
DIE EIGNUNG DER SOZIALPRODUKTSBERECHNUNGEN ALS MAßSTAB WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLGES	20
A. Methoden und Ziele der Sozialproduktsberechnungen	20
1. Die Entwicklung der Sozialproduktsberechnungen	20
2. Gegenwärtige Methoden der Sozialproduktsberechnung	23
a) Die Entstehungs- oder Aufkommensrechnung	24
b) Die Verteilungsrechnung	25
c) Die Verwendungsrechnung	25
3. Naturale und monetäre Betrachtungsweise bei der Sozialproduktsberechnung	26
4. Die Ziele der Sozialproduktsberechnungen und die Verbindung mit der staatlichen Wirtschaftspolitik	28
5. Vergleichung der Wirtschaftssysteme	30

B. Zusammenhänge zwischen Bewertungen, Preisen und Sozialproduktsberechnungen in einer Marktwirtschaft	32
1. Die Bewertung der Güter in einer Marktwirtschaft	32
a) Die Rangordnung der außerwirtschaftlichen Ziele	32
b) Preise als Mittel und Ergebnis der Bewertungen	34
c) Die Beziehung zwischen Güterpreisen und Grenznutzen des Geldes	35
d) Die Beziehung zwischen Umsatz, Gesamtnutzen und Gesamtkosten der Güter	37
2. Die Bedeutung der Preise für die Sozialproduktsberechnung	41
a) Die Berechnung des Sozialproduktes mit Hilfe von jeweiligen Marktpreisen	41
b) Die Berechnung des Sozialproduktes mit Hilfe von festen Preisen	44
c) Die Aussagekraft der Sozialproduktsberechnungen bezogen auf die Bedürfnisbefriedigung	48
3. Der Grad der Bedürfnisbefriedigung als Problem der Verteilung der verfügbaren Güter	50
a) Der Nutzen als nicht kardinal meßbare Größe	50
b) Zusammenhänge zwischen der Verteilung der Güter und der Höhe des Lebensstandards	51
c) Der Nutzen als subjektive Größe	52
4. Die Eignung der Sozialproduktsberechnungen als Maßstab wirtschaftlichen Erfolges in einer Marktwirtschaft	54
C. Zusammenhänge zwischen Bewertungen, Preisen und Gesamtproduktsberechnungen in einer Zentralverwaltungswirtschaft	56
1. Die Bewertung der Güter in einer Zentralverwaltungswirtschaft	56
a) Die Rangordnung der außerwirtschaftlichen Ziele	56
b) Die Planung des Wirtschaftsprozesses	57
c) Die Geldrechnung in der Zentralverwaltungswirtschaft	57

2. Die Bedeutung der Preise für die Gesamt- produktsberechnung	64
3. Die Eignung der Gesamtproduktsberechnungen als Maßstab wirtschaftlichen Erfolges in einer Zentralverwaltungswirtschaft	66

Teil III

DIE SOZIALPRODUKTSBERECHNUNGEN IN VERSCHIEDENEN WIRT- SCHAFTSSYSTEMEN	69
1. Die Sozialproduktsberechnung in der Bundesrepu- blik Deutschland	70
a) Die verschiedenen Sozialprodukte	70
b) Geldströme und Güterströme in der Sozial- produktsberechnung	72
c) Die Genauigkeit der Sozialproduktsberechnung	74
2. Die Gesamtproduktsberechnung in Mitteldeutschland	78
a) Die Aufkommensrechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens	80
b) Das Wachstum der verschiedenen berechneten Größen	83
c) Die Anteile am Aufkommen des Brutto- und Netto-Produktes	84
d) Die Abgrenzung der materiellen Produktion bei der Aufkommensrechnung	85
e) Die Verwendungsrechnung des Nationaleinkommens	86
f) Die Aussagekraft der berechneten Größen	88

Teil IV

DAS VERHÄLTNISS VON SOZIALPRODUKTSBERECHNUNGEN ZUR STAAT- LICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK	89
1. Die Größe des Sozialproduktes oder sein Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel	89

a) Marktwirtschaft	89
b) Zentralverwaltungswirtschaft	92
2. Die Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen	93
3. Der Mißbrauch von Sozialproduktsberechnungen als Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik	96
Z u s a m m e n f a s s u n g	97
Verzeichnis der benutzten Literatur	101
1. Im Text aufgeführte Schriften	101
2. Andere benutzte Literatur	104

Einführung

"Stetiges Wirtschaftswachstum als wirtschaftspolitisches Programm" nennt Paulsen einen Paragraphen im Kapitel "Probleme des Wirtschaftswachstums"¹⁾. Dieses wirtschaftspolitische Leitziel wird unter anderem verstanden als das Ziel eines höheren Lebensstandards, und Paulsen schließt sich der Meinung an, die staatliche Wirtschaftspolitik könne das Wirtschaftswachstum fördern, und es gelte ein "ausreichendes und stetiges Wirtschaftswachstum ... als Bewährungsprobe für die freiheitlichen Wirtschaftsordnungen der westlichen Welt"²⁾. Weiter führt er aus, daß auch das wirtschaftliche Wachstum als Maßstab "für die Beurteilung der beobachteten Abläufe" und "damit als Gesichtspunkte für die (wirtschaftspolitische - Anm. d. Verf.) Beeinflussung der einzelnen Sachgebiete und Bereiche und der zur Anwendung gebrachten Mittel"³⁾ zu gelten hat.

Als Maßstab kann das Wirtschaftswachstum jedoch nur angewendet werden, wenn es in einer rechenbaren Größe sichtbar gemacht wird. "Als Ausdruck und Meßziffer des 'Wirtschaftswachstums' wird allgemein die Zuwachsrate des realen (von Preisveränderungen bereinigten) Sozialprodukts (brutto oder netto) verwendet, also die Beziehung $\frac{\Delta Y}{Y}$ "⁴⁾.

Ein Zusammenhang zwischen der staatlichen Wirtschaftspolitik und der berechneten Größe des Sozialprodukts wird also darin gesehen, daß das wirtschaftliche Wachstum zum einen Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik sei und zum anderen durch die statistische Größe 'Sozialprodukt' ausgedrückt werden könne. Welter formuliert diesen Zusammenhang, wenn er "die Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik als die Lehre von den Zwecken und Mitteln der Beeinflussung des Sozialproduktes"⁵⁾ definiert.

1) Paulsen, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre IV, Sammlung Göschen, Band 1172, 4. Auflage, Berlin 1966, S. 166.

2) Paulsen, Andreas: a.a.O., S. 167.

3) Paulsen, Andreas: a.a.O., S. 169.

4) Paulsen, Andreas: a.a.O., S. 143.

5) Welter, Erich: Artikel "Volkswirtschaftspolitik", in: Dr. Gablers Wirtschafts-Lexikon, Zweiter Band, Wiesbaden 1962, S. 1603.

Der Auffassung, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der staatlichen Wirtschaftspolitik und der Größe des Sozialproduktes bestehe, wird jedoch auch widersprochen. Weisser führt zum Beispiel unter dem Titel "Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialproduktes"¹⁾ im einzelnen aus: "Das in Marktwerten ausgedrückte Sozialprodukt kann nicht zum Gegenstand eines sinnvollen Postulates gemacht werden, weil kein Interesse denkbar ist, das sich auf eine bestimmte Beschaffenheit dieser Größe als solcher erstreckt"²⁾. Es kann also festgestellt werden, daß der Zusammenhang zwischen staatlicher Wirtschaftspolitik und der statistischen Größe Sozialprodukt unterschiedlich beurteilt wird.

Ebenso sind auch die Auffassungen unterschiedlich über die Meßbarkeit des Lebensstandards mit Hilfe der Größe 'Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung'³⁾. Samuelson führt zum Beispiel aus: "Für viele Zwecke ... kann es auf die absolute Höhe des realen Bruttosozialproduktes ankommen. Aber wenn man an den Lebensstandard denkt, wird man das Bruttosozialprodukt besser um das Bevölkerungswachstum bereinigen"⁴⁾. Dieser Auffassung, der Lebensstandard sei mit Hilfe des Sozialproduktes zu messen, schließen sich viele Autoren an⁵⁾. Jochimsen faßt diese Meinung wie folgt zusammen: "Die Entscheidung, ob in einer ökonomischen Situation mehr Wohlstand als in einer anderen gewährt wird, läuft damit darauf hinaus, ob das Sozialprodukt in dieser Situation größer ist als in der anderen"⁶⁾ und wendet sich dann gegen diese Vorstellung: "Das Sozialprodukt ist aber ein statistischer Begriff, der nach Buchhaltungsregeln ganz bestimmte Ströme zu einer Größe zusammenfaßt und ausweist. Von diesem buchhalterischen Begriff auf den wirtschaftlichen Wohlstand subjektivistischer Prägung zu schließen,

1) Weisser, Gerhard: Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialproduktes. Die Unmöglichkeit des sogenannten 'rein ökonomischen Standpunktes', in: Leonard Nelson zum Gedächtnis, hrsg. von Minna Specht und Willy Eichler. Frankfurt, Göttingen 1953, S. 151-191.

2) Weisser, Gerhard: a.a.O., S. 157.

3) Das Problem der unterschiedlichen Verteilung des Sozialproduktes soll hier nicht berücksichtigt werden. Vgl. Teil II.B.3.b.

4) Samuelson, Paul A.: Volkswirtschaftslehre, Band II, 3. Auflage, Köln 1964, S. 440.

5) Vgl. die Zitate in Teil I. 4 dieser Arbeit (S. 14-19).

6) Jochimsen, Reimut: Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik, Veröffentlichungen der List Gesellschaft e.V., Band 21, Tübingen 1961, S. 39.

ist nur mit einem Verstoß gegen die logischen Gesetze möglich"¹⁾²⁾.

Im folgenden soll untersucht werden, welche Bedeutung die statistische Größe Sozialprodukt für die staatliche Wirtschaftspolitik hat. Dazu erscheint es notwendig, zunächst die Aufgaben und Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik selbst darzulegen, und zwar sowohl die vom Wirtschaftssystem unabhängigen wie auch die systemabhängigen Aufgaben in einer Marktwirtschaft und in einer Zentralverwaltungswirtschaft (Teil I. 1-3). Dabei wird die Frage nach einem einheitlichen Erfolgsmaßstab für staatliche Wirtschaftspolitik gestellt. Als solcher wird die Größe des Sozialprodukts angesehen, was aus verschiedenen Quellen nachgewiesen werden kann (Teil I. 4).

Die Eignung von Sozialproduktsberechnungen als Maßstab wirtschaftlichen Erfolges wird in den Hauptteilen II und III untersucht, wobei zunächst die Methoden und Ziele solcher Berechnungen dargestellt werden (Teil II. A). Die Bedeutung von Sozialproduktsberechnungen für die staatliche Wirtschaftspolitik ergibt sich aus den Zusammenhängen zwischen den Bewertungen wirtschaftlicher Güter im Hinblick auf ihre Verwendung für außerwirtschaftliche Ziele und den für die Sozialproduktsberechnungen verwendeten Geldwerten der Güter. Da die Rangordnungen außerwirtschaftlicher Ziele und damit auch die Bewertungen wirtschaftlicher Güter sowie auch die Funktionen der Preise in den Wirtschaftssystemen verschieden sind, werden diese Zusammenhänge sowohl für eine Marktwirtschaft wie auch für eine Zentralverwaltungswirtschaft gesondert untersucht (Teile II. B und C).

Für die Darstellung tatsächlicher Sozialproduktsberechnungen und einiger ihrer praktischen Probleme, soweit sie das Verhältnis zur staatlichen Wirtschaftspolitik berühren, werden die Berechnungen in beiden Teilen Deutschlands herangezogen, um unterschiedliche Probleme in verschiedenen Wirtschaftssystemen zu zeigen (Teil III).

1) Jochimsen, Reimut: a.a.O., S. 42.

2) Boulding spricht von einem "error": "The error in question is ... the use of income as a measure of economic welfare" (Boulding, Kenneth E.; Income or Welfare, in: The Review of Economic Studies, Vol.17, 1949 - 1950, S. 77).

Auf den vorangehenden Darstellungen und Untersuchungen aufbauend soll abschließend das Verhältnis von Sozialproduktsberechnungen zur staatlichen Wirtschaftspolitik allgemein formuliert werden (Teil IV). Insbesondere wird die Größe des berechneten Sozialprodukts untersucht auf ihre Eignung, als Ziel, Grundlage oder statistisches Hilfsmittel bei wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu dienen.

T e i l I

AUFGABEN UND ZIELE DER STAATLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK IN VERSCHIEDENEN WIRTSCHAFTSSYSTEMEN

1. Die allgemeinen Aufgaben und Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik

Der Ausdruck "staatliche Wirtschaftspolitik" wird für verschiedene Tätigkeiten des Staates gebraucht. Im weitesten umfaßt er alle staatlichen Maßnahmen, die sich irgendwie auf das wirtschaftliche Geschehen auswirken. Damit wäre jedoch fast jede Aktivität des Staates gleichzeitig Wirtschaftspolitik. Es sollen hier alle Tätigkeiten des Staates auf nicht-wirtschaftlichem Gebiet, die lediglich Rückwirkungen auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses haben, ebenso ausgeschlossen werden wie die Tätigkeiten des Staates als Wirtschaftssubjekt. Giersch führt aus, daß "es kaum eine außenpolitische, innenpolitische, kulturpolitische oder rechtspolitische Maßnahme gibt, die nicht mit Kosten verbunden ist oder das wirtschaftliche Verhalten der Menschen in irgendeiner Weise berührt"¹⁾. Er möchte die staatliche Wirtschaftspolitik abgrenzen, indem er nach dem Hauptziel einer Maßnahme fragt und diese dann danach - und nicht nach ihren Nebenwirkungen auf anderen Gebieten - einstuft.

Auf der anderen Seite erfolgt die "Abgrenzung zur Betriebswirtschaftspolitik, soweit damit die Lenkung des Wirtschaftsprozesses einer Unternehmung gemeint ist"²⁾.

1) Giersch, Helmut: Allgemeine Wirtschaftspolitik - Grundlagen -, Wiesbaden 1960, S. 18.

2) Giersch, Helmut: Allgemeine Wirtschaftspolitik - a.a.O., S. 17.

Giersch umschreibt Wirtschaftspolitik im engeren Sinne als "die Gesamtheit aller Bestrebungen, Handlungen und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens in einem Gebiet oder Bereich zu ordnen, zu beeinflussen oder unmittelbar festzulegen"¹⁾. Dieser Erläuterung soll im weiteren gefolgt werden. Die in diesem Sinne von staatlichen Stellen selbst ausgeübte Tätigkeit wird als staatliche Wirtschaftspolitik betrachtet, sofern sie sich nicht nur auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses in einer Unternehmung bezieht.

Die Aufgaben und Ziele einer so verstandenen staatlichen Wirtschaftspolitik müssen abgeleitet werden aus den Grundtatbeständen des Wirtschaftens und aus den Ordnungsformen der Wirtschaft. Aus dem Grundtatbestand der Knappheit der Güter im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Menschen muß gefordert werden, daß auch die staatliche Wirtschaftspolitik dem Menschen Gelegenheit gibt, "das Ausmaß der naturgegebenen Knappheit der Güter vermindern, ... sein Verhältnis zur Güterwelt verbessern"²⁾ zu können. Dazu bedarf es in erster Linie einer zweckentsprechenden Ordnung des wirtschaftlichen Geschehens, deren Aufgabe im Hinblick auf eine Minderung der Knappheit von Eucken so formuliert wird: "Aufgabe der Wirtschaftsordnung ist: die einzelnen Arbeitsstunden aller arbeitenden Menschen und die unübersehbar vielen sachlichen Produktionsmittel alltäglich so ineinander greifen zu lassen, daß die wirtschaftliche Knappheit so gut wie möglich überwunden wird"³⁾. So zeigt sich zunächst als wichtigste Zielsetzung jeder staatlichen Wirtschaftspolitik: Eine Wirtschaftsordnung muß aufgebaut werden, die der gesetzten Aufgabe gerecht werden kann.

Hieraus ergibt sich die Frage, wie der Wirtschaftsprozeß im Rahmen der vom Staat gesetzten Ordnung abläuft und welche weiteren Aufgaben - außer der genannten Ordnungspolitik - der staatlichen Wirtschaftspolitik gestellt werden. Das ist die Frage nach den Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Lenkung des Wirtschaftspro-

1) Giersch, Helmut: Allgemeine Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 17.

2) Carell, Erich: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 10. Auflage, Heidelberg 1963, S. 13.

3) Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, Tübingen, Zürich 1960, S. 7.

zesses. Es muß noch einmal betont werden, daß das Wirtschaften seinen Sinn nicht aus sich selbst erhält sondern nur "von den Zielen her, deren Realisierung es dient"¹⁾. Wenn also die außerwirtschaftlichen Ziele erst dem Wirtschaften seinen Sinn geben, muß zwischen diesen Zielen und dem Ablauf des Wirtschaftsprozesses ein enger Zusammenhang bestehen.

Allgemein könnte dieser Zusammenhang wie folgt beschrieben werden: Der Wirtschaftsprozess soll so verlaufen, daß die wirtschaftlichen Güter in der Menge und Art, zu der Zeit und an dem Ort zur Verfügung stehen, daß die außerwirtschaftlichen Ziele mit den vorhandenen Mitteln möglichst weitgehend verwirklicht werden können. Das Ausmaß, in dem sich ein wirtschaftliches Gut zur Erreichung eines außerwirtschaftlichen Zieles eignet, wird als der Nutzen dieses Gutes bezeichnet. Dann sollen also Produktion und Verteilung der Güter in der Weise erfolgen, daß ein möglichst großer Gesamtnutzen erreicht wird. Wenn die staatliche Wirtschaftspolitik nicht dem Sinn des Wirtschaftens zuwiderlaufen soll, muß als Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozess gefordert werden, daß sie eine Nutzenmaximierung ermöglicht oder bewirkt, den Gesamtnutzen vergrößert und nicht verringert. Maßstab für den Erfolg kann also für die staatliche Wirtschaftspolitik nur der Nutzen sein. Wie kann aber der Nutzen der Güter erkannt werden, die im Laufe einer Periode erzeugt werden sollen? Ein Gut erhält seinen Nutzen nicht aus der Produktion, sondern aus seiner Verwendbarkeit für außerwirtschaftliche Ziele. Daher kann der Nutzen eines Gutes erst gemessen werden, wenn die Wichtigkeit der außerwirtschaftlichen Ziele festgelegt ist. Es muß also eine Bewertung der Güter sowie eine Rangfolge der außerwirtschaftlichen Ziele vorliegen, bevor mehr über den Nutzen wirtschaftlicher Güter gesagt werden kann. Diese Bewertung der Güter an Hand der Rangordnung außerwirtschaftlicher Ziele bildet die Grundlage aller wirtschaftlichen Pläne. Sie wird von jedem am Wirtschaftsprozess Beteiligten bei der Planaufstellung vorgenommen. Haushalte, Betriebe, staatliche Institutionen und alle übrigen am Wirtschaftsprozess Beteiligten beurteilen jeder

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Heft 1 der Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, 2. Auflage, Stuttgart 1959, S. 2.

für sich die Güter danach, ob sie geeignet sind, ein höherrangiges Ziel erreichen zu helfen (dann wird ihnen höherer Wert zugemessen), oder ob sie nur zur Verwirklichung weniger wichtiger Ziele eingesetzt werden können (dann stiften sie geringeren Nutzen). So entsteht eine Vielzahl von wirtschaftlichen Plänen. Sie müssen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft koordiniert werden. Erst dann kann es zu einer sinnvollen Lenkung des Wirtschaftsprozesses in Richtung auf einen möglichst hohen Grad der Bedürfnisbefriedigung kommen.

Die wirtschaftlichen Pläne können auf zwei verschiedenen Wegen koordiniert werden. Jeder dieser Wege charakterisiert ein bestimmtes Wirtschaftssystem, das der Marktwirtschaft oder das der Zentralverwaltungswirtschaft. Da die Koordinierung der Einzelpläne und damit die Regeln des Wirtschaftsablaufes unterschiedlich sind, müssen die Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozeß unter Beachtung der Besonderheiten der beiden Wirtschaftssysteme untersucht werden.

2. Die besonderen Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozeß einer Marktwirtschaft

In einer Marktwirtschaft stellen alle privaten Haushalte, alle Betriebe, alle staatlichen und privaten Institutionen zunächst unabhängig voneinander eigene Wirtschaftspläne auf. Jedes einzelne Wirtschaftssubjekt ermittelt dabei den Bedarf an wirtschaftlichen Gütern, die für die Erreichung von Planzielen eingesetzt werden sollen, auf der Grundlage erwarteter Größen. Erwartete Größen sind für die Planung vor allem der Umfang der verfügbaren Mittel (z.B. das zukünftige Einkommen oder Kreditmöglichkeiten) und die Preise der Güter, die für die Erreichung der Ziele benötigt werden. Hinzu kommen Erwartungen über die Auswirkungen des technischen Fortschritts, der staatlichen Wirtschaftspolitik und anderer die Gesamtwirtschaft beeinflussender Größen.

Jedes einzelne Wirtschaftssubjekt bewertet in seinen Plänen die Güter und erstrebt einen Ausgleich jedes einzelnen Planes, also die Geschlossenheit seiner Wirtschaftsrechnung, auf der Grundlage der erwarteten Größen. Damit wird die Rangfolge der Ziele festgelegt. Es wird entschieden, welche Ziele jedes Wirtschaftssubjekt in der Planperiode erreichen möchte. Auf Grund dieser Entscheidun-

gen über einzelwirtschaftliche Planziele handelt zunächst jeder am Markt, das heißt, daß er bestimmte Güter anbietet oder nachfragt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat jedoch noch keine Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne stattgefunden. Auch sind die gesamtwirtschaftlichen Daten in diesen Einzelplänen bisher unzureichend berücksichtigt, denn ein gesamtwirtschaftlicher Rechnungszusammenhang ist für jeden einzelnen Planenden nur in mehr oder minder großen Ausschnitten erkennbar. Gesamtwirtschaftliche Daten und ihre Änderungen sind für den einzelnen nicht direkt erfaßbar. Da jedoch alle Größen des gesamtwirtschaftlichen Datenkranzes, von denen sich einige ständig ändern, immer wieder aufeinander bezogen werden und sich auch gegenseitig beeinflussen, müssen die Änderungen von gesamtwirtschaftlichen Daten für die einzelnen Wirtschaftssubjekte erkennbar werden, wenn durch deren Reaktion die einzelwirtschaftlichen Pläne an die geänderten Daten angepaßt werden sollen.

Die Funktion, Änderungen von gesamtwirtschaftlichen Daten erkennbar zu machen, übernehmen in einer Marktwirtschaft die Preise. Datenänderungen führen zu Preisänderungen, und die in den einzelwirtschaftlichen Plänen verwendeten Preise können sich als falsch erweisen. Diese Pläne geraten dann in ein Ungleichgewicht und können in der ursprünglichen Form nicht mehr durchgeführt werden. Daraus ergibt sich für die Wirtschaftssubjekte die Notwendigkeit einer Anpassung von einzelnen Plangrößen an geänderte Plandaten. Diese Anpassung bedeutet eine erneute Entscheidung über die wirtschaftliche Tätigkeit, also zum Beispiel über Konsumneigung und Konsumgewohnheiten, über Produktionsverfahren und Investitionen. Ein steigender Preis läßt dann vielleicht die Verwendung dieses Gutes für ein ursprünglich im Plan vorgesehenes Ziel nicht mehr zu. Damit wird auch letztlich erneut entschieden, welche Ziele in einer Planperiode erreicht werden können; es findet also eine weitere Zielauslese statt.

In einem solchen System einzelwirtschaftlicher Entscheidungen und der Zielauslese durch alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten erfüllen die Preise die Funktion der Knappheitsanzeige. Das ist nötig, da kein einzelner die sich aus den Daten ergebenden gesamtwirtschaftlichen Knappheiten erkennen kann. Niemand kann das Gesamtangebot oder die Gesamtnachfrage unter den jeweils gegebenen Verhält-

nissen und Erwartungen überblicken. Jeder sieht nur einen Teil des Gesamtangebots oder der Gesamtnachfrage und kann erst über Preise oder Preisveränderungen erkennen, ob ein Gut in insgesamt ausreichender Menge auch für die Erreichung relativ unwichtiger Ziele verfügbar ist (also weniger knapp ist) oder nicht (also zu knapp für diesen Zweck ist).

Wie aber können die Preis Knappheitsgrade anzeigen?

Der Knappheitsgrad eines Gutes (und daraus folgend die Knappheitsverhältnisse verschiedener Güter) läßt sich nicht allein aus Häufigkeit oder Seltenheit bestimmen. Die verfügbare Menge ist nur einer von zwei Bestimmungsfaktoren für den Knappheitsgrad (ähnlich wie zum Beispiel die Kostenverläufe für die Produktion eines Gutes nur einer von zwei Bestimmungsfaktoren für seinen Marktpreis ist; der zweite Bestimmungsfaktor ist die Nachfrage). So lassen sich die Knappheitsgrade der Güter nur erkennen aus dem Vergleich von zwei Größen. Zu vergleichen wären für jedes einzelne Gut Gesamtangebot und Gesamtnachfrage. Das kann aber (auch nur für ein einziges Gut) nie oder selten eine einzelne Person oder Institution in einer Marktwirtschaft. Die Marktpreise, also die den einzelnen Gütern zugeordneten Geldwerte, übernehmen als eine ihrer Hauptfunktionen diesen 'Vergleich' von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage. Die Änderung des Gesamtangebots oder der Gesamtnachfrage eines Gutes (hervorgerufen durch die Änderung mindestens eines gesamtwirtschaftlichen Datums) verändert den Knappheitsgrad dieses Gutes, sofern nicht die Änderung beide Größen in gleicher Weise betrifft. Ein über die Gesamtnachfrage hinausgehendes Angebot ergibt zunächst Lagerbestände, die zu Preissenkungen (oder zu einer geringeren Produktion) führen; eine über das Gesamtangebot hinausgehende Nachfrage zeigt sich zunächst in Lieferfristen, denen Preiserhöhungen (oder Produktionsausweitungen) folgen werden. So findet die Vielzahl von einzelwirtschaftlichen Entscheidungen einen einheitlichen Ausdruck in Preisstabilität oder Preisänderungen. Die Preise zeigen veränderte Knappheitsgrade in ihren eigenen Änderungen an. Die Güter werden indirekt von der Gesamtheit aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten bewertet; die Preise als Geldgrößen vermitteln die für die einzelnen Planträger wichtigen Änderungen der Knappheitsgrade der einzelnen Güter. Die einzelnen Pläne werden also über die Märkte und vermittels der Marktpreise koordiniert, was

den Sinn hat, die Knappheit volkswirtschaftlich so wirksam wie möglich zu mindern.

Die Preise in ihrer Funktion als Knappheitsanzeiger sind jedoch nicht nur für die Lenkung des Wirtschaftsablaufes über Märkte bedeutungsvoll. Eucken verweist auch auf die Interdependenz zwischen Marktgeschehen und anderen Versorgungsformen in der Verkehrswirtschaft: "Wenn in einem Lande ein funktionsfähiges Preissystem vorhanden ist, orientiert sich auch die eigenwirtschaftliche Produktion an den Preisen. ... Auch die eigenwirtschaftliche und naturaltauschwirtschaftliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses geschieht in diesem Lande unter Anpassung an die Preise. Die Lenkungsmethoden greifen ineinander, und die Lenkung des Wirtschaftsprozesses erhält hierdurch die notwendige Einheitlichkeit"¹⁾.

Änderungen gesamtwirtschaftlicher Daten wirken also auf die Marktpreise; alle einzelwirtschaftlichen Pläne werden an diesen Marktpreisen ausgerichtet. Durch diese Vermittlung der Geldgrößen 'Preise' wird der Zusammenhang zwischen den einzelwirtschaftlichen Plänen und dem Gesamtablauf des Wirtschaftsprozesses hergestellt. Indem die Einzelwirtschaften ihre Pläne über die Verbindung der Preise an gesamtwirtschaftliche Knappheitsgrade anpassen, "folgen sie den Anforderungen aus dem wirtschaftlichen Gesamtprozeß und schaffen ihn zugleich"²⁾.

Welche besonderen Aufgaben hat die staatliche Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozeß eines marktwirtschaftlichen Systems? Weil alles wirtschaftliche Geschehen ordnungsbedingt ist, ändert sich der Wirtschaftsablauf mit jeder Änderung der Wirtschaftsordnung. Insofern greift die staatliche Ordnungspolitik bereits in den Wirtschaftsprozeß ein, bewirkt Reaktionen der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Die staatliche Ordnungspolitik realisiert eine Wirtschaftsordnung, in deren Rahmen der Wirtschaftsprozeß zunächst nur entsprechend den Planungen und Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte abläuft.

1) Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 157.

2) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 99.

Im Rahmen einer solchen realisierten Ordnung können zwei Gründe für staatliche Prozeßpolitik unterschieden werden:

Erstens ist staatliche Prozeßpolitik nötig, wenn sich ungleichgewichtige Verläufe im Wirtschaftsprozess ereignen und wenn der Staat diese beeinflussen will. Ein Ungleichgewicht entsteht durch die Änderung eines Datums und kann, sofern die gleichgewichtsbildende Kraft der realisierten Ordnungsformen ausreicht, durch eine Anpassung der einzelwirtschaftlichen Pläne an dieses geänderte Datum beseitigt werden. In einem solchen Fall würde ein Eingreifen der staatlichen Wirtschaftspolitik die Wirksamkeit des Anpassungsprozesses verschlechtern. Sofern also Ordnungsformen realisiert sind, die ein Gleichgewicht bewirken oder doch begünstigen, kann die Beobachtung eines Ungleichgewichtes allein noch kein ausreichender Anlaß für ein staatliches Eingreifen sein. Es besteht nicht nur keine Notwendigkeit staatlicher Aktivität, sondern sie würde sogar verhindern, daß ein neues Gleichgewicht schnellstmöglich erreicht wird, in dem die Preise die Funktion der Knappheitsanzeige wahrnehmen und die Anpassung der einzelwirtschaftlichen Pläne an diese Preise die Geschlossenheit der gesamtwirtschaftlichen Rechnung bewirkt.

Sind jedoch ungleichgewichtig wirkende Ordnungsformen realisiert, so können diese eine Anpassung über die Märkte beeinträchtigen oder sogar ein auftretendes Ungleichgewicht vergrößern. Wenn zum Beispiel ein ungleichgewichtiges Geldsystem realisiert ist, ergibt sich die Notwendigkeit staatlicher Prozeßpolitik in der Form der Geld- und Kreditpolitik aus der Tatsache, daß Störungen des Wirtschaftsablaufes durch eine nur auf einzelwirtschaftlichen Überlegungen beruhende Geldschöpfung hervorgerufen oder verstärkt werden können. Um das zu verhindern, betreibt der Staat eine Geldmengenregulierung durch Mindestreserven-, Offenmarkt- und Diskontpolitik (Festsetzung von Re-diskontsätzen und -kontingenten). Es können in der realisierten Ordnung auch Marktformen, wie die des beiderseitigen Monopols, auftreten, in denen es keine eindeutig bestimmte Gleichgewichtssituation gibt. Ferner kann eine 'marktwidrige' Verhaltensweise einer Gruppe von Wirtschaftssubjekten Ungleichgewichte hervorrufen oder verstärken; das gilt zum Beispiel für die 'anomale' Reaktion der Arbeitsanbieter auf Lohnänderungen oder für 'inverse' Reaktionen der Landwirte auf Preisänderungen landwirtschaftlicher Produkte. Ei-

nige solcher ungleichgewichtig wirkender Ordnungsformen scheinen (mindestens kurzfristig) unabwandelbar zu sein und müssen deshalb von der staatlichen Wirtschaftspolitik beachtet werden; andere sind vielleicht wegen anderweitiger Vorteile bewußt in der Wirtschaftsordnung realisiert worden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die staatliche Prozeßpolitik dort ansetzen soll, wo ungleichgewichtig wirkende Ordnungsformen einen Anpassungsprozeß und damit eine gesamtwirtschaftliche Knappheitsminderung beeinträchtigen oder sogar unmöglich machen.

Zweitens kann ein über den Marktpreismechanismus und die folgende Anpassung der Einzelpläne an gesamtwirtschaftliche Daten erzieltes Gleichgewicht aus anderen außerwirtschaftlichen Zielsetzungen unerwünscht sein; es könnte zum Beispiel den Vorstellungen über soziale Verhältnisse oder Gerechtigkeit widersprechen. Nach einer Mißernte, einer Naturkatastrophe, Explosionen oder Unfällen kann der Knappheitsgrad eines bestimmten Gutes vorübergehend sehr groß werden, da das Gesamtangebot plötzlich weit unter die Gesamtnachfrage sinkt und kurzfristig nicht vermehrbar ist. Sehr große Preissteigerungen würden diese Veränderung eines Datums anzeigen, könnten aber Folgen haben, die allgemein als unerwünscht angesehen werden. Ebenso könnte die sich aus einem 'gleichgewichtigen' Wirtschaftsprozeß ergebende Einkommensverteilung aus sozialen Gründen abgelehnt werden. Der Außenhandel könnte einen Strukturwandel in der inländischen Wirtschaft auslösen und ein Tempo dieses Wandels erzwingen, das zu schweren Schäden in der Gesamtwirtschaft führt. Die staatliche Prozeßpolitik als Preisregulierung, als Steuer- und Finanzpolitik, als Einkommensumverteilung oder als Außenhandelspolitik erscheint zum Teil geradezu als erforderlich, um unerwünschte Wirkungen eines zum Gleichgewicht strebenden Anpassungsprozesses mindestens vorübergehend auszuschalten. "Erfahrung und wissenschaftliche Analyse zeigen, daß die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch vollständige Konkurrenz (und damit ausschließlich über den Marktpreismechanismus, Anm. d. Verf.) - trotz ihrer großen Leistung - an gewissen Stellen Schäden und Unvollständigkeiten zur Folge hat. Auch hieraus ergibt sich die Notwendigkeit gewisser wirtschaftspolitischer Maßnahmen"¹⁾.

1) Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 253.

Besondere Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozess einer Marktwirtschaft entstehen, wenn ungleichgewichtige Ordnungsformen die angestrebte gesamtwirtschaftliche Knappheitsminderung beeinträchtigen. Dann bewirkt das Preissystem in gewissen Zeiten oder für gewisse Gebiete oder Wirtschaftsbereiche nicht mehr die Koordinierung der Einzelpläne im Hinblick auf einen möglichst hohen Gesamtnutzen. Hier wird vom Staat eine Lenkungsfunktion übernommen, die der Marktpreismechanismus nicht oder nur in unzureichendem Maße übernehmen kann. Der Einfluß dieser Ordnungsformen auf den übrigen Wirtschaftsprozess wird durch wirtschaftspolitische Maßnahmen eingedämmt. Nur unter dieser Voraussetzung kann der Marktpreismechanismus zu einer optimalen Lösung wirtschaftlicher Probleme eingesetzt werden. "Wenn das Preissystem versagt, wurde und wird eine Tendenz zur zentralen Leitung des Wirtschaftsprozesses ausgelöst. Dieser Zusammenhang, der in der Erfahrung deutlich sichtbar ist, sollte fortwährend beachtet werden"¹⁾. Zum anderen greift die staatliche Prozeßpolitik auch ein, um das Ergebnis eines 'gleichgewichtigen' Wirtschaftsprozesses zu verhindern oder zu korrigieren. Hier erscheinen außerökonomische Motive als Grundlage staatlicher Prozeßpolitik.

Für alle Arten staatlicher Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft kann festgestellt werden, daß der Staat Plandaten als Rahmen für einzelwirtschaftliche Entscheidungen setzt. Die einzelnen Wirtschaftssubjekte behalten jedoch im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Datenkranzes das Recht der einzelwirtschaftlichen Entscheidung und bestimmen somit durch ihr Handeln nach einzelwirtschaftlichen Plänen den Ablauf des Wirtschaftsprozesses.

3. Die besonderen Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsprozess einer Zentralverwaltungswirtschaft

Auch im Wirtschaftssystem der Zentralverwaltungswirtschaft werden viele einzelne Pläne auf der Grundlage erwarteter Größen aufgestellt. Insbesondere gehören zu diesen erwarteten Größen die Wirkungen des technischen Fortschritts. Diese einzelnen Pläne werden auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft koordiniert, jedoch erfolgt diese Koordinierung und vor allem die Anpassung der Einzelpläne an

1) Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 152.

gesamtwirtschaftliche Daten in grundlegend anderer Weise als in der Marktwirtschaft. Von einer Zentralstelle, dem Staat, wird eine vorläufige Gesamtrangfolge derjenigen außerwirtschaftlichen Ziele aufgestellt, die in der Planperiode erreicht werden sollen. Aus diesem Zielprogramm wird der Gesamtbedarf der direkt für die ausgewählten Ziele verwendbaren Güter ermittelt. Der jeweilige Gesamtbedarf an Gütern höherer Ordnung kann durch Umrechnungen mit Hilfe technischer Koeffizienten festgestellt werden. Die Nutzen der Güter in ihren verschiedenen Verwendungen können direkt abgeschätzt werden. Da die gesamte Produktion und Verteilung der Güter in einem zentralverwaltungswirtschaftlichen System zentral geplant und überwacht werden soll, ist auch das mögliche Aufkommen aller Güter bekannt. Aufkommen und Bedarf für jedes Gut oder Güterbündel können dann in einer Bilanz gegenübergestellt und die sich daraus ergebenden gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade und Knappheitsverhältnisse direkt erkannt werden. Diese zeigen sich natural in den Salden der Güterbilanzen. Die Auslese der mit den verfügbaren Gütern erreichbaren außerwirtschaftlichen Ziele erfolgt entsprechend der von der Zentralstelle festgelegten Rangfolge dieser Ziele. So kann die Abstimmung der Einzelpläne und ihre Anpassung an gesamtwirtschaftliche Daten direkt von einer staatlichen Stelle vorgenommen werden. Die Einzelpläne können ausgeglichen werden, und damit ist die Geschlossenheit des gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhanges gegeben. Die Produktionsentscheidungen werden von der Zentrale gefällt, indem die Verwendung der verschiedenen Güter für bestimmte Ziele festgelegt wird. Auf diesem Wege kann ein Nutzenmaximum angestrebt werden.

Die staatliche Prozeßpolitik in einer Zentralverwaltungswirtschaft hat die Aufgabe, eine große Zahl von Einzelplänen selbst aufzustellen, gesamtwirtschaftliche Knappheitsgrade aus Gesamtaufkommen und Gesamtbedarf in Güterbilanzen sichtbar zu machen, die Einzelpläne zu koordinieren und an gesamtwirtschaftliche Daten (und Datenänderungen) anzupassen, für die Verwirklichung der Pläne zu sorgen, das heißt ihre Durchführung zu kontrollieren. Hieraus ergibt sich eine große Zahl prozeßpolitischer Maßnahmen: Die für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses in einer Zentralverwaltungswirtschaft verantwortliche Institution entscheidet zum Beispiel über jede Verwendung von Produktionsfaktoren, ferner über die Produktion aller einzelnen Gü-

ter nach Quantität und Qualität sowie über die dabei anzuwendenden Produktionsverfahren, über die Verteilung der Endprodukte auf einzelne Empfänger oder Empfängergruppen. Damit sind verbunden Entscheidungen über das Einkommen einzelner Personen oder Gruppen, über Konsumgewohnheiten und Investitionen. Auch die Außenbeziehungen der Wirtschaft, also Import und Export, werden nach Richtung, Menge und Wert der Güterströme festgelegt. Alle diese einzelnen prozeßpolitischen Entscheidungen müssen aufeinander abgestimmt werden und sich ergänzen, wenn eine möglichst weitgehende Knappheitsminderung in der Planperiode erreicht werden soll.

4. Vergleich der Aufgaben und Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik in den beiden Wirtschaftssystemen

Der staatlichen Wirtschaftspolitik sind in verschiedenen Wirtschaftssystemen unterschiedliche Aufgaben gestellt. Im Rahmen der Ordnungspolitik erscheinen die Aufgaben gleich, da in beiden Wirtschaftssystemen der Staat die Wirtschaftsordnung setzt und auch weiterhin Ordnungspolitik betreibt. Die konkrete Ausgestaltung der Ordnungspolitik ist jedoch verschieden, da die zu setzenden Ordnungen ihrem Wesen nach verschieden sind. Auch kann die Einhaltung der Wirtschaftsordnung nur durch unterschiedliche Methoden gewährleistet werden.

Die staatliche Prozeßpolitik ist in beiden Wirtschaftssystemen vollkommen verschieden. In einer Marktwirtschaft beschränkt sich die systemkonforme staatliche Prozeßpolitik auf die Beeinflussung des Datenkranzes. Sie beeinflußt auf diesem Wege auch die Entscheidungen der Einzelwirtschaften, läßt aber den Ablauf des wirtschaftlichen Gesamtprozesses weiterhin durch die einzelwirtschaftlichen Planziele bestimmen. In einer Zentralverwaltungswirtschaft setzt der Staat diese Planziele selbst und bestimmt durch seine Prozeßpolitik den gesamten Ablauf des Wirtschaftsprozesses; die große Zahl von einzelnen Entscheidungen, die nötig ist, um einen arbeitsteiligen Prozeß zu lenken, wird von einer Zentralinstitution getroffen, die damit auch weitestgehend das Verhalten der am Wirtschaftsprozess Beteiligten festlegt.

Allgemein kann als Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik festgestellt werden, daß in beiden Wirtschaftssystemen die Knappheit möglichst weitgehend überwunden werden soll, also eine Nutzenmaximierung angestrebt wird. In beiden Systemen bedeutet das, daß Güter für die Befriedigung möglichst vieler Bedürfnisse verfügbar sein sollen, also möglichst viele außerwirtschaftliche Ziele erreicht werden sollen. Auf die unterschiedlichen Verfahren bei der Ziel-auslese und bei der Lenkung des Wirtschaftsprozesses in beiden Wirtschaftssystemen wurde hingewiesen. Hensel faßt sie wie folgt zusammen: "Ausdrücklich sei noch einmal hervorgehoben, daß bei zentraler Leitung die politische Führung und bei dezentraler Leitung die privaten und öffentlichen Haushalte darüber zu entscheiden haben, welche Ziele mit den verfügbaren wirtschaftlichen Gütern verwirklicht werden sollen. Die Maximierung des Nutzens der insgesamt verfügbaren wirtschaftlichen Güter erfolgt demgemäß einmal im Sinne der zentralen Leitung und das andere Mal im Sinne der privaten und öffentlichen Einzelwirtschaften"¹⁾.

Das in beiden Wirtschaftssystemen angestrebte Ziel der Nutzenmaximierung ist jedoch in keinem System vollständig zu erreichen, da sich die außerwirtschaftlichen Ziele nach Art, Zahl und Wichtigkeit sowie eine Reihe anderer gesamtwirtschaftlicher Daten ständig ändern. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten müssen daher, wenn eine Nutzenmaximierung angestrebt wird, immer wieder auf dieses Ziel ausgerichtet, also an die Änderungen gesamtwirtschaftlicher Daten angepaßt werden. Die staatliche Wirtschaftspolitik soll eine solche Anpassung des Wirtschaftsprozesses an geänderte Daten ermöglichen, fördern oder herbeiführen.

Für jedes der beiden Wirtschaftssysteme stellt sich die Frage nach einem Beurteilungsmaßstab für den Erfolg staatlicher Wirtschaftspolitik. Was ist ein Erfolg und mit Hilfe welcher Größe kann er gemessen werden? Ein Erfolgsmaßstab scheint aus der allgemeinen Zielsetzung staatlicher Wirtschaftspolitik gegeben. Um den Gesamtnutzen der in einer Wirtschaftsperiode verfügbaren Güter bestimmen zu können, müssen diese Güter bewertet werden im Hinblick auf ihre Eig-nung, außerwirtschaftliche Ziele erreichen zu helfen. Die höchste Wertsumme der möglichen Kombinationen bedeutet dann, daß der größtmögliche Teil der Ziele erreicht wurde, das Nutzenmaximum. Für eine

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungs-wirtschaft, a.a.O., S. 210.

rückblickende Beurteilung des Erfolges in einer Wirtschaftsperiode hieße die Frage: Wurde die höchstmögliche Wertsumme der verfügbaren wirtschaftlichen Güter erreicht?

Zu beachten ist jedoch, daß einige außerwirtschaftliche Ziele, wie zum Beispiel der Wunsch nach mehr Freizeit, eine Verringerung der Güterproduktion und damit der Zahl der verfügbaren wirtschaftlichen Güter bedeuten können. Wird produktionsverringender außerwirtschaftlichen Zielen ein sehr hoher Rang zuerkannt, so kann ein größerer Gesamtnutzen nur durch eine Verringerung der Wertsumme wirtschaftlicher Güter erreicht werden. Die Frage nach der höchstmöglichen Wertsumme kann also nur unter einer solchen Einschränkung gestellt werden. Sie stellt eine Quantität dar und könnte nur mit einem zahlenmäßig faßbaren Ausdruck beantwortet werden, einer Größe, die bewertete Gütermengen zusammenfaßt.

5. Die Größe des Sozialproduktes als Erfolgsmaßstab

Die einzige statistische Größe für die Gesamtwirtschaft, die als Summe bewerteter Gütermengen berechnet wird, ist das Sozialprodukt. Wenn diese Größe als Erfolgsmaßstab verwendet wird, so bedeutet das, daß angenommen wird, sie könne anzeigen, inwieweit außerwirtschaftliche Ziele erreicht wurden. Daraus könnte weiter abgeleitet werden, daß ein Wachstum des Sozialprodukts anzeige, in welchem Maße Knappheit von Periode zu Periode gemindert werde. Da der jeweils realisierte Stand in der wirtschaftlichen Entwicklung auch als Lebensstandard oder Wohlstand bezeichnet wird, würde das Sozialprodukt als Maßstab für Lebensstandard oder Wohlstand verwendet werden können.

Im folgenden wird gezeigt, daß die Größe Sozialprodukt allgemein oder in der speziellen Form eines Netto-Sozialproduktes als Volkseinkommen tatsächlich dazu benutzt wird, als Meßgröße auszudrücken, inwieweit außerwirtschaftliche Ziele erreicht wurden.

Rittershausen setzt die Anwendbarkeit dieses Maßstabes voraus, wenn er über die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im 19. Jahrhundert schreibt: "Exakte Zahlen über den Lebensstandard usw. zu bringen, ist nicht möglich, da Ziffern über das Volkseinkommen ...

erst seit einigen Jahrzehnten vorliegen"¹⁾. Carell definiert: "Der durchschnittliche Lebensstandard ist gleich dem realen Volkseinkommen, dividiert durch die Zahl der Konsumenten der Volkswirtschaft"²⁾. Und Hicks meint: "Sobald das Volkseinkommen als Realgröße ausgedrückt wird..., haben wir die wahrscheinlich beste einzelne Größe zur Messung des wirtschaftlichen Wohlstandes oder des wirtschaftlichen Fortschritts, die wir überhaupt erhalten können"³⁾.

Wenn die Höhe des Sozialprodukts den jeweiligen Grad der Bedürfnisbefriedigung anzeigt, könnte das Ziel des Wirtschaftens und damit auch das der staatlichen Wirtschaftspolitik auch als Maximierung des Sozialprodukts formuliert werden, und der Erfolg mit Hilfe der Sozialproduktsberechnungen festgestellt werden. "Gemeinhin wird als mehr oder weniger selbstverständlich unterstellt, die Wirtschaftspolitik verfolge den Zweck, das Sozialprodukt so groß wie möglich zu gestalten"⁴⁾.

Die Höhe des Sozialprodukts wird auch für zwischenzeitliche und internationale Vergleiche benutzt. "Finden wir, daß das reale Volkseinkommen pro Kopf in einem Zeitraum B höher ist als im Zeitraum A, so können wir ... daraus schließen: Die Produktion der Periode B könnte die Bedürfnisse jedes Einzelnen an Gütern und Dienstleistungen mindestens ebenso gut befriedigen wie in der Periode A und darüber hinaus einige oder alle besser stellen"⁵⁾. Auch Hicks verwendet das Realeinkommen pro Kopf "zum Vergleich der wirtschaftlichen Lage zu verschiedenen Zeiten"⁶⁾ und darüber hinaus auch zu internationalen Vergleichen des Wohlstandes: "Grundsätzlich kann

-
- 1) Wirtschaft, Das Fischer Lexikon, verfaßt und herausgegeben von Heinrich Rittershausen, Frankfurt 1958, S. 256.
 - 2) Carell, Erich: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, a.a.O., S. 93.
 - 3) Hicks, John Richard: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Reinbek bei Hamburg 1962, S. 216.
 - 4) Welter, Erich: Volkswirtschaftspolitik, a.a.O., S. 1602.
 - 5) Forschungsstelle zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen, Das Volkseinkommen, Herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1952, S. 51-52.
 - 6) Hicks, John Richard: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, a.a.O., S. 218.

man dieselben Methoden, die wir ... zum Vergleich des wirtschaftlichen Wohlstandes eines Landes in zwei verschiedenen Jahren herangezogen haben, auch zum Vergleich des wirtschaftlichen Wohlstandes zweier verschiedener Länder verwenden"¹⁾. Die Vereinten Nationen benutzen ein solches Kriterium, um den Lebensstandard und den Entwicklungsgrad eines Landes und seiner Wirtschaft zu beurteilen²⁾. Diesen Zusammenhang zwischen Sozialprodukt und Wohlfahrt sowie Wachstum unterstellt auch Paulsen, wenn er als Grundprobleme der Wirtschaftswissenschaft aufführt: "Die Höhe des Sozialprodukts als Maßgröße für das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit einer Volkswirtschaft, das ... die wirtschaftliche Wohlfahrt gegenwärtig und künftig entscheidend bestimmt"³⁾. Und: "Die wirtschaftliche Entwicklung als Veränderung des Produktionspotentials und des Sozialprodukts nach Richtung (Expansion oder Kontraktion), Stärke und Gleichmäßigkeit (Stabilität)"⁴⁾.

Es konnte an einer Reihe von Beispielen gezeigt werden, daß die Höhe des Sozialprodukts als Maßstab für den Lebensstandard oder den Wohlstand angesehen wird⁵⁾. Da Lebensstandard oder Wohlstand jedoch benutzt werden, um einen bestimmten Grad der Erreichung außerwirtschaftlicher Ziele anzugeben, muß in solchen Fällen gefragt werden, ob die Größe Sozialprodukt tatsächlich für Beurteilungen dieser Art geeignet ist. Erlauben Sozialproduktsberechnungen, wirtschaftliche Vorgänge in ihrer Beziehung zu außerwirtschaftlichen Zielen zu sehen? Nur wenn diese Frage bejaht werden kann, eignen sich Sozialproduktsberechnungen auch dazu, den Erfolg staatlicher Wirtschaftspolitik zu messen.

1) Hicks, John Richard: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, a.a.O., S. 305.

2) "We have had some difficulty in interpreting the term 'underdeveloped countries'. We use it to mean countries in which per capita real income is low when compared with the per capita real incomes of the United States of America, Canada, Australasia and Western Europe. In this sense, an adequate synonym would be 'poor countries'". In: Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries. Report by a Group of Experts appointed by the Secretary-General of the United Nations. United Nations Department of Economic Affairs, New York 1951, S. 3.

3) Paulsen, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre I, Sammlung Götschen, Band 1169, 5. Auflage, Berlin 1964, S. 13.

4) Paulsen, Andreas: a.a.O., S. 14.

5) Boulding schreibt dazu: "There is a very general assumption in economics that income ... is the proper measure of economic welfare" (Boulding, Kenneth E.: a.a.O., S. 79).

T e i l II

DIE EIGNUNG DER SOZIALPRODUKTSBERECHNUNGEN ALS MAßSTAB WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLGES

A. Methoden und Ziele der Sozialproduktsberechnungen

1. Die Entwicklung der Sozialproduktsberechnungen

Die Berechnung des Sozialprodukts einer Volkswirtschaft ist seit dem Anfang der Wirtschaftswissenschaften Gegenstand theoretischer Auseinandersetzungen und praktischer Versuche. "Schließlich aber gehört es überhaupt zu den ursprünglichen, nächstliegenden und ältesten ... Wünschen der Nationalökonomien, der Gesellschaft ebenso Rechenschaft über das Ergebnis ihrer tausendfältigen Arbeitsleistungen zu geben, wie das der Kaufmann in seinem Bereich tut"¹⁾. Die Volkseinkommensberechnungen von William Petty im England des 17. Jahrhunderts und die Kreislaufbetrachtung der Wirtschaft durch Francois Quesnay in der Mitte des 18. Jahrhunderts waren die ersten Bestrebungen dieser Art. Seither ist immer wieder versucht worden, die Leistung einer Volkswirtschaft während einer bestimmten Periode in einer Zahl auszudrücken. Diese Globalzahl galt vor allem deshalb als so wichtig, weil sie als ein allgemeines Maß des Wohlstandes oder Lebensstandards einer Bevölkerung angesehen wurde. So meinte zum Beispiel Roscher, die Volkseinkommensberechnung sei bedeutsam, "um in wirtschaftlicher Hinsicht Glück und Macht verschiedener Völker miteinander zu vergleichen"²⁾.

Die erwähnten Ansätze zur Sozialproduktsberechnung wurden sowohl von der nationalökonomischen Theorie wie auch von der Statistik aufgenommen. Es "begegnen sich also das Bedürfnis nach praktisch-statistischer Zusammenfassung und das Bedürfnis nach theoretischer Zusammenschau"³⁾. Dabei zeigten sich die unterschiedlichen Ausgangspunkte der Untersuchungen: Die Nationalökonomien wollten eine Gesamtzahl für die in einer Periode neu geschaffenen Nutzen-

1) Hofmann, Werner: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Berlin 1954, S. 12.

2) Roscher, Wilhelm: System der Volkswirtschaft, 1. Band, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 4. Auflage, Stuttgart 1861, S. 288.

3) Hofmann, Werner: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, a.a.O., S. 12.

stiftenden Güter und Dienstleistungen ermitteln. Dazu mußten die Güter mit Hilfe der Recheneinheit Geld zu einer Gesamtsumme addiert werden.

Diese Methode der Addition von Güterwerten wurde bezeichnet als die "objektive" oder "reale" Methode der Ermittlung des Volkseinkommens. So versuchte man, "die tatsächlichen Verwendungen des geldlichen Einkommens zu ermitteln"¹⁾. Die objektive Methode umfaßt also zwei der heute üblichen Arten der Volkseinkommensberechnung: sie betrachtet die Entstehung von Gütern wie auch ihre Verwendung. Roscher erläutert diesen Zusammenhang: "Um dasselbe (das Volkseinkommen, Anm. d. Verf.) zu berechnen, können wir entweder von den eingenommenen Gütern oder von den einnehmenden Personen ausgehen"²⁾. Diese Betrachtung stützt sich also in erster Linie auf die Geldausgaben.

Dagegen wollten Statistiker das Volkseinkommen mit Hilfe der "subjektiven" Methode ermitteln, indem sie die einzelnen Einkommen zusammenzählten. Ausgehend von der Einkommensverteilung nach der Steuerstatistik wollten sie den Wohlstand am verfügbaren Geld messen, also an den Geldeinnahmen. Westergaard meint dazu: "Auch der Ermittlung des Nationaleinkommens stehen bedeutende Schwierigkeiten entgegen, selbst wenn eine Einkommenssteuer die Erhebung unterstützt. ... In groben Umrissen wird sich allerdings immer auf Grundlage der Einkommenssteuer das Nationaleinkommen feststellen lassen"³⁾. Westergaard erwähnt in seinem Buch die objektive Methode der Volkseinkommensberechnung überhaupt nicht.

Die bis in das 20. Jahrhundert hineinreichende Diskussion über die Methode der Volkseinkommensberechnung wurde mit verschiedenen Argumenten auf unterschiedlichen Ebenen geführt. Die Nationalökonomien interessierte der Nutzen der Güter. Die subjektive Methode konnte von ihnen nicht angewendet werden, da in dieser Berechnungsweise nur Geldgrößen erfaßt werden, die nicht einmal immer auf güterwirtschaftliche Vorgänge bezogen werden können. Außerdem mußten ihnen der Einkommensbegriff und die Abgrenzungen der Steuerstatistik unbrauchbar erscheinen.

1) Moeller, Hero: Statistik, Berlin und Wien 1928, S. 136.

2) Roscher, Wilhelm: System der Volkswirtschaft, 1. Band, Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., S. 287.

3) Westergaard, Harald: Die Grundzüge der Theorie der Statistik, Jena 1890, S. 223-224.

Statistiker hingegen sahen die Aufgabe, in einem bestimmten Fall eine Zahl zu ermitteln. Sie konnten sich auf keine oder nur völlig unzureichende Produktions- oder Verbrauchsstatistiken stützen. Dagegen war bereits die Einkommensstruktur auf Grund der frühzeitig verbesserten Einkommensteuer-Statistik relativ gut erkennbar. So konnten lange Zeit hindurch sachlich begründete Werte überhaupt nur mit Hilfe der subjektiven Methode gefunden werden. Da also die praktische Statistik lediglich als Grundlage für die subjektive Methode dienen konnte, wurde diese von allen Statistikern vorgezogen. Moeller schrieb zum Beispiel noch 1928: "Zweckmäßig ist die "subjektive" Methode, bei welcher aus den Daten über die allgemeine Einkommensteuer unter ergänzender, notfalls schätzungsweise Berücksichtigung des Einkommens derjenigen, die als Souveräne oder als niedrigste Einkommensbezieher nicht steuerpflichtig sind, das geldliche Volkseinkommen errechnet wird"¹⁾.

Die Diskussion ging also in erster Linie um die Entscheidung, die eine o d e r die andere Methode in einem bestimmten Fall anzuwenden. Diese Alternative stellt v. Fellner auch noch 1932 in den Vordergrund, wenn er ausführt: "Die Wahl der Methode der durch die einzelnen Statistiker in den verschiedenen Ländern vorgenommenen Schätzungen wird stets durch die gegebenen Verhältnisse sowie durch die Qualität der zur Verfügung stehenden Daten entschieden"²⁾.

Die Diskussion über die Wahl einer Methode verstummte erst, als nach 1930 neue Modelle über den Kreislauf der Wirtschaft entwickelt wurden. Diese ließen erkennen, daß die Methoden nicht mehr alternativ, sondern kombiniert verwendet werden mußten, um gesicherte Ergebnisse zu erzielen. Es wurden makro-ökonomische Gleichungen und Identitäten aufgedeckt, die ein völlig neues Kreislaufbild der Wirtschaft ermöglichten. In der Folgezeit führten diese theoretischen Ansätze in fast allen Ländern zu Sozialproduktsberechnungen, die später zu einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergänzt wurden. Dabei wurde deutlich, daß die Entstehung des Volkseinkommens als Produktion von Gütern und Dienstleistungen, seine Verteilung auf

1) Moeller, Hero: Statistik, a.a.O., S. 136.

2) Fellner, Friedrich v.: Das Volkseinkommen und dessen statistische Erfassung, in: Der internationale Kapitalismus und die Krise, Festschrift für Julius Wolf, Stuttgart 1932, S. 93.

die verschiedenen Einkommensarten und Einkommensbezieher und schließlich seine Verwendung für Konsum und Ersparnisse bzw. Investitionen lediglich drei sich ergänzende Seiten desselben Gegenstandes sind. Damit wurde endgültig das Augenmerk auf die Verfeinerung aller Methoden gelenkt, da erst eine gut aufgebaute Erfassung nach allen Berechnungsarten gute Gesamtergebnisse liefern konnte. Hicks erläutert die Kombination der ersten beiden Berechnungsarten: "In dem Maße, wie sich Erfahrungen ansammeln und die Wirtschaftsstatistiken reicherlicher zur Verfügung stehen, hat sich die Genauigkeit beider Methoden ganz allgemein verbessert; vielleicht die wichtigste Entwicklung auf diesem Gebiet seit 1940 ist jedoch, daß man allgemein dazu übergegangen ist, die mit der einen Methode gewonnenen Ergebnisse durch den Vergleich mit den Ergebnissen der anderen zu überprüfen. Da die Theorie des Volkseinkommens immer besser ausgebaut wurde, ist uns heute klar, daß nicht nur die Gesamtgrößen miteinander übereinstimmen müssen, sondern auch manche ihrer Bestandteile zur gegenseitigen Kontrolle verwendet werden können. Heutzutage wird eine gute Berechnung des Volkseinkommens eines Landes auf beiden Methoden aufgebaut. Dadurch ist sie zuverlässiger und aufschlußreicher, als wenn sie nur auf einer Methode beruhte"¹⁾.

Und Hicks fügt hinzu: "Gelegentlich kann die Doppelmethode der Berechnung von der Einkommens- und der Produktionsseite her noch durch eine dritte Methode, die von der Aufteilung der Ausgaben ausgeht, ergänzt werden"¹⁾.

2. Gegenwärtige Methoden der Sozialproduktsberechnung

Das Sozialprodukt wird bezeichnet als die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft in einer Periode, als der Gesamtwert des Ergebnisses aller wirtschaftlichen Tätigkeiten. Normalerweise wird diese Periode mit einem Jahr gleichgesetzt. Die statistischen Methoden dieser Sozialproduktsberechnung sollen auf ihren ökonomisch-theoretischen Gehalt untersucht werden. Dabei ist es hier ohne Bedeutung, daß die Statistik verschiedene Größen kennt wie Brutto- oder

1) Hicks, John Richard: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, a.a.O., S. 171.

Netto-Sozialprodukt, gesellschaftliches Gesamtprodukt oder Nettoprodukt, Sozialprodukt zu Marktpreisen oder zu Faktorkosten, Inländerprodukt oder Inlandsprodukt, Volkseinkommen oder National-einkommen. Alle diese verschiedenen Größen unterscheiden sich nicht in der Methode der Berechnung, sondern lediglich dadurch, daß jeweils gewisse Posten bei der Berechnung einbezogen oder außer acht gelassen werden. Ohne im einzelnen die Abgrenzungsunterschiede zu berücksichtigen, soll im folgenden von einem Netto-Produkt ausgegangen werden, da die eigentliche Leistung, der reale Zuwachs an Gütern und Dienstleistungen während eines Jahres, nur nach Abzug aller Vorleistungen ermittelt werden kann. Ein solches Netto-Produkt als Ausdruck des tatsächlichen Zuwachses kann auf drei verschiedenen Wegen ermittelt werden:

a) Die Entstehungs- oder Aufkommens-Rechnung

Die Gütermenge, die in einem Jahr produziert wurde, kann an ihren Entstehungsorten erfaßt werden. Diese Berechnung erfaßt den Wert der Verkäufe jedes Betriebes und zieht davon den Wert der für die Produktion verbrauchten Güter ab. Beide Werte werden errechnet aus: Zahl der Einheiten multipliziert mit dem Preis. Diese Differenz ergibt die Wertschöpfung jedes einzelnen Betriebes, den im Produktionsprozeß dieses einen Jahres von dem einzelnen Betrieb neugeschaffenen Wert. Die Summe der Wertschöpfungen aller Betriebe ist der Wert der insgesamt in der Volkswirtschaft neugeschaffenen Güter, die Wertschöpfung insgesamt, das Sozialprodukt. Es handelt sich also um die "Erfassung der Werte aller erzeugten Güter und Dienste im sogenannten Sozialprodukt"¹⁾.

Diese so gewonnene Größe wird meistens nach Wirtschaftsbereichen aufgegliedert, sie kann jedoch auch nach Unternehmensformen, Eigentumsformen oder ähnlichen Kriterien unterteilt werden.

1) Wagenführ, Rolf: Der internationale wirtschafts- und sozialstatistische Vergleich, Freiburg 1959, S. 152.

b) Die Verteilungsrechnung

Die Wertschöpfung als Differenz der Werte des Verkaufs und des Einkaufs ist gleich der Summe der bei der Produktion entstandenen Einkommen. Der Teil des Verkaufswertes, der nicht für den Kauf anderer Güter zum Zwecke der Produktion verwendet wurde, wird in irgendeiner Form zu Einkommen als Lohn oder Gehalt, als Zins oder Pacht, als Dividende oder als nichtausgeschütteter Gewinn¹⁾. Die Summe der Einkommen muß daher gleich der gesamten Wertschöpfung sein. Das Sozialprodukt läßt sich also auch ermitteln aus der Summe aller Einkommen. Diese können nach Einkommensarten (die sogenannte "funktionale" Einkommensverteilung, das sind die Einkommen der Produktionsfaktoren, zum Beispiel die "Lohnquote" als Anteil der Arbeitseinkommen an der Gesamtsumme aller Faktoreinkommen) oder nach Personen (die sogenannte "personelle" Einkommensverteilung, dargestellt zum Beispiel in der Form einer Einkommenspyramide, einer Lorenzkurve oder eines Pareto'schen Koeffizienten) aufgegliedert werden.

c) Die Verwendungsrechnung

Die in einer Periode erzeugten wirtschaftlichen Güter können unterschiedlich verwendet werden: Sie können konsumiert oder investiert werden. Die Summe der konsumierten Güter umfaßt den privaten und den staatlichen Konsum. Die Investitionen setzen sich zusammen aus der Investition von Gütern in Produktionsmitteln, der Anlageninvestition, und Veränderungen der Lagerbestände, der Lagerinvestition. Es wird also in jedem Jahr entschieden über die Verwendung der wirtschaftlichen Güter, die zu Beginn des Jahres vorrätig waren, und der Güter, die im Laufe des Jahres produziert wurden. Die Gesamtsumme der verwendeten Güter kann sich daher von der Gesamtsumme der produzierten Güter nur insofern unterscheiden, als eine Minderverwendung zu einer Erhöhung der Lagerbestände führt (positive Lagerinvestition) und eine Mehrverwendung nur bei vorhandenen Lagerbeständen möglich ist, die jetzt abgebaut werden (negative Lagerinvestition). So sorgt in jedem Falle die Berücksichti-

1) In diesem Zusammenhang können die Abschreibungen als Kauf von Vorleistungen betrachtet werden. Der unterschiedliche Charakter der direkten und indirekten Steuern kann hier vernachlässigt werden.

gung der Lagerinvestition für den formalen Ausgleich der Differenzen. Das Sozialprodukt kann also auch aus der Verwendungsrechnung ermittelt werden, indem privater und staatlicher Konsum und die Anlageninvestitionen addiert werden. Korrigiert werden muß diese Summe noch um die Veränderungen der Lagerbestände.

Wie man von der Verwendung der erzeugten Güter spricht (Betrachtung natürlicher Größen), könnte auch von der Verwendung der Geldbeträge gesprochen werden (Betrachtung monetärer Größen). Dem Wert der konsumierten Güter steht eine in der Größe entsprechende Geldausgabe gegenüber. Dem nicht für Konsumzwecke ausgegebenen Geld entspricht die Gütermenge, die investiert wurde. So erklärt sich die Keynes'sche Gleichung "Sparen = Investieren". Der Ausgleich wird hierbei über "unfreiwillige" Tätigkeiten herbeigeführt. Wird weniger Geld für den Konsum ausgegeben, also mehr gespart, als der Gegenwert der Anlageinvestitionen beträgt, so ist über die Verwendung eines Teiles der Güter gar nicht entschieden worden, d.h. sie tauchen bei den Produzenten oder Händlern als vergrößerte Lagerbestände auf. Sie gehen als "unfreiwillige" Investition in Form der Lagerinvestition in die Sozialproduktsberechnung ein.

3. Naturale und monetäre Betrachtungsweise bei der Sozialproduktsberechnung

Am Ende aller dieser Berechnungen bietet der Statistiker dem Wirtschaftspolitiker eine Zahl an, das Sozialprodukt. Diese Wertsumme soll die Lage oder den Erfolg einer Volkswirtschaft ausdrücken. Da dieser Erfolg aber darin zu sehen ist, wie viele außerwirtschaftliche Ziele mit Hilfe der produzierten wirtschaftlichen Güter erreicht werden konnten, kann eine rein monetäre Betrachtungsweise des Sozialproduktes dem Wirtschaftspolitiker nichts nützen. Die Verteilungsrechnung des Sozialproduktes befaßt sich lediglich mit Geldgrößen, ohne auf die güterwirtschaftlichen Vorgänge einzugehen. Es kann angenommen werden, daß nur in ganz vereinzelt Ausnahmefällen der Besitz von Geld als solcher ein außerwirtschaftliches Ziel ist. In den von der Nationalökonomie zu untersuchenden Fällen wird daher immer davon ausgegangen, daß der Nutzen des Geldes

darin besteht, Güter von einem bestimmten Wert erwerben zu können. Diese Güter können dann eingesetzt werden, um außerwirtschaftliche Ziele zu erreichen, also Bedürfnisse zu befriedigen und damit Nutzen zu stiften.

Um die Lage oder den Erfolg einer Volkswirtschaft beurteilen zu können, darf also nicht von der Menge des verfügbaren im Prozeß der Einkommensbildung entstandenen Geldeinkommens ausgegangen werden. Es muß vielmehr die Menge der verteilbaren oder verteilten Güter betrachtet werden. Die Entstehung und die Verwendung des Sozialproduktes können in dieser Weise berechnet werden. In beiden Fällen wird eine bewertete Gütermenge zu einer Gesamtzahl zusammengefaßt. Diese Güter sind die Leistungen einer Volkswirtschaft. Um die Gesamtleistung in einer Zahl ausdrücken oder vergleichen zu können, muß erst einmal eine Recheneinheit für die naturalen Größen gefunden werden. "Das Volkseinkommen besteht aus einer großen Menge von Gütern und Dienstleistungen, die dadurch, daß man sie in Geld ausdrückt, auf eine gemeinsame Basis gestellt werden. Als Maßstab müssen wir das Geld verwenden, weil es auf keine andere Weise möglich ist, eine Masse verschiedener Dinge in einem Ausdruck zusammenzufassen"¹⁾. Jede Einheit eines Gutes muß also mit einem Geldwert, einem Preis, versehen werden, bevor eine Sozialproduktsberechnung möglich wird. Hierbei wird die Funktion der Preise als Recheneinheit deutlich.

Die Preise müssen aber noch eine weitere Funktion erfüllen, wenn sie den richtigen Geldwert für die Güter repräsentieren sollen. Die Produktion eines Gutes erhält ja erst ihren Sinn durch die Möglichkeit, mit dem erzeugten Gut ein bestimmtes außerwirtschaftliches Ziel zu einem bestimmten Grade zu erreichen. Der Preis muß also auch den Nutzen des Gutes widerspiegeln, der sich erst aus der Bewertung der außerwirtschaftlichen Ziele ergibt. Die Güter müssen also im Hinblick auf diese außerwirtschaftlichen Ziele mit Preisen versehen werden. Erst dann werden Preise ermittelt, die für die Zusammenfassung aller Güter in einer Wertsomme geeignet sind. Ob die Größe Sozialprodukt zu einer Beurteilung oder zu einem

1) Hicks, John Richard: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, a.a.O., S. 205.

Vergleich herangezogen werden kann, hängt also von zwei Voraussetzungen ab:

- a) Richtige Erfassung der Gütermengen;
- b) Bewertung der Gütermengen mit richtigen Preisen.

In der theoretischen Erörterung kann die erste Voraussetzung als gegeben angenommen werden, obwohl in der Praxis zweifellos beträchtliche Schwierigkeiten bei der exakten Erfassung der Gütermengen auftreten. Es soll lediglich die Frage untersucht werden, auf welchem Wege eine richtige Bewertung der Gütermengen im Hinblick auf die Rangfolge der außerwirtschaftlichen Ziele möglich ist.

Wegen der bereits geschilderten Unterschiede bei der Plankoordination und Zielauslese muß auch hier gefragt werden, wie die Bewertung eines Gütervorrates in den verschiedenen Wirtschaftssystemen vorgenommen wird.

4. Die Ziele der Sozialproduktsberechnungen und die Verbindung mit der staatlichen Wirtschaftspolitik

Die Ziele der Sozialproduktsberechnungen haben sich seit ihren Anfängen kaum gewandelt: Es geht nach wie vor in erster Linie um einen Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft oder um den Lebensstandard der Bevölkerung. Unter dem Eindruck der seit 1929 herrschenden Weltwirtschaftskrise wurde erkannt, daß Massenarbeitslosigkeit in jedem Falle die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung vermindere. So entwickelte Keynes seine wirtschaftstheoretischen Folgerungen, um eine Krisensituation beurteilen zu können. Die Ergebnisse dieser Diagnose sollten direkt als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen benutzt werden. In seinem Werk "The General Theory of Employment, Interest and Money" (zuerst erschienen 1936) weist er die Wirtschaftspolitiker auf Maßnahmen hin, mit denen in Krisenzeiten die Vollbeschäftigung erreicht oder erhalten werden kann. Damit hat Keynes makro-ökonomische Größen als Grundlage der staatlichen Wirtschaftspolitik einführen wollen. Aus solchen Überlegungen heraus wurde auch die Volkseinkommensberechnung im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entwickelt. Heute werden jedoch

dieselben makro-ökonomischen Größen allgemein als Grundlage jeder staatlichen Wirtschaftspolitik angesehen. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit ihrem Kernstück, der Sozialproduktsberechnung, gilt als ein Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die wirtschaftliche Situation und Entwicklung soll mit ihrer Hilfe beurteilt und die Wirksamkeit gewisser staatlicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Hinblick auf jedes gesetzte Ziel untersucht werden. So stellt Kraus fest: "Schließlich übernimmt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die Aufgabe, unmittelbar oder mittelbar Grundlage und Instrument der Wirtschaftspolitik zu sein. Funktionsweise, Ablaufmechanismus und Ergebnis des ökonomischen Kosmos werden an Hand konkreten Zahlenmaterials überprüft. Man bedient sich ihrer in diesem Rahmen, um einmal Aufschluß über das Ausmaß der wirtschaftlichen Aktivität in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, über die Beziehungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche untereinander und die zwischen diesen Bereichen fließenden Ströme zu erhalten. Man wendet sich ferner der Entstehung und Verwendung des Volkseinkommens zu, indem man die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche, wie die Beziehungen zwischen Volkseinkommen, Gesamtkonsum, Gesamtinvestition, Gesamtersparnis usw., erfaßt. Der periodisch vorgenommene Vergleich der wichtigsten Elemente der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vermittelt dann weiter Einblick in die zeitliche Entwicklung der Produktivkraft, des Einkommens und der Beschäftigung, in die sich vollziehenden Strukturveränderungen und in den Wachstumsverlauf. So orientiert die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als diagnostisches Instrument die Träger der Wirtschaftspolitik über Stand und Veränderungen der wirtschaftspolitisch relevanten Größen"¹⁾.

Hinter allen diesen vielfältigen Aufgaben steht jedoch auch bei Kraus das eine große Ziel: Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft im Hinblick auf das Erreichen außerwirtschaftlicher Ziele. Kraus spricht hier, wie viele andere Autoren, in erster Linie von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Im besonderen ist jedoch die Größe des Sozialproduktes gemeint, ohne dessen Berechnung eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gar nicht aufgestellt werden könnte. "So bilden Entstehung, Verteilung und Verwen-

1) Kraus, Willy: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Wiesbaden 1961, S. 28.

derung des Volkseinkommens und des Sozialproduktes die entscheidend wichtige Grundlage, das Kernstück der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾. Das Sozialprodukt bleibt die einzige Gesamtgröße in dem Zahlensystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die über Fortschritte oder Rückschläge der Volkswirtschaft Auskunft geben könnte. Sie soll als Grundlage staatlicher Wirtschaftspolitik dienen, sie soll es auch ermöglichen, den Erfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu beurteilen.

In welchem Verhältnis steht nun diese Größe Sozialprodukt zur staatlichen Wirtschaftspolitik? Inwieweit kann sie Grundlage oder Erfolgsmaßstab für wirtschaftspolitische Maßnahmen sein? Bevor eine Antwort auf diese Fragen gegeben werden kann, muß geklärt werden, auf welchen theoretischen und statistischen Grundlagen die Berechnung des Sozialproduktes erfolgt und welche Bedeutung die so gewonnenen Zahlen haben.

5. Vergleichung der Wirtschaftssysteme

Die erwähnten Voraussetzungen für eine Beurteilung des Verhältnisses von Sozialproduktsberechnungen zur staatlichen Wirtschaftspolitik reichen jedoch noch nicht aus. Die Antwort würde nach wie vor nicht eindeutig ausfallen, wenn nicht die Aufgaben und Methoden sowohl der staatlichen Wirtschaftspolitik wie auch der Statistik in ihrer Abhängigkeit vom realisierten Wirtschaftssystem gesehen werden. Von vielen Autoren wurde darauf hingewiesen, daß auch die Anwendung bestimmter statistischer Methoden vom Wirtschaftssystem abhängt²⁾. Darum können Antworten auf die gestellten Fragen nur im Systemvergleich gefunden werden, d.h. es muß untersucht werden, welcher Art das Verhältnis von Sozialproduktsberechnungen zur staatlichen Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft und in einer Zentralverwaltungswirtschaft ist. Zu

1) Kraus, Willy: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Wiesbaden 1961, S. 28.

2) Vgl. z.B. Mertsch, Fritz: Die Aufgaben der Statistik in verschiedenen Wirtschaftsordnungen, Berlin 1954, S.11-12, S. 23. Wagenführ, Rolf: Statistik leicht gemacht, 3. Aufl., Köln 1952, S. 180-181; ferner z.T. die aufgeführten Werke Nr. 504-532, in: Stobbe, Hanna: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Kieler Schrifttumskunden zu Wirtschaft und Gesellschaft, Band 1), Kiel 1960, S. 84-89.

diesem Zweck können teilweise die von der Nationalökonomie entwickelten Modelle herangezogen werden. In einigen Fällen muß jedoch auf die konkrete Ausgestaltung der statistischen Methoden verwiesen werden, um Unterschiede deutlich zu machen. Hier können die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in Mitteldeutschland gegenübergestellt werden.

Beide Teile Deutschlands können zwar nicht den Anspruch erheben, die jeweils am weitesten entwickelten Methoden der Sozialproduktberechnung anzuwenden. Dazu hatte die deutsche Statistik bis zum Ende des 2. Weltkrieges den Entwicklungen in den anderen Ländern nicht genügend folgen können. Mit dem Kriegsende brach der statistische Dienst vollständig zusammen. Die Teilung Deutschlands machte eine einheitliche Neu- und Weiterentwicklung der statistischen Methoden unmöglich. Gerade aus diesem Grunde eignen sich jedoch die beiden Teile Deutschlands für einen Systemvergleich, denn "das von Zonen zerrissene Deutschland, das gezwungen war, seine statistische Apparatur wieder aufzubauen, war in dieser Hinsicht ein bemerkenswertes Experimentierfeld, zumal jede Besatzungsmacht darauf aus war, ihre Anschauungen, ihre Methoden und vor allem auch ihre Systematiken zur Geltung zu bringen"¹⁾. Bosch überträgt diese Auffassung auf das gesamte Wirtschaftssystem: "Mittel- und Westdeutschland sind Experimentierfelder für östliche und westliche Wirtschaftssysteme geworden. Sie bieten in hervorragendem Maß die Gelegenheit, am lebenden Objekt den Charakter und die Funktionsfähigkeit einer Zentralverwaltungswirtschaft und eines marktwirtschaftlich orientierten Systems vergleichend zu betrachten"²⁾.

So wurden die verwendeten bzw. neu eingeführten Methoden Beispiele für die unterschiedlichen Auffassungen und Auswirkungen der Statistik in verschiedenen Wirtschaftssystemen.

-
- 1) Wagenführ, Rolf: Statistik leicht gemacht, 3. Auflage, Köln 1952, S. 181.
 - 2) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, Band 8 der Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 2. Auflage, Heidelberg 1961, S.10.

Darüber hinaus ist die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und Vorgänge in beiden Teilen Deutschlands relativ gut, was nicht von vielen Ländern mit zentralverwalteter Wirtschaft gesagt werden kann. Die Verwendung der deutschen Sprache in beiden statistischen Ämtern gestattet es ferner, die unterschiedlichen Inhalte aufzuzeigen, die denselben Begriffen in verschiedenen Wirtschaftssystemen gegeben wurden.

B. Zusammenhänge zwischen Bewertungen, Preisen und Sozialproduktberechnungen in einer Marktwirtschaft

1. Die Bewertung der Güter in einer Marktwirtschaft

Das wirtschaftliche Geschehen in einer Marktwirtschaft wird gelenkt, indem die einzelnen Wirtschaftssubjekte planen und daraufhin am Markt tätig werden. Diese Art der Lenkung benötigt das Mittel des funktionierenden Marktpreismechanismus. Die Marktpreise der Güter stehen also in irgendeinem Zusammenhang mit den außerwirtschaftlichen Zielen der Wirtschaftenden. Dieser Zusammenhang muß geklärt werden, um festzustellen, ob die Marktpreise in irgendeiner Weise den Nutzen der Güter bezeichnen und sich damit als richtige Preise für eine Sozialproduktberechnung eignen.

a) Die Rangordnung der außerwirtschaftlichen Ziele

Jeder einzelne der großen Zahl der Planenden in einer Marktwirtschaft muß sich bei der Aufstellung seines Wirtschaftsplanes über die Rangordnung seiner außerwirtschaftlichen Ziele klar werden. Dabei erkennen die Bewertenden den zuerst eingesetzten Gütern größeren Wert zu als den folgenden - der gestiftete Nutzen der weiter eingesetzten Güter für einen Zweck wird im Verhältnis zu den vorher eingesetzten Gütern geringer (das Gossensche Gesetz des abnehmenden Grenznutzens). Für die Rangfolge der außerwirtschaftlichen Ziele als Grundlage des Wirtschaftens bedeutet das, daß nicht einfach die einzelnen Ziele als Ganzes nach

ihrer Wichtigkeit eingeordnet werden, sondern daß immer nur ein bestimmter Teil des einen Zieles gegen einen ebenso bestimmten Teil eines anderen Zieles abgewogen werden muß. Die Rangfolge von zum Beispiel drei Grundbedürfnissen der Menschen würde also nicht lauten: 1. Nahrung, 2. Kleidung, 3. Unterbringung. Sie wäre in hohem Maße differenziert:

1. Nahrung, um nicht zu verhungern.
2. Kleidung, um überhaupt gekleidet zu sein.
3. Unterbringung, um nicht zu erfrieren.
4. Nahrung, um gesättigt zu sein.
5. Kleidung zum Wechseln.
6. Nahrung in besserer Qualität.
7. Kleidungsstücke in größeren Mengen.
8. Unterbringung mit gewissem Komfort.

Diese Reihe ließe sich noch um viele Positionen verlängern. Es konkurrieren ferner Teile anderer außerwirtschaftlicher Ziele ebenfalls um die verfügbaren Mittel. Der richtige Einsatz dieser Mittel erfordert den Vergleich jedes einzelnen Teiles eines Zieles mit Teilen anderer Ziele. Den größten Nutzen aus den verfügbaren Mitteln kann nur derjenige ziehen, der von Anfang an jede Teileinheit der Mittel so verwendet, daß der jeweils wichtigste noch nicht verwirklichte Teil eines Zieles erreicht wird. Dieses ebenfalls nach Gossen benannte Prinzip der Nutzenmaximierung fordert also, daß keine Mittel für ein geringerrangiges Teilziel verwendet werden dürfen, solange noch ein höherrangiges Teilziel nicht erreicht ist. Da bei größerer Menge der verfügbaren Mittel und größerer Differenzierung der Gesamt- und Teilziele immer wieder bestimmte Teilziele als gleichwertig bewertet werden, kann auch gesagt werden: Die Mittel sollen so eingesetzt werden, daß sie - im Hinblick auf die Gesamtziele als mögliche Verwendungsarten - in jeder Verwendung ein Teilziel gleicher Wichtigkeit erreichen helfen. Sie stiften also in jeder Verwendung den gleichen Nutzen. Hierbei werden jedoch dann nicht mehr die vorher eingesetzten, größeren Nutzen stiftenden Mittel betrachtet, sondern nur noch die jeweils zuletzt eingesetzten. Bezeichnet man den Nutzen der zuletzt in den verschiedenen Verwendungen eingesetzten Einheiten eines Mittels

als Grenznutzen, so soll nach dem Gossenschen Prinzip der Nutzenmaximierung der Grenznutzen jedes einzelnen Mittels in seinen verschiedenen Verwendungen gleich sein.

b) Preise als Mittel und Ergebnis der Bewertungen

Das Wirtschaften in einem System der Marktwirtschaft erfordert Arbeitsteilung, Märkte und ein allgemein anerkanntes Tauschmittel zum Ausdruck der Preise, das als Geld bezeichnet wird. Für den Menschen in einer solchen Wirtschaft bedeutet die Anwendung des Gossenschen Gesetzes und des Gossenschen Prinzips: Wenn er seinen Nutzen maximieren will, muß er mit dem verfügbaren Geld diejenigen Güter auf dem Markt nachfragen, mit denen er die Grenznutzen des Geldes in allen Verwendungen ausgleichen kann. Die Verwendung des Geldes kann aber nur unter Beachtung der Marktpreise geplant werden. Ausgehend von den außerwirtschaftlichen Teilzielen kann gesagt werden, welche Güter in welcher Menge benötigt werden, um das jeweilige Teilziel zu erreichen. Über die Rechengröße des Preises kann dann ermittelt werden, wieviel Geld dafür aufgewendet werden muß. Es werden also für die verschiedenen Teilziele die jeweils benötigten Mengen an Geld verglichen. In dieser Betrachtungsweise sind die Preise Voraussetzung dafür, daß überhaupt die Verwendung des Geldes geplant werden kann.

Andererseits sind jedoch die Preise auch Ergebnis dieser Planung, da die Höhe der tatsächlichen Marktpreise auch von der Nachfrage nach dem jeweiligen Gut abhängt. Da die Marktpreise sich also erst endgültig aus den bereits aufgestellten Plänen ergeben und in einer Marktwirtschaft niemand die Gesamt-Nachfrage und die insgesamt verfügbaren Mengen erkennen kann, können die Einzelpläne nur mit Hilfe von erwarteten Preisen aufgestellt werden. Das bedeutet, daß die erwarteten Preise nur mit einer größeren oder auch geringeren Wahrscheinlichkeit auf dem Markt vorgefunden werden, wenn die Pläne später verwirklicht werden sollen. Das Risiko, auf der Basis falsch angenommener Preise zu planen, ist je nach Kenntnis der die Preise beeinflussenden Faktoren unterschiedlich groß. Es muß mit größeren oder geringeren Abweichungen gerechnet werden.

Solche Abweichungen der tatsächlichen Preise von den in den Plänen erwarteten Preisen bedingen eine Anpassung der Pläne an die tatsächlichen Preise. Ein tatsächlich höherer Preis eines Gutes auf dem Markt bedeutet, daß der angenommene Geldbetrag für die Erreichung eines bestimmten außerwirtschaftlichen Teilzieles nicht ausreicht. Bei der jetzt vorliegenden besseren Kenntnis der Marktverhältnisse bleiben drei Möglichkeiten der Anpassung:

1. Dieses Teilziel kann mit der vorgesehenen Menge an Geld erreicht werden, wenn nicht das für den Kauf geplante, jetzt aber zu teure Gut verwendet wird, sondern ein ebenfalls geeignetes anderes Gut, dessen Preis vielleicht gesunken ist (Substitution der Mittel).
2. Geld muß aus einer anderen geplanten Verwendung abgezogen werden, um dieses Teilziel auf dem geplanten Wege über den Kauf eines bestimmten Gutes doch noch zu erreichen (Verzicht auf die Erreichung eines anderen, weniger wichtigen Teilzieles).
3. Es wird darauf verzichtet, dieses Teilziel zu erreichen. Dann sind noch Mittel verfügbar, die in anderer Weise eingesetzt werden können (Substitution der Teilziele unter Berücksichtigung der Marktpreise).

Nach eventuell mehreren Anpassungen der geplanten Größen an die tatsächlich vorgefundenen wird sich der Einzelplan wieder im Gleichgewicht befinden, das heißt, die Grenznutzen des Geldes in den verschiedenen Verwendungen werden ausgeglichen sein. Der einzelne Mensch hat dann sein Geld für den Kauf von Gütern so verwendet, daß ihm diese Güter den größtmöglichen Nutzen stiften. Er hat für diese Güter Marktpreise gezahlt.

c) Die Beziehung zwischen Güterpreisen und Grenznutzen des Geldes

Die Marktpreise sind Voraussetzung und Ergebnis der Wirtschaftsrechnung aller Teilnehmer am Marktgeschehen. Dieser Preisbildungsprozeß ist von der Wirtschaftswissenschaft erklärt worden, ebenfalls die Nachfrage der Unternehmer nach Produktionsfaktoren und das Angebot an Fertigerzeugnissen, jeweils unter der Annahme einer

Verhaltensweise der Gewinnmaximierung. Wenn aber gefragt wird, ob das Sozialprodukt, berechnet mit Hilfe von Marktpreisen, Ausdruck für den Lebensstandard einer Bevölkerung sein kann, muß untersucht werden, welche Bedeutung die Marktpreise der Konsumgüter für den Konsumenten haben.

Wie ausgeführt wurde, belegt der Konsument ein Teilziel in seiner Bedürfnisskala mit einem bestimmten Rang. Er kann bei Kenntnis der Marktpreise diejenige Geldmenge bestimmen, die er aufwenden muß, um ein Teilziel zu erreichen. Falls das Bedürfnis in gleicher Weise mit mehreren Gütern befriedigt werden kann, kann er denjenigen Weg der Bedürfnisbefriedigung auswählen, der die geringste Geldmenge erfordert. Wenn seine Geldmittel ausreichen, mehrere Teileinheiten desselben Zieles zu verwirklichen, muß er erkennen, daß - entsprechend dem Gossenschen Gesetz - der Nutzen der für die nachfolgenden Teilziele eingesetzten Güter geringer ist als der Nutzen der ersten Einheiten. Er wäre also bereit, für die ersten Einheiten des benötigten Gutes einen höheren Preis zu zahlen als für die folgenden. Falls die Marktverhältnisse es erlauben, werden weitere Teilziele verwirklicht, bis der Marktpreis des zuletzt gekauften Gutes gerade noch der Bewertung des letzten verwirklichten Teilzieles entspricht. Der Grenznutzen der letzten eingesetzten Geldeinheiten ist in allen Verwendungen dann ausgeglichen, wenn sich die Marktpreise der Güter zueinander verhalten wie die Grenznutzen der letzten gekauften Einheiten dieser Güter.

Wenn der Konsument mehrere Einheiten eines Gutes kauft, bezahlt er für jede dieser Einheiten denselben Marktpreis, obwohl er mit den einzelnen Einheiten dieser Güter Teilziele verwirklicht, deren erste er höher, die folgenden geringer bewertet. Diese Überlegungen über eine gesamte Grenznutzenfunktion stellt der Konsument jedoch nicht an. Er betrachtet lediglich die Verhältnisse an der Grenze. Als Folge des Gossenschen Gesetzes erkennt der Konsument: "Wenn der ... Grenznutzen einer nachgefragten Gutsmenge den Nachfragenden veranlaßt, für die zugehörige, an dieser Grenze stehende Gutsteilmenge, Grenzmenge, einen bestimmten Preis als wirtschaftlich zulässig zu bewilligen, dann kann der Nachfragende den Schluß ziehen, daß der nämliche Kaufpreis auch für alle übrigen gleichen Teilmengen dieser Gutsmenge wirtschaftlich zulässig ist,

a fortiori: weil der Nutzen dieser übrigen Teilmengen höher ist als der Nutzen dieser Grenzteilmenge und somit der für die Grenzteilmenge wirtschaftlich gerechtfertigte Kaufpreis für die übrigen Teilmengen erst recht gerechtfertigt sein muß. Dieser Schluß kann also gezogen werden, ohne daß der Nutzen der übrigen, vor der Grenze stehenden Teilmengen überhaupt veranschlagt, in seiner Größe in den Kalkül gezogen wird¹⁾.

Einige Einheiten eines Gutes stiften dem Konsumenten also größeren Nutzen als andere. Der Konsument kümmert sich jedoch um diese Tatsache nicht. Er vergleicht die Marktpreise verschiedener Güter mit seinen Grenznutzenschätzungen dieser Güter und sieht nur diese Beziehung, die ihn zum Kauf des einen oder anderen Gutes veranlaßt. Da diese Käufe wiederum die Entwicklung der Preise beeinflussen, wird das Marktgeschehen dahin tendieren, in den Marktpreisen die Grenznutzenschätzungen der Konsumenten auszudrücken.

d) Die Beziehung zwischen Umsatz, Gesamtnutzen und Gesamtkosten der Güter

Jetzt muß nach dem Gesamtnutzen einer Gütermenge für den einzelnen Konsumenten gefragt werden. Der Konsument beantwortet diese Frage in seiner Wirtschaftsrechnung nicht. Er gelangt ja zu seinem Nutzenmaximum nicht, indem er den Gesamtnutzen einer Gütermenge ermittelt, sondern über Grenznutzenvergleiche. Illy bezeichnet die Wirtschaftsrechnung des Konsumenten als "ein einfaches Nutzenvergleichen somit an Teilmengen in einer gewissen Region, in welcher nach der Vermutung des Konsumenten die wirtschaftlich richtige Mengengrenze liegt. Je besser er diese Region gleich im ersten Anlauf trifft, was von seiner wirtschaftlichen Begabung und Erfahrung abhängt, um so weniger Grenznutzen hat er in den Kalkül zu ziehen, um so weniger Grenznutzenvergleiche vorzunehmen. Auf jeden Fall aber ersparen ihm diese stets nur auf eine gewisse, bald breitere, bald schmalere Grenzregion beschränkten Grenznutzenvergleiche den Anschlag der Gesamtnutzen der Gütergesamtmengen"²⁾.

1) Illy, Leo: Das Gesetz des Grenznutzens, Wien 1948, S. 59-60.

2) Illy, Leo: Das Gesetz des Grenznutzens, a.a.O., S. 330.

Das Sozialprodukt erfaßt aber gerade diese Gütergesamtmengen für eine Wirtschaftsperiode. Deshalb genügt es nicht, die Beziehung zwischen Grenznutzen und Marktpreis zu erkennen. Darüber hinaus muß auch die Frage nach dem Gesamtnutzen beantwortet werden, weil davon u. a. die Aussagefähigkeit der Größe "Sozialprodukt" abhängt. Die Frage nach dem Gesamtnutzen einer Gütermenge für den Konsumenten ist vor allem von der Wiener Schule der Nationalökonomie diskutiert worden. Zwei ihrer hervorragendsten Vertreter, Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk gaben einander ausschließende Antworten, so daß diese Frage damals nicht endgültig geklärt werden konnte¹⁾.

Wieser sah, daß der Marktpreis dem Grenznutzen eines Gutes entspricht. Er folgerte daraus, daß bei gleichem Marktpreis aller Einheiten der Gesamtnutzen aller Einheiten der insgesamt aufgewendeten Geldmenge entspricht (die Stückzahl wird multipliziert mit dem Preis). Diese Größe kommt ja auch im Marktgeschehen immer wieder vor. Sie wird üblicherweise als "Umsatz" bezeichnet. Wieser sah also eine direkte Beziehung zwischen Gesamtnutzen und Umsatz - er bezeichnete beides als Gesamtwert eines Gütervorrates.

Böhm-Bawerk wies dagegen auf die oben angeführten unterschiedlichen Nutzen der einzelnen Einheiten eines Gütervorrates hin. Er meinte, der Gesamtnutzen mehrerer Einheiten ergebe sich aus der Summe der unterschiedlichen Nutzen jeder einzelnen Einheit der Gesamtmenge. Da die Nutzen unterschiedlich seien, die Marktpreise jedoch gleich, könne kein Zusammenhang zwischen Gesamtnutzen und Umsatz bestehen.

Leo Illy hat diesen Widerspruch aufgeklärt, den er die "Paradoxie des Wertes" nennt²⁾. Er weist nach, daß schlecht gewählte Bezeichnungen Wieser daran gehindert haben, die Zusammenhänge klar zu erkennen. Der Widerspruch zwischen Wieser und Böhm-Bawerk bestehe nämlich nicht in der Sache, sondern in den unterschiedlich verwen-

-
- 1) Vgl. Wieser, Friedrich von: Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Wertes, Wien 1884; Der natürliche Wert, Wien 1889; Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß der Sozialökonomik, Band 1, Tübingen 1914.
Böhm-Bawerk, Eugen von: Kapital und Kapitalzins, 4. Auflage, Zweite Abteilung, Positive Theorie des Kapitals, Jena 1921.
- 2) Illy, Leo: Das Gesetz des Grenznutzens, a.a.O., insbes. S. 297-312.

deten Begriffen. Illy wählt für seine Ausführungen den Ausdruck der "Kostentheorie des Konsumenten", wobei er die Ausgaben für den Kauf von Konsumgütern als "Kosten" für die konsumierenden Haushalte bezeichnet. Dieser vom heute üblichen Kostenbegriff abweichenden Bedeutung soll hier auch gefolgt werden, um die Unterschiede der Auffassungen aufzuzeigen.

Illy bezeichnet die von Böhm-Bawerk vertretene Größe als den Gesamtnutzen oder auch Gesamt-Ertrag der Konsumenten aus der Verwendung der Mittel. Die Größe Wiesers (Grenznutzen $\times$ Menge widergespiegelt in Preis $\times$ Menge) bedeutet für Illy die Gesamtkosten, die ein Konsument aufzubringen hat, um den Gesamtnutzen zu erzielen. Die Differenz dieser beiden Größen bezeichnet Illy als gesamten Nutzengewinn. Dieser entsteht, weil der Konsument den Nutzen gewisser Einheiten des gekauften Gutes höher bewertet als denjenigen anderer Einheiten desselben Gutes, für die er denselben Preis zu zahlen hatte. Man könnte in diesem Zusammenhang auch von einem Differentialnutzen sprechen. Hier wird ein weiterer Doppelcharakter der Marktpreise sichtbar: Zum einen spiegeln sie die Grenznutzenrelationen der Güter für den Konsumenten wider - zum anderen bezeichnen sie jedoch die Kosten, die dem Konsumenten beim Kauf von Gütern entstehen.

Wieser stand vor einem unlösbaren Problem, als er die Größe "Grenznutzen $\times$ Menge" als Gesamtwert eines Gütervorrates bezeichnete. Eine solche Funktion müßte unter der Beachtung des Gossenschen Gesetzes (das heißt, bei mit einem hohen Wert beginnenden und dann sinkenden Wert des Grenznutzens) einen aufsteigenden und dann wiederum einen fallenden Ast aufweisen. Diesen fallenden Ast konnte Wieser nicht erklären. Er konnte nicht behaupten, daß eine Mehrversorgung mit Gütern zu irgendeinem Zeitpunkt zu einem geringer werdenden Gesamtnutzen führt, wenn der Grenznutzen positiv ist.

Bei Illy ist diese Funktion der Kostenverlauf für die Konsumenten. Da der Konsument für jede Einheit des gekauften Gutes am Markt denselben Preis bezahlt, kann natürlich das Produkt aus Menge und Preis bei vergrößerter Menge und herabgesetztem Preis kleiner werden. Jede Umsatzkurve (Menge $\times$ Preis bei variierenden Preisen und sich danach ausrichtenden Mengen) zeigt diesen aufsteigenden und wieder

fallenden Ast mit einem Umsatzmaximum. Es muß also festgestellt werden: solange eine weitere Einheit eines Gutes von Konsumenten gekauft wird, bedeutet das, daß der Sättigungspunkt noch nicht erreicht ist. Diese Einheit hat einen positiven Grenznutzen. Der Gesamtnutzen steigt aber, wenn eine weitere Einheit hinzugefügt wird. Um diesen Nutzen zu erlangen, muß der Konsument Geld aufwenden, er hat Kosten zu tragen. Kosten sind hier zu betrachten als der entgehende Nutzen, der nicht erlangt wird, da das Geld für eine andere Verwendung nicht zur Verfügung steht.

Für den Konsumenten sind, wenn einheitliche Marktpreise herrschen, die Grenzkosten immer gleich den Durchschnittskosten. Der Konsument hat also jeweils dieselben Kosten für jede Einheit, unabhängig vom Nutzen, den diese Einheit ihm bringt. Bei sinkendem Preis eines Gutes wird ein weiteres Teilziel, das mit diesem (oder einem anderen) Gut erreicht werden kann, angestrebt. Mehr Einheiten dieses (oder eines anderen) Gutes werden also gekauft. Damit erhöht sich in jedem Falle der Gesamtnutzen für den Konsumenten.

Die Frage, ob bei dem Kauf von mehr Gütern auch die Gesamtkosten steigen oder nicht, läßt sich nur unter bestimmten Annahmen beantworten. Von einer gleichgewichtigen Wirtschaftsrechnung ausgehend, reagiert der Konsument auf eine Preissenkung mit einer vergrößerten Nachfrage nach diesem Gut, da dann der Grenznutzen des Geldes in dieser Verwendungsrichtung größer ist als in anderen. Die Entwicklung der Gesamtkosten des Konsumenten (die monetäre Nachfrage) hängt ab von dem Ausmaß, in dem er auf die Preisänderung reagiert, der Preiselastizität der Nachfrage. Ist die Preiselastizität der Nachfrage sehr groß, dann wird eine kleine relative Preisherabsetzung eine große relative Erhöhung der mengenmäßigen Nachfrage bringen und damit insgesamt eine Erhöhung der gesamten Kosten für den Konsumenten, der monetären Nachfrage. Dann wird Geld aus anderen geplanten Verwendungen herausgezogen, um weitere Einheiten des billiger gewordenen Gutes zu kaufen. Die Entscheidung des Konsumenten ist in diesem Falle gekennzeichnet durch einen Punkt des aufsteigenden Astes seiner Gesamtkostenkurve für dieses Gut. Ist jedoch die Preiselastizität der Nachfrage sehr gering, so wird auch eine große relative Herabsetzung des Preises mengenmäßig nur eine geringfügige relative Mehrnachfrage bewirken. Der Konsument kauft dann

zwar mehr Einheiten dieses Gutes, die Gesamtkosten sinken aber, d.h. der Konsument erwirbt jetzt eine größere Menge und bezahlt dafür einen geringeren Gesamtbetrag (Preis x Menge). Die monetäre Nachfrage sinkt. Die Entscheidung des Konsumenten ist in diesem Falle gekennzeichnet durch einen Punkt des sinkenden Astes der Gesamtkostenkurve. Sein Gesamtnutzen erhöht sich, da er mehr Einheiten eines Gutes kauft - darüber hinaus kann er jetzt über bereits verplante Mittel neu verfügen zum weiteren Einsatz in anderen Verwendungen.

Unabhängig von der Frage der Rechenhaftigkeit von Nutzengrößen¹⁾ kann der Gesamtnutzen eines Gütervorrates nur im Sinne Böhm-Bawerks als die Summe aller verschieden hohen Einzelnutzen aufgefaßt werden und nicht als Multiplikation eines Grenzwertes mit der Zahl der Einheiten.

2. Die Bedeutung der Preise für die Sozialproduktsberechnung

a) Die Berechnung des Sozialproduktes mit Hilfe von jeweiligen Marktpreisen

Es muß also festgestellt werden, daß keine eindeutige Beziehung zwischen dem gesamten Geldeinsatz eines Konsumenten und dem Gesamtnutzen besteht, den die gekauften Güter diesem Konsumenten insgesamt stiften. Eine solche aus der jeweiligen Menge und dem jeweiligen Marktpreis durch Multiplikation gewonnene Größe erläutert lediglich, welche Geldkosten einem Konsumenten in einer bestimmten Periode entstehen, wenn er einen Teil seiner Bedürfnisse befriedigt. Wie dargelegt wurde, kann sich diese Größe sogar in der entgegengesetzten Richtung zum entstehenden Gesamtnutzen dieses Konsumenten entwickeln. Die monetäre Nachfrage, mit der ein Konsument an den Markt herantritt, ergibt sich aus Menge und Preis nach nachgefragten Gütern. Diese Größe bedeutet den Umsatz des einzelnen Konsumenten auf dem Gesamtmarkt. Nach den Untersuchungen über die Methoden der Sozialproduktsberechnungen könnte

1) Vgl. Teil B. 3.

entsprechend der Verwendungsrechnung in diesem Zusammenhang vom "Sozialprodukt des einzelnen Konsumenten" gesprochen werden. Dieses "Sozialprodukt" gibt jedoch nicht den Grad der Bedürfnisbefriedigung, die Überwindung der Knappheit oder den Lebensstandard eines Konsumenten wieder, sondern seine Geldausgaben.

Ein Beispiel mag diese Tatsache erläutern: In einer Periode der Einkommensverwendung verfügt der Konsument über Geldmittel in Höhe von E_1 Einheiten. Er verwendet sie ausschließlich zum Kauf von m_1 Einheiten des Gutes M und n_1 Einheiten des Gutes N. Die Preise der Güter M und N betragen P_1 und q_1 Geldeinheiten per Stück. Dann bezeichnet folgende Gleichung die Einkommensverwendung, d.h. den Umsatz des Konsumenten in dieser Periode:

$$(1) \quad U_1 = m_1 \cdot P_1 + n_1 \cdot q_1 = E_1.$$

Sinkt jetzt der Preis des Gutes M um 10%, und fragt der Konsument daraufhin eine um 10% vergrößerte Menge von M nach, so können der neue Preis und die neue Menge wie folgt ausgedrückt werden:

$$(2) \quad m_2 = m_1 + \frac{m_1}{10} = \frac{11}{10} m_1.$$

und $(3) \quad P_2 = P_1 - \frac{P_1}{10} = \frac{9}{10} P_1.$

Wenn Preis und nachgefragte Menge des Gutes N unverändert bleiben, so ist der Umsatz der zweiten Periode gekennzeichnet mit der folgenden Gleichung:

$$(4) \quad U_2 = m_2 \cdot P_2 + n_1 \cdot q_1.$$

In diese Gleichung (4) können die beiden Gleichungen (2) und (3) eingesetzt werden. Es ergibt sich dann als Gesamtumsatz dieses Konsumenten für die 2. Periode:

$$U_2 = \frac{11}{10} m_1 \cdot \frac{9}{10} P_1 + n_1 \cdot q_1 = \frac{99}{100} m_1 P_1 + n_1 q_1.$$

Der Umsatz dieses Konsumenten ist also im Vergleich zur ersten Wirtschaftsperiode um $\frac{1}{100} m_1 P_1$ Einheiten zurückgegangen. Würde jetzt das Geldeinkommen dieses Konsumenten ebenfalls um diese

Zahl von Geldeinheiten gesunken sein, so würde er weiterhin sein gesamtes Einkommen ausschließlich auf den Kauf von Einheiten der Güter M und N verwenden.

Die Berechnung des Sozialproduktes aus Marktpreis $\times$ gehandelter Menge verzeichnet dann eindeutig einen Rückgang um $1/100 m_1 p_1$ Einheiten. Dem steht jedoch entgegen, daß der Konsument neben derselben Menge des Gutes N eine vergrößerte Menge des Gutes M erhält. Wenn die außerwirtschaftlichen Ziele in beiden Perioden gleich bewertet worden sind, hat der Konsument durch die größere Menge des Gutes M einen Nutzenzuwachs erhalten. Sein Gesamtnutzen ist also gegenüber der ersten Periode eindeutig gestiegen. Das Sozialprodukt weist jedoch eine geringere Zahl aus, ist also kein Maß der Nutzenveränderung für den Konsumenten. In diesem Falle handelt es sich neben der Nutzenveränderung auch um eine Kostenänderung für den Konsumenten: Bei geringeren Gesamtkosten läßt sich ein größerer Gesamtnutzen erreichen. Das Sozialprodukt mißt diese Kostenveränderung exakt, kann aber wegen des fehlenden Zusammenhangs zwischen Gesamtkosten und Gesamtnutzen über den Grad der Bedürfnisbefriedigung des Konsumenten nichts aussagen.

Dieses Ergebnis gilt für jeden einzelnen Menschen in einer Marktwirtschaft. Weil in diesem Falle vom Teil auf das Ganze geschlossen werden kann, kann deshalb die Berechnung einer Größe "Sozialprodukt" nach den aufgeführten Methoden auch keine Auskünfte über die wirtschaftliche Lage einer Gesellschaft oder über die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft geben. Betrachtet man einmal nur den Konsumgütersektor, so kann sich die Summe der Umsätze auf diesen Märkten, eben die Wertsumme aus allen von den Konsumenten gekauften Gütermengen multipliziert mit den jeweiligen Preisen, verändern, ohne daß daraus auf irgendeine bestimmte Veränderung des Lebensstandards, d.h. der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, geschlossen werden kann. Diese beiden Größen können sich sogar entgegengesetzt entwickeln: Ein steigendes Sozialprodukt kann berechnet werden bei einer schlechteren, ein sinkendes Sozialprodukt bei einer besseren Versorgung der Bevölkerung. Die beiden Größen können sich jedoch auch in derselben Richtung verändern, aber eine proportionale Entwicklung könnte nur rein zufällig sein, da die Größen in ihrer Entwicklung nicht voneinander abhängen.

b) Die Berechnung des Sozialproduktes mit Hilfe von festen Preisen

Das Sozialprodukt kann also keine eindeutige Auskunft über die Entwicklung des Lebensstandards einer Bevölkerung geben oder über die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft, wenn variierende Preise bei der Berechnung verwendet werden. Die Höhe des Sozialprodukts hängt eben von den beiden Faktoren Mengen und Preise ab. Der Einfluß des Faktors "Preise" wurde in der Wirklichkeit vor allem dann deutlich sichtbar, wenn sich der Geldwert in einem Lande schnell verschlechterte. Die dann schnell steigenden Preise ließen auch bei gleichem Gütervolumen das Sozialprodukt nach der Berechnung Menge x Preis rasch steigen. Es ist klar, daß Veränderungen der Größe Sozialprodukt, die ausschließlich auf veränderte Preise zurückzuführen sind, eine Beurteilung der wirtschaftlichen Situation nicht zulassen.

Es wird aus diesem Grunde eine zweite Art der Berechnung des Sozialproduktes durchgeführt, die die "realen" Vorgänge sichtbar machen soll. Die Begründung für diese Maßnahme scheint klar: Wenn ein Sozialprodukt zu wechselnden Preisen die Ereignisse wegen dieser Preisveränderungen nur verzerrt wiedergeben kann, dann sollen eben in verschiedenen Perioden die Gütermengen mit denselben Preisen multipliziert werden. Die Veränderungen der einzelnen Größen geben dann ausschließlich die Veränderungen der Gütermengen wieder. Dann hat man also das sogenannte "reale Sozialprodukt" oder die "reale Veränderung des Sozialprodukts", ausgerechnet mit Hilfe von festen Preisen.

So werden in vielen Ländern Größen berechnet, die benannt werden "das Sozialprodukt eines Jahres zu Preisen eines anderen Jahres". In der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel wurden bisher die Sozialprodukte der Jahre 1955 - 1965 sowohl zu jeweiligen Preisen als auch zu Preisen des Jahres 1954 berechnet. Dann bedeutet tatsächlich eine Veränderung der Größe Sozialprodukt eine mengenmäßige Veränderung gegenüber der Vorperiode¹⁾. Es gibt keinen stören-

1) Das Problem der Gewichtung der einzelnen Güterarten soll hier nicht berücksichtigt werden. Es erscheint jedoch mindestens zweifelhaft, ob Gewichte, die aus einer vergangenen Periode stammen, anwendbar sind, wenn Veränderungen späterer Perioden gemessen werden sollen.

den Einfluß von Preisveränderungen. Aber ist es auf diesem Wege gelungen, den bisher fehlenden Zusammenhang zwischen Gesamtgütermenge und Gesamtnutzen für den Konsumenten herauszuarbeiten? Nur wenn diese Frage bejaht werden kann, eignet sich die so berechnete Größe Sozialprodukt als Ausdruck des Lebensstandards einer Bevölkerung.

Die aufgeworfene Frage muß für das Sozialprodukt zu festen Preisen verneint werden. Es ist bei dieser Berechnung zwar gelungen, gewisse irreführende Einflüsse auszuschalten, aber damit wurde die einzige Verbindung, die zwischen einer Gütermenge und der Bewertung von Gütern durch die Konsumenten besteht, ebenfalls ausgeschaltet. Es handelt sich also bei dem Sozialprodukt zu festen Preisen lediglich um eine Art Mengenindex. Da jede Verbindung zu den außerwirtschaftlichen Zielen der Menschen fallengelassen wurde, gibt diese Größe weder den Nutzen der produzierten Güter für die Konsumenten noch die Kosten an, die der Konsument für seine nicht näher bezeichnete Bedürfnisbefriedigung aufwenden muß. Man könnte also tatsächlich eine solche Größe des Sozialproduktes eines Jahres zu Preisen eines vergangenen Jahres als Angabe der mengenmäßigen Produktionsveränderung ansehen, wobei aber das Problem der Gewichtung der einzelnen Güter völlig unzureichend behandelt wird.

Die Wirkungen des technischen Fortschritts, die über neue Produktionsverfahren zu niedrigeren Preisen der Güter führen, werden ebenso ausgeschlossen wie die Qualitätsverbesserungen der Güter, für die der Konsument bereit ist, höhere Preise zu zahlen¹⁾. Ebenso willkürlich müssen alle Güter behandelt werden, die erst nach dem Vergleichsjahr neu produziert wurden und von denen es vorher nicht einmal vergleichbare Güter gab. Ein Sozialprodukt des Jahres 1964 zu Preisen von 1954 kann also nicht einmal einigermaßen genau angeben, wie die mengenmäßige Entwicklung der letzten zehn Jahre verlaufen ist. Über die Entwicklung des Lebensstandards, wofür gerade diese Zahl des "realen" Sozialprodukts immer wieder benutzt wird, kann gar keine Aussage getroffen werden. Diese Fehlerquelle wird jedoch weniger wichtig bei geringem technischen Fortschritt, wie er oft zwischen einem Jahr und dem folgenden zu beobachten ist.

1) Vgl. hierzu auch Samuelson, Paul A.: Volkswirtschaftslehre, Band II, 3. Auflage, Köln 1964, S. 440.

Einige der Verfälschungen der Ergebnisse seien im folgenden kurz aufgeführt:

Es sei einmal angenommen, daß die Konsumenten während mehrerer Perioden ihre außerwirtschaftlichen Teilziele in gleicher Weise bewerten wie in der Basisperiode. Dann begründen bei gleichbleibender Bedürfnisstruktur veränderte Preise auch veränderte Kaufentscheidungen. Durch eine Änderung zum Beispiel des Datums "technisches Wissen" kann sich auf einem Markt bei einem geringeren Preis ein gegenüber der Vorperiode vergrößertes Angebot zeigen, das durch vergrößerte Nachfrage der Konsumenten zu geringerem Preis auch aufgenommen wird. Bei der Berechnung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen konnte über die Umsatzgröße wenigstens noch ermittelt werden, welche Kosten den Konsumenten bei der verbesserten Bedürfnisbefriedigung entstehen. Bei der Berechnung des Sozialprodukts zu festen Preisen ist auch dieser Zusammenhang zur Bedürfnisbefriedigung verlorengegangen. In die Berechnung geht die vergrößerte Menge zu dem ehemals hohen Preis ein. Es hat in diesem Falle wohl eine Steigerung des Lebensstandards stattgefunden, da die Konsumenten mehr Einheiten eines Gutes zu ihrer Bedürfnisbefriedigung verwenden können. Aber die Berechnung spiegelt einen viel zu hohen Zuwachs vor, denn zu dem in der Berechnung verwendeten Preis hätten zumindest einige Konsumenten weniger Einheiten von diesem Gut erworben. Die zusätzlich auf den Markt gebrachten Einheiten dieses Gutes wären von den Konsumenten jedenfalls zu dem höheren Preis nicht gekauft worden, wenn auch die anderen Preise dieselben geblieben wären. Somit werden im Falle einer vergrößerten Produktion bei sinkenden Preisen im Verhältnis zu der Bewertung der Konsumenten eindeutig zu hohe Preise in die Berechnung einbezogen.

Umgekehrt wird bei verringerter Produktion und steigenden Preisen, z.B. verursacht durch höhere Preise importierter Rohstoffe, der Rückgang der Güterversorgung zu gering ausgewiesen. Denn bei einer Preissteigerung von 100 auf 110 Geldeinheiten pro Gutseinheit werden in der Folgeperiode zwar jene Bedürfnisse nicht mehr befriedigt, für deren Befriedigung einige Konsumenten 100 Geldeinheiten aufwenden wollten. Daneben wird jedoch auch ein außerwirtschaftliches

Teilziel nicht mehr erreicht, für das ein Konsument bereit war, 109 Geldeinheiten einzusetzen. Diese Minderversorgung wird jedoch immer mit dem Wert 100 in die Berechnung einbezogen, was eine Unterbewertung dieser Tatsache bedeutet.

Daraus ergibt sich, daß in solchen Fällen das rechnerische Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung in zweifacher Weise nicht gerecht wird: Unter der Voraussetzung einer gleichbleibenden Bedürfnisstruktur werden bei Umschichtungen der Bedürfnisbefriedigung auf Grund geänderter Preise Mehrversorgungen zu stark, Minderversorgungen zu gering berücksichtigt. Diese beiden Fehler verstärken sich zu einem die jeweiligen Einzelfehler übersteigenden Gesamtfehler, um den die Lage der Konsumenten in den Folgeperioden zu günstig dargestellt wird.

Eine weitere Fehlerquelle zeigt sich, wenn man die Annahme einer gleichbleibenden Bedürfnisstruktur fallen läßt. Ein Vergleich des Lebensstandards einer Bevölkerung in verschiedenen Perioden muß berücksichtigen, daß sich die Bedürfnisse der Menschen im Zeitablauf sowohl ihrer Art nach als auch ihrer Intensität nach wandeln. Damit ändert sich auch die Bewertung der außerwirtschaftlichen Teilziele. Diese veränderte Bewertung zeigt sich in veränderten wirtschaftlichen Plänen und veränderter Nachfrage der Konsumenten auf den Märkten. Von dieser Seite aus werden aber die Marktpreise als Ergebnis wirtschaftlichen Handelns beeinflusst. Wenn gewisse außerwirtschaftliche Teilziele in einer späteren Periode von den Menschen allgemein höher bewertet werden als vorher, wird die Nachfrage nach Gütern, die diese Bedürfnisse befriedigen können, größer. Diese Güter stiften dann den Menschen auch größeren Nutzen, die Konsumenten sind bereit, mehr Geld für eine Einheit dieses Gutes aufzuwenden; der Preis steigt.

In der Berechnung des Sozialprodukts zu festen Preisen kann diese Nutzensteigerung produzierter Güter nicht ausgedrückt werden. Eine Mehrproduktion von solchen Gütern auf Grund der gestiegenen Nachfrage wird also in ihrer Auswirkung auf den Grad der Bedürfnisbefriedigung immer zu niedrig ausgewiesen.

Im umgekehrten Falle wird ein Produktionsrückgang wegen abnehmender Nachfrage mit Preisen in die Berechnung einbezogen, die höher sind als diejenigen Preise, die sich aus den Grenznutzenerwägungen der Konsumenten ergeben.

Auch diese beiden Fehler verstärken sich zu einem Gesamtfehler, der jedoch in diesem Falle die Lage des Konsumenten wesentlich ungünstiger erscheinen läßt, als sie tatsächlich ist; denn in diesen Fällen werden Nutzenzuwächse für die Konsumenten unterbewertet und Nutzenentgänge zu hoch veranschlagt.

Verschiedene Fehlerquellen beeinflussen die Größe des berechneten Sozialproduktes in verschiedenen Richtungen. Damit wäre eventuell auch ein Ausgleich der Fehler möglich, der jedoch als zufällig angesehen werden müßte.

Die Sozialproduktsberechnung zu festen Preisen kann also über die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft für die Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten nichts aussagen, da der hierbei verwendete Bewertungsmaßstab für die produzierten Güter in keiner Weise mit den Bewertungen der Güter durch die Konsumenten zusammenhängt.

Wenn man mit "Wirtschaften" diejenige Tätigkeit der Menschen bezeichnet, die unter möglichst weitgehender Beachtung des wirtschaftlichen Prinzips Güter hervorbringt, mit denen menschliche Bedürfnisse befriedigt werden können, dann kann die Sozialproduktsberechnung keine Auskunft geben, in welcher Periode am erfolgreichsten gewirtschaftet wurde.

c) Die Aussagekraft der Sozialproduktsberechnungen bezogen auf die Bedürfnisbefriedigung

Das Sozialprodukt soll berechnet werden als der Wert der in einer Periode neugeschaffenen Güter. Um diese Güter zusammenrechnen zu können, bedarf es einer Rechengröße, des Geldes. Jedem der produzierten Güter muß eine bestimmte Zahl von Geldeinheiten zugeordnet werden. Diese Geldgrößen pro Einheit eines Gutes werden als Preise bezeichnet. Man muß also zu einer Sozialproduktsberechnung Preise verwenden. In der Marktwirtschaft kommen dafür in erster Linie die Marktpreise der jeweiligen Periode in Frage; daneben könnte das Sozialprodukt jedoch auch mit festen Preisen irgendeiner vergangenen Periode berechnet werden.

Die Marktpreise der jeweiligen Periode werden beeinflußt von den jeweiligen Nutzenschätzungen der Konsumenten, geben aber keine Auskunft darüber, welchen Gesamtnutzen die vom einzelnen Konsumenten zur Bedürfnisbefriedigung verwendeten Güter stiften. Es ist lediglich eine Verbindung zwischen den Marktpreisen und den Grenznutzenschätzungen der Konsumenten festzustellen. Ein mit Hilfe der jeweiligen Marktpreise errechnetes Sozialprodukt kann also nichts aussagen über den Grad der Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten.

Die Marktpreise bezeichnen jedoch auch die Kosten, die die Konsumenten für die von ihnen angestrebte Bedürfnisbefriedigung aufwenden müssen. Daher kann man das auf diese Weise berechnete Sozialprodukt auffassen als die Summe der Kosten, die die Menschen aufbringen müssen, um ihren nicht näher bestimmbaren, aber von ihnen selbst gewählten Grad der Bedürfnisbefriedigung zu erreichen. Damit ist aber die direkte Verbindung zu den außerwirtschaftlichen Zielen der Menschen nicht mehr gegeben. Ein vergrößertes Sozialprodukt nach dieser Berechnung sagt nur aus, daß die Menschen mehr Kosten für ihre Bedürfnisbefriedigung aufwenden. Der Grad der Bedürfnisbefriedigung wird dabei nicht näher bezeichnet - er kann ebenfalls gestiegen, aber auch gleichgeblieben oder sogar gesunken sein.

Da es nicht zulässig ist, von höheren Kosten ausgehend auf einen ebenfalls höheren Nutzen zu schließen, erscheint die Steigerung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen eine mindestens nicht in jedem Falle wünschenswerte Entwicklung für eine Wirtschaft zu sein. Denn eine Vergrößerung des berechneten Sozialproduktes drückt eine Kostensteigerung aus, die eine verschlechterte Lage der Bevölkerung kennzeichnen kann.

Die zweite Methode, die Berechnung des Sozialproduktes zu festen Preisen, gibt jede Bindung an die Bewertungen der Konsumenten in dem jeweiligen Zeitraum auf. Die den Gütern zugeordneten Preise entsprechen nicht den gegenwärtigen Nutzenschätzungen der Menschen. Daher ist es möglich, daß Güter mit hohen Preisen ein "reales" Sozialprodukt vorspiegeln, das in Wirklichkeit nach den Wünschen der Bevölkerung gar nicht vorhanden ist. Das ist der Fall, wenn diese Güter zu den bei der Berechnung verwendeten Preisen keine Käufer fänden. Das sogenannte "reale" Sozialprodukt kann also vielleicht Auskunft geben über die mengenmäßige Entwicklung der Produktion,

wobei das Problem nicht betrachtet werden soll, ob Preise einer vergangenen Periode überhaupt eine sinnvolle Gewichtung sein können. Es hat aber überhaupt keine Aussagekraft in bezug auf die Nützlichkeit der produzierten Güter¹⁾. Daher erscheint es unverständlich, daß gerade immer wieder die Entwicklung des "realen" Sozialproduktes als Maßstab für die Entwicklung des Lebensstandards bezeichnet wird²⁾. Bei der Wahl einer geeigneten Basisperiode ist es möglich, eine Verschlechterung der Bedürfnisbefriedigung der Menschen als Steigerung des "realen" Sozialproduktes auszuweisen und durch einen nicht zulässigen Schluß in einen Erfolg umzu-deuten. In jedem Falle besteht immer die Gefahr, auf Grund solcher Zahlen zu einer völlig falschen Beurteilung der wirtschaftlichen Situation im allgemeinen wie auch der besonderen Situation der Konsumenten zu gelangen.

3. Der Grad der Bedürfnisbefriedigung als Problem der Verteilung der verfügbaren Güter

a) Der Nutzen als nicht kardinal meßbare Größe

Bisher wurde immer nur von der Vergrößerung des Nutzens, also einem höheren Grad der Bedürfnisbefriedigung für die Menschen, oder sogar von der Maximierung des Nutzens, der unter den gegebenen Verhältnissen bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung, gesprochen. Das läßt die Vermutung aufkommen, der Nutzen sei eine kardinal meßbare Größe, mit der Rechenoperationen wie Addieren, Multiplizieren oder Integrieren vorgenommen werden könnten. Diese Möglichkeiten sind jedoch nicht gegeben, denn: "Der Nutzen ist keine extensive, sondern eine intensive Größe; er ist also nicht meßbar. Deshalb darf

-
- 1) Das gilt insbesondere für die "unfreiwillige Lagerinvestition", d.h. für produzierte Güter, die unverkäuflich sind und eventuell in einer späteren Periode sogar vernichtet werden.
 - 2) Vgl. die im ersten Teil unter 4. angeführten Stellungnahmen, vor allem die der Forschungsstelle zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen, daß eine vergrößerte Produktion die Bedürfnisse des Einzelnen mindestens ebenso gut befriedigen könnte wie eine geringere. Diese Aussage berücksichtigt die Nutzenschätzungen der Konsumenten gar nicht, sie nimmt die Nützlichkeit der produzierten Güter ohne Beweis einfach an.

der Ausdruck: Maximierung des Nutzens wirtschaftlicher Güter auch nur in einem intensiven Sinne aufgefaßt werden. Er bedeutet, daß mit den verfügbaren wirtschaftlichen Gütern die wichtigsten und so viele Ziele als möglich zu verwirklichen sind¹⁾. Das heißt also, daß die außerwirtschaftlichen Teilziele und damit die zu erwerbenden Güter von dem Konsumenten nicht kardinal, sondern nur ordinal nach ihrer Wichtigkeit eingestuft werden. Der einzelne Konsument kann nach dieser von ihm selbst gewählten Rangordnung bei ausreichender Kenntnis der Daten, vor allem bei richtigen Erwartungen, den Nutzen der verfügbaren Mittel für sich immer maximieren - unabhängig vom Umfang dieser Mittel.

Dieser Umfang der für den einzelnen Menschen verfügbaren Mittel ergibt sich aus der Verteilung des Gesamtvorrates. Das Problem dieser Verteilung auf die einzelnen Menschen ist bisher jedoch noch nicht beachtet worden. Es muß hier die Frage gestellt werden, in welcher Weise die Verteilung der verfügbaren Güter den Lebensstandard, verstanden als den Grad der Bedürfnisbefriedigung einer Gruppe von Menschen, beeinflusst.

b) Zusammenhänge zwischen der Verteilung der Güter und der Höhe des Lebensstandards

Von den Statistikern wird immer wieder darauf hingewiesen, daß ein Mittelwert, wie zum Beispiel das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung, nur wenig aussagt, wenn nicht gleichzeitig die Streuung der Einzelwerte um den Mittelwert angegeben wird. Gerade am Beispiel des Durchschnittseinkommens und damit des durchschnittlichen Lebensstandards kann die Notwendigkeit dieses Hinweises erkannt werden. Es sind Fälle denkbar, und auch an Beispielen nachzuweisen, wo bei zwei Völkern etwa gleichen Durchschnittseinkommens die Verteilung dieser Einkommen sehr unterschiedlich ist. Eine unterschiedliche Einkommens- und damit Güterverteilung ist dann Ursache oder Folge unterschiedlicher Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnungen.

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 3.

So wichtig es erscheint, eine vergrößerte Menge von nutzenstiftenden Gütern zu produzieren, so darf doch das Problem der Verteilung dieser Güter nicht übersehen werden. Eine vermehrte Produktion von Gütern kann die Anteile an der Gesamtmenge unverändert lassen, sie kann jedoch auch eine Angleichung oder eine größere Differenzierung der Anteile bewirken. Die Folge dieser Gütervermehrung kann also sein, daß alle Menschen dieser Gesellschaft in gleicher Weise oder zu unterschiedlichen Teilen an diesem Zuwachs beteiligt sind, oder aber, daß eine Gruppe von Menschen sogar Einkommensminderungen zu tragen hat, während eine andere Gruppe eine weit überdurchschnittliche Vermehrung ihres Einkommens erzielt. Es könnten also auch unter diesen Umständen einmal die Reichen absolut und relativ immer reicher und die Armen - mindestens relativ, vielleicht sogar absolut - immer ärmer werden.

In diesen Fällen erhebt sich die Frage, ob eine Vermehrung der Gesamtproduktion an nutzenstiftenden Gütern auch dann wünschenswert ist, wenn dadurch bestimmten Gruppen der Bevölkerung eine Verschlechterung ihres individuellen Lebensstandards aufgezwungen wird. Um also über den Lebensstandard einer gesamten Bevölkerung etwas aussagen zu können, müßte neben der absoluten Größe der verfügbaren Güter auch die Verteilung dieser Güter bekannt sein. Und selbst wenn die Verteilung der Güter genau bekannt ist, bleibt die Frage, wie ein relativ geringer Grad der Bedürfnisbefriedigung eines Menschen im Verhältnis zu einem relativ hohen Grad der Bedürfnisbefriedigung eines anderen Menschen gewichtet werden soll. Diese Frage müßte selbst dann beantwortet werden, wenn bei einem Zuwachs an Gütern alle Menschen dieser Gesellschaft über eine größere Menge an Gütern als vorher verfügen können. Die Frage hieße dann: In welchen Anteilen soll dieser Zuwachs den einzelnen Menschen zugute kommen?

c) Der Nutzen als subjektive Größe

Die aufgeworfenen Fragen könnten nur beantwortet werden, wenn es einen Maßstab gäbe, den Nutzen desselben Gutes für verschiedene Menschen zu erkennen. Dann müßten die zusätzlich produzierten Güter jeweils den Menschen zur Verfügung gestellt werden, bei denen sie den größten Nutzen stifteten.

Die Rangordnung der Teilziele kann jedoch von jedem Menschen nur für sich selbst aufgestellt werden. Diese Rangordnung kann nicht mit der eines anderen Menschen verglichen werden. Da der Grad der Bedürfnisbefriedigung jedes einzelnen Menschen jedoch abhängt von der Menge der Mittel, die er für die Befriedigung seiner Bedürfnisse einsetzen kann, müssen bei der Verteilung der Güter die Rangordnungen indirekt verglichen werden.

In einer Marktwirtschaft wird über die Verteilung der Mittel primär durch den Ablauf des Wirtschaftsprozesses entschieden. Die Primärverteilung der Mittel kann nicht als unabhängige Variable in einem Gleichungssystem gesehen werden, sondern nur als abhängiges Ergebnis anderer Entscheidungen. Zu einem gewissen Teil ist diese Verteilung der Güter entsprechend den einzelnen Einkommensarten bereits das Ergebnis der staatlichen Wirtschaftspolitik, da die Ordnungs- und Prozeßpolitik des Staates den Wirtschaftsablauf beeinflussen.

Darüber hinaus wird jedoch in jedem Lande eine Umverteilung der Geldeinkommen vorgenommen, und damit eine Umverteilung der Mittel, mit denen über Güter verfügt werden kann, sei es als direkte Umverteilung in der Form, daß einigen Menschen die Verfügung über Mittel entzogen und anderen zugeteilt wird, sei es als indirekte Umverteilung in der Form, daß die für die Befriedigung gemeinschaftlicher Bedürfnisse notwendigen Mittel in unterschiedlicher Menge von den einzelnen Menschen aufgebracht werden müssen. In dem hier betrachteten Zusammenhang bedeutet diese Umverteilung durch den Staat eine Entscheidung über den Grad der Bedürfnisbefriedigung der einzelnen Menschen. Gibt es für diese Umverteilung der Mittel eine ökonomische Begründung?

Der Nutzen eines Gutes ist immer nur für einen Menschen bestimmbar und das auch nicht durch eine absolute Zahl, sondern nur im Vergleich zum Nutzen anderer Güter. Daher kann von niemandem festgestellt werden, ob ein Gut oder eine bestimmte Menge an Mitteln für einen Menschen von größerem Nutzen ist als für einen anderen. Infolgedessen kann es auch keinen einheitlichen Maßstab für den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung geben.

Die ökonomische Aufgabe der Lenkung des Wirtschaftsprozesses besteht also offensichtlich nur darin, dem einzelnen Menschen die Möglichkeit zu geben, im Rahmen der für ihn verfügbaren Mittel seinen Nutzen zu maximieren. Die Entscheidung über die Zuteilung der Mittel ist ökonomisch nicht zu begründen. Die Maßstäbe für eine Umverteilung der Güter sind nicht als ökonomische Größen zu fassen, sondern können nur aus einer anderen Wertskala gewonnen werden.

4. Die Eignung der Sozialproduktsberechnungen als Maßstab wirtschaftlichen Erfolges in einer Marktwirtschaft

Der Erfolg einer Wirtschaft kann, wie im einzelnen ausgeführt wurde, nicht in bestimmten Quantitäten gesehen werden, sondern nur qualitativ als das Erreichen bestimmter außerwirtschaftlicher Ziele. Es konnte nachgewiesen werden, daß die bisher entwickelten Verfahren der Sozialproduktsberechnung diesem Gesichtspunkt nicht gerecht werden können.

Da die Wertmaßstäbe für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nicht aus ökonomischen Größen gewonnen werden können, erscheint die Verwendung der berechneten Größe "Sozialprodukt" für irgendeine Form der Beurteilung unzulässig. Diese Gesamtgröße "Sozialprodukt" ist als Maßstab ungeeignet, da bei der Berechnung der Entstehung und Verwendung der Güter der Gesichtspunkt der Nützlichkeit dieser Güter nicht erfaßt werden kann. Daraufhin kann auch bei einem größeren berechneten Sozialprodukt nicht ohne weiteres von einem Erfolg, bei einer Verringerung dieser berechneten Größe nicht notwendigerweise von einem Mißerfolg der Wirtschaft gesprochen werden.

Neben den beiden angeführten Berechnungen wird noch eine Verteilungsrechnung des Sozialproduktes durchgeführt, bei der darauf hingewiesen werden muß, daß die Gesamtgröße des berechneten Sozialproduktes die personelle Einkommensverteilung nicht erkennen lassen kann. Außerdem kann eine Vergrößerung des berechneten Sozialproduktes bei unterschiedlicher Verteilung der Güter nach ökonomischen Maßstäben niemals als ein Erfolg oder als ein Mißerfolg gewertet werden.

Hieraus ergibt sich, daß die formulierten Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik in ihrer umfassenden Art nicht aufrechterhalten werden können. Der Gesamterfolg kann durch die Statistik nicht in Zahlen erfaßt werden.

Damit überhaupt eine Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge möglich wird, müssen die Nutzenerwägungen in meßbaren Größen konkretisiert werden. Die Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik müssen ausgedrückt werden als gewünschte Produktionssteigerungen¹⁾, Außenhandelsergebnisse, Arbeitsmarktsituation, Preisbewegungen oder in ähnlicher Form. Den Beweis, ob Ziele einer solchen Art erreicht wurden, kann die Statistik führen - allerdings nicht mit Hilfe der Sozialproduktsberechnungen. Einzelne Teilgrößen, die heute zum Aufbau einer Sozialproduktsberechnung verwendet werden, geben diesen Beurteilungsmaßstab, isoliert oder in Relation zueinander betrachtet. Darüber hinaus können Zahlen verwendet werden, die heute im Rahmen der Gesamtrechnung überhaupt nicht benutzt werden, denn über Ziele wie Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität oder Außenhandelsgleichgewicht sagt die Veränderung der Größe Sozialprodukt nichts aus.

Es kann also zum einen natural kontrolliert werden, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden (zum Beispiel das Ziel Vollbeschäftigung). Zum anderen kann durch die Analyse einiger Geldströme nachgewiesen werden, ob erwünschte Änderungen eingetreten sind.

Es sollte aber festgestellt werden, daß ein einheitlicher Erfolgsmaßstab nicht vorhanden und auch nicht denkbar ist. Die Verfeinerung der statistischen Methoden kann zu einer immer besseren Aussagekraft einzelner Größen führen, ohne einen Gesamtmaßstab zu bieten. Deshalb sollte eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage oder Entwicklung einer Marktwirtschaft auf die ungeeignete Größe "Sozialprodukt" verzichten und statt dessen auf der Analyse von Einzelgrößen aufgebaut werden.

1) Samuelson verweist auf die Vorteile von Einzelstatistiken gegenüber den Sozialproduktsberechnungen: "Die Konjunkturbeobachter stützen sich lieber auf den Produktionsindex, weil er empfindlicher reagiert als die Einkommensgrößen. Die Politiker kümmern sich vor allem um die Arbeitslosenzahlen" (Samuelson, a.a.O., Band I, S. 274).

C. Zusammenhänge zwischen Bewertungen, Preisen und Gesamtproduktsberechnungen in einer Zentralverwaltungswirtschaft

1. Die Bewertung der Güter in einer Zentralverwaltungswirtschaft

Auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft erhält das Wirtschaften seinen Sinn aus der Tatsache, daß mit Hilfe wirtschaftlicher Güter außerwirtschaftliche Ziele erreicht werden können. Vor der Bewertung der wirtschaftlichen Güter muß daher eine Rangordnung der außerwirtschaftlichen Ziele aufgestellt werden.

a) Die Rangordnung der außerwirtschaftlichen Ziele

Die besondere Art der Koordinierung der Einzelpläne zu einem Gesamtplan in einer Zentralverwaltungswirtschaft erfordert, daß eine Gesamtrangfolge aller außerwirtschaftlichen Teilziele nach ihrer Wichtigkeit festgelegt wird. Diese Gesamtrangfolge aller außerwirtschaftlichen Teilziele in einer bestimmten Zeit und für eine bestimmte Gruppe von Menschen kann jedoch nur aufgestellt werden, wenn eine Zentral-Institution dieser Gesellschaft, die Regierung, bindend entscheiden kann, welches Teilziel welchen Rang in der Gesamtrangfolge erhält. Die Auffassungen verschiedener Planträger erster Ordnung, welche Wichtigkeit ein bestimmtes Teilziel hat, sind wohl immer verschieden. Daher darf es im Wirtschaftssystem der Zentralverwaltungswirtschaft nur einen solchen Planträger erster Ordnung geben.

Wenn aber die Regierung letztlich zu entscheiden hat, wo ein bestimmtes außerwirtschaftliches Teilziel in der Gesamtrangfolge aller außerwirtschaftlichen Teilziele einzuordnen ist, dann ist diese Gesamtrangfolge aller außerwirtschaftlichen Teilziele identisch mit "den politischen Zielen, die die Regierung als maßgebender Planträger erster Ordnung zu verwirklichen wünscht"¹⁾.

Niemals können alle außerwirtschaftlichen Ziele erreicht werden, denn sonst bestünde der Grundtatbestand der Knappheit nicht mehr, und das Wirtschaften im Sinne der Verwendung knapper Mittel wäre

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 115.

nicht mehr nötig. Es müssen also immer bestimmte außerwirtschaftliche Ziele zurückgestellt werden. Wenn die Regierung einziger Planträger erster Ordnung ist, bedeutet das, daß lediglich die politischen Ziele der Regierung¹⁾ umgeformt werden in eine Gesamtrangfolge der außerwirtschaftlichen Ziele. Diese zu berücksichtigen ist Aufgabe der gesamtwirtschaftlichen Planung.

In diesem Zusammenhang kann unberücksichtigt bleiben, nach welchen Kriterien die Zielauslese vorgenommen wird. Entscheidend ist, daß eine solche Gesamtrangfolge der außerwirtschaftlichen Ziele existiert und daß der Erfolg wirtschaftlicher Tätigkeit nur im Hinblick auf diese Rangfolge und deren Bewertung beurteilt werden kann. Die Produktion und Verteilung der wirtschaftlichen Güter hat so zu erfolgen, daß möglichst viele dieser außerwirtschaftlichen Teilziele erreicht werden. Es wird also ein Nutzenmaximum im Sinne der politischen Führung dieser Gesellschaft angestrebt.

b) Die Planung des Wirtschaftsprozesses

Es wurde bereits ausgeführt²⁾, daß in einer Zentralverwaltungswirtschaft der Staat neben der Ordnungspolitik weitreichende Aufgaben in der Prozeßpolitik wahrzunehmen hat. Die wirtschaftliche Tätigkeit aller Menschen in einem solchen Wirtschaftssystem kann nur zu dem erläuterten Nutzenmaximum führen, wenn eine Vielzahl von Einzelplänen Produktion, Verteilung und Verbrauch wirtschaftlicher Güter in der Weise regelt, daß die Gesamtrangfolge der außerwirtschaftlichen Teilziele berücksichtigt ist. Ein solches gesamtwirtschaftliches Plansystem kann mit Hilfe der von Hensel eingehend beschriebenen Verfahren³⁾ aus den vorgegebenen politischen Zielen entwickelt werden. So kann ein allgemeines Plangleichgewicht erreicht werden. Die Geschlossenheit der Wirtschaftsrechnung wird dabei auch ohne allgemeine Recheneinheit erreicht, es wird ausschließlich mit naturalen Größen gerechnet. Hensel führt dazu aus:

1) Vgl. hierzu: Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 115-116.

2) Vgl. I. Teil unter 3.

3) Vgl. Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., insbesondere 4. Teil, 2. Abschnitt "Planung und Wirtschaftsrechnung", S. 115-165.

"Die Naturalrechnung ist nicht nur eine unter mehreren Formen, sondern sie ist die einzig mögliche Form der Wirtschaftsrechnung für eine vollständig zentrale Planung des Wirtschaftsprozesses"¹⁾.

Um überhaupt die Güter bewerten zu können, müssen in jedem Wirtschaftssystem die gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade aller Güter, insbesondere jedoch die der Güter letzter Ordnung sichtbar gemacht werden. In einer Zentralverwaltungswirtschaft werden diese Knappheitsgrade der Güter natural als Differenz von benötigten und verfügbaren Gesamtmenen sichtbar. Dabei sind die Knappheitsgrade der Güter erster Ordnung lediglich eine indirekte Anzeige der gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade, nämlich im ersten Stadium der Planung des gesamten Wirtschaftsprozesses. Die Güter erster Ordnung ergeben sich ja erst aus der Kombination von Gütern höherer Ordnung. Mit Hilfe technischer Koeffizienten, die die verschiedenen Produktionsverfahren kennzeichnen, werden aus diesen Knappheitsgraden der Güter erster Ordnung die Knappheitsgrade der Güter höherer Ordnung errechnet. Auch die Knappheitsgrade der Güter letzter Ordnung zeigen sich natural als Fehlmengen in den Güterbilanzen. So ist die rechnerische Verbindung zwischen den außerwirtschaftlichen Zielen und den Gütern aller Ordnungen geschaffen, ohne daß eine allgemeine Recheneinheit (Wertausdrucks-Einheit) verwendet wurde. Die wirtschaftlichen Güter aller Ordnungen können jetzt direkt bewertet werden im Hinblick auf die Gesamtrangfolge aller außerwirtschaftlichen Teilziele. In der Verwendung für jedes einzelne außerwirtschaftliche Teilziel bringt jedes Gut einen bestimmten Nutzen. Dieser kann mit dem Nutzen dieses Gutes in anderen Verwendungen direkt verglichen werden.

Wenn angenommen wird, daß das Aufkommen an Gütern letzter Ordnung nicht mehr gesteigert werden kann und daß sich der Stand des technischen Wissens nicht ändert, kann sich ein Nutzenmaximum der wirtschaftlichen Güter auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft nur ergeben entsprechend dem ersten Aspekt des wirtschaftlichen Prinzips "durch ihre Verwendung nach der Rangordnung der Wichtigkeit der Ziele"²⁾. Es muß also ein Ausgleich der Grenznutzen aller Güter in allen ihren Verwendungen erreicht werden.

-
- 1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 163.
 - 2) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 4.

Diese Möglichkeit bieten in einer Zentralverwaltungswirtschaft die natural aufgestellten Güterbilanzen, aus denen sich die gesamten Fehlmengen eines Gutes für ein bestimmtes Bündel von Zielen ebenso ablesen lassen wie diejenigen Teilmengen eines Gutes, die benötigt werden, um verschiedene außerwirtschaftliche Teilziele zu erreichen.

Ausschließlich an Hand natürlicher Größen wird der Ausgleich der Grenznutzen und damit die Zielauslese herbeigeführt. Das Nutzenmaximum ist erreicht, wenn weder durch eine andere Verwendung der Güter erster Ordnung noch durch eine andere Kombination von Gütern höherer Ordnung mehr oder wichtigere außerwirtschaftliche Teilziele erreicht werden können. Ergebnis aller dieser Bewertungen sind detaillierte Einzelpläne für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses. Das Ergebnis des Wirtschaftsprozesses während einer bestimmten Periode ist, wenn die Pläne erfüllt werden, ein Nutzenmaximum im Sinne der vorgegebenen Gesamtrangfolge außerwirtschaftlicher Teilziele.

c) Die Geldrechnung in der Zentralverwaltungswirtschaft

Im Gegensatz zu der Planung in einer Marktwirtschaft treten bei einer vollständig naturalen Durchplanung des Wirtschaftsprozesses Geldgrößen nicht auf. In einer Marktwirtschaft werden Preise als Orientierungsgrößen benötigt, um die Knappheitsgrade und ihre Veränderungen den Planträgern erster Ordnung sichtbar zu machen. Die Planenden werden auf diesem Wege veranlaßt, ihre Pläne entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgraden aufzustellen oder an veränderte Daten anzupassen. So kommt es zu einem koordinierten Ablauf des gesamten Wirtschaftsprozesses.

In einer Zentralverwaltungswirtschaft werden diese Aufgaben bei der naturalen Planung des Gesamtprozesses ohne Geldrechnung gelöst. Bei der Frage nach einer Geldrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft "sind alle die Lenkungenfunktionen auszuklammern, die bei vollständig zentraler Durchplanung des Gesamtprozesses durch die Preise nicht bewirkt zu werden brauchen, weil sie bei der Entfaltung des zentralen naturalen Plansystems bereits bewirkt wurden. Dies gilt zum Beispiel für die Anzeige der gesamtwirtschaftlichen

Knappheitsgrade der Güter, für die Zielauslese, für die Auslese der anzuwendenden Produktionsverfahren und für die Investitionsentscheidungen"¹⁾. "Daher haben dort Geldrechnung und Preis andere Funktionen als in der Marktwirtschaft, sie dienen nicht der Zielauslese, sondern der Kontrolle der Planerfüllung"²⁾.

Hedtkamp untersucht im besonderen die Frage, ob die Geldrechnung bei der Planung nötig ist oder nicht³⁾. Er führt einige sowjetische Darstellungen gegen eine solche Notwendigkeit an: "Nach sowjetischer Darstellung vollzieht sich also die eigentliche Planung im Rahmen einer reinen Mengenrechnung. Wegen der Zweiteilung des Tauschvorganges in der Übergangsphase zum Kommunismus müsse jedoch die Naturalplanung durch eine Wertrechnung ergänzt werden, die dann in der kommenden naturalen Tauschwirtschaft natürlich wieder weg falle"⁴⁾.

Oder: "Nach sowjetischer Darstellung vollzieht sich die eigentliche Planung aber in den Materialbilanzen des Produktionssektors, während alle Wertrechnungen zweckmäßiges, aber im Prinzip entbehrliches Beiwerk seien"⁵⁾. Und: "Denn der Wert sei nur im Bereich der innerbetrieblichen Wirtschaftsrechnung von planungspolitischer Relevanz"⁶⁾.

Hedtkamp selbst betrachtet die Geldrechnung, von ihm Wertrechnung genannt, als unentbehrlichen Bestandteil einer zentralen Planung. Es scheint jedoch in diesem Falle insofern ein Mißverständnis vorzuliegen, als sich die zitierten sowjetischen Darstellungen mit der

-
- 1) Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Heft 5 der Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Stuttgart 1965, S. 4.
 - 2) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S. 51.
 - 3) Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung, Nationalbudget und Nationalplan. Band 6 der Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsfor schung des europäischen Ostens, Gießen 1958, insbes. S. 93-104.
 - 4) Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowje tischer Wirtschaftslenkung, a.a.O., S. 71.
 - 5) Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowje tischer Wirtschaftslenkung, a.a.O., S. 91.
 - 6) Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowje tischer Wirtschaftslenkung, a.a.O., S. 94.

idealtypischen Variante¹⁾ einer "total zentralgeleiteten Wirtschaft" oder einer "zentralgeleiteten Wirtschaft mit freiem Konsumguttausch" befassen. Diese Varianten meint auch Bosch, wenn er sagt: "Eine ideale Befehlswirtschaft müßte überhaupt ohne Geld arbeiten können. Deshalb begegnet sich hier das Fernziel der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft mit dem alten kommunistischen Ideal der Abschaffung des Geldes"²⁾.

Hedtkamp bezieht sich dagegen auf eine "zentralgeleitete Wirtschaft mit freier Konsumwahl", der die zentrale naturale Planung mindestens für einige Bereiche der Konsumgüterverteilung fehlt. In diesem Sinne sind auch die Ausführungen von Hensel³⁾ und Gutmann⁴⁾ zu verstehen, die von der erleichterten Konsumgüterverteilung mit Hilfe der Geldrechnung sprechen. Hier wird angenommen, daß die Konsumgüter nicht bis zur Verteilung der einzelnen Güter auf die einzelnen Haushalte zentral und natural geplant werden.

Über die Probleme der Geldrechnung bei freier Konsumwahl führt Gutmann im einzelnen aus: "Darüber hinaus müssen auch die Preise der Güter für den persönlichen Bedarf der Bevölkerung richtig festgesetzt werden. Es geht darum, die von der Bevölkerung für den Konsum auszugebenden Geldeinkommen, den sogenannten Kauffonds, der Preissumme der den privaten Haushalten anzubietenden Güter, dem sogenannten Warenfonds, möglichst gleich zu machen. Sollen die Gefahren "schwarzer" Märkte verhindert werden und will man Währungsreformen vermeiden, dann muß man, so gut es geht, Kaufkraftüberhänge in der Hand der Bevölkerung verhindern"⁵⁾.

Das Problem der realisierten Geldrechnung ist ein Kaufkraftüberhang und daraus folgend eine nicht im zentralen Plan vorgesehene Verwendung des Geldes in der Form des Hortens oder auf "schwarzen" Märkten. Es entsteht aber erst durch die nicht vollständige zentrale naturale Durchplanung der Verteilung der Konsumgüter im Falle der dritten von Eucken beschriebenen Variante. Hier wird

1) Zu den Varianten der zentralgeleiteten Wirtschaft vgl. Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Auflage, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1959, S. 79-87.

2) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S. 22.

3) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 188.

4) Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 35.

5) Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 172.

deutlich, daß die Geldrechnung benutzt wird, um eine Lücke in der naturalen Planung auszufüllen. Dieses Ziel kann jedoch nicht vollständig erreicht werden, wenn den Konsumenten auch nur in geringem Maße die Verfügung über Geldeinkommen eingeräumt wird.

Hedtkamp bezieht diese freie Konsumwahl ein¹⁾ und verweist darauf, daß "die Nachfragestruktur bei freier Konsumwahl ständigen Veränderungen unterworfen ist"²⁾. Mit allen diesen Hinweisen wird jedoch nur die zentralgeleitete Wirtschaft mit freier Konsumwahl beschrieben. Es wird nicht bewiesen, daß die beiden anderen Varianten, die keine Geldrechnung zur Verteilung der Konsumgüter auf die einzelnen Haushalte benötigen, unmöglich sind. Die Geldrechnung in diesem Sektor, d.h. die Entlohnung der Arbeit in Geldeinkommen und die Verteilung der Konsumgüter über einen Verkauf gegen Geldeinheiten, bringt jedoch Schwierigkeiten, da von diesen freien Einkommen Störungen des naturalen Plangleichgewichtes ausgehen müssen. Bosch meint sogar: "Denn die beiden Methoden sind sich von Natur aus spinnefeind"³⁾.

Bei einem naturalen Plangleichgewicht muß nicht nur die Größe des Kauffonds und des Warenfonds übereinstimmen. Der Warenfonds muß auch in einer bestimmten Zusammensetzung geplant werden. Eine störungsfreie Verteilung kann nur bei gebundenen Einkommen der beiden ersten Varianten, z.B. in Form von Gutscheinen für den Bezug einer bestimmten Ware, garantiert werden. Freie Einkommen bilden immer eine "Gefahr monetär verursachter Derangierung der naturalen Pläne"⁴⁾.

Auch hier gilt für die Planung Euckens Aussage: "Aber dieses globale Denken ... wird der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht. Wir wissen, daß es entscheidend ist, die richtigen Proportionen der ökonomischen Quantitäten zu finden. Es kommt darauf an, das Gleichgewicht der Quantitäten aller Güterarten herzustellen, ... und zwar für bestimmte Orte und für bestimmte Betriebe"⁵⁾. Die-

1) Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung, a.a.O., S. 100.

2) Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung, a.a.O., S. 101.

3) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S. 91.

4) Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 6.

5) Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.142-143.

ses "Gleichgewicht der Quantitäten" kann jedoch in einer Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft nur in einer naturalen Planung hergestellt werden.

Eine Geldrechnung ist für eine total zentralgeleitete Wirtschaft im Bereich der Planung überflüssig. "Danach verbleibt nur das Leistungsproblem, dessen Lösung eine Angelegenheit der Planverwirklichung ist und bei dem die Einführung der Geldrechnung als Hilfe zu wirken hätte"¹⁾. Die Geldrechnung und damit die Einführung von Preisen wäre also auch für die Planverwirklichung in einer Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft keine notwendige Voraussetzung wie in einer Marktwirtschaft. Sie muß betrachtet werden als ein Hilfsinstrument, das bei der Planverwirklichung eingesetzt werden kann, aber nicht unbedingt eingesetzt werden muß. Auch Bosch verweist lediglich auf die Zweckmäßigkeit der Geldrechnung bei Schwerfälligkeit im Instanzenzug einer Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft: "Daraus ist auch zu erklären, daß man sich in den zentralverwaltungsverwaltungswirtschaftlichen Systemen unserer Zeit der finanziellen Methode bedient. Sie ist nichts anderes als der Versuch, eine größere Elastizität in den Ablauf des Prozesses hineinzubringen"²⁾.

Bei der Analyse der idealtypischen Variante einer total zentralgeleiteten Wirtschaft brauchten unter diesem Aspekt die Probleme der Geldrechnung nicht behandelt zu werden. Die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer Geldrechnung zur Lösung des Leistungsproblems kann in diesem Zusammenhang ausgeschlossen werden. Im Idealtyp einer total zentralgeleiteten Wirtschaft kann angenommen werden, daß auch dieses Problem durch naturale Leistungsanreize und naturale Leistungskontrollen hinreichend gelöst wird. "Das Prinzip der Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft, wonach einer plant und alle Produzenten und Verbraucher nur die zentralen Pläne genau auszuführen haben, ist in dem Idealfall sichtbar. Dieses Modell braucht kein Geld und keine Geldrechnung"³⁾.

-
- 1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 188; vgl. auch Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 32-35.
 - 2) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S. 112-113.
 - 3) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S. 90-91.

Aber es bleibt die Frage, welche Funktionen die Preise in einer Zentralverwaltungswirtschaft übernehmen könnten und müßten, um als Hilfsinstrument bei der Planverwirklichung dienen zu können. Nach Gutmann besteht die Grundfunktion der Preise in einer Zentralverwaltungswirtschaft darin, "die Bewertungen der Güter auszudrücken"¹⁾ oder, anders formuliert, anzuzeigen, "welchen Wert die verschiedenen Güter für die Verwirklichung der zentralen Planabsichten haben"¹⁾. Die Preise müßten dann vollständig dem natürlichen Plangleichgewicht entsprechen, indem sie die Grenznutzen-schätzungen der zentralen Planungsstelle widerspiegeln, auf denen der natürliche Gesamtplan aufgebaut ist.

Gutmann weist nach²⁾, daß unter der Voraussetzung bestimmter Produktionsfunktionen alle Preise entsprechend den direkten Bewertungen bei der natürlichen Planung berechnet werden können, so daß die Preisverhältnisse den Grenznutzenverhältnissen der einzelnen Güter entsprechen.

Darüber hinaus zeigt die Praxis, daß in allen Staaten mit zentral geplantem Wirtschaftsprozeß die Geldrechnung verwendet wird und den Gütern Preise zugeordnet werden. Im folgenden soll untersucht werden, welche Bedeutung diese Preise für die Aussagekraft einer Sozialproduktsberechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft haben.

2. Die Bedeutung der Preise für die Gesamtproduktsberechnung

Der Begriff "Sozialprodukt" ist in der Terminologie der Länder unbekannt, in denen der Wirtschaftsprozeß zentral geplant und gelenkt wird. Üblich sind Bezeichnungen wie "Gesellschaftliches Gesamtprodukt", "Nationaleinkommen" oder "Netto-Produkt". Da aber diese Begriffe als Brutto- oder Netto-Wert einer Jahresproduktion

-
- 1) Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 36.
 - 2) Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 22-24 und S. 38-39.

definiert werden¹⁾, entsprechen sie trotz anderer Abgrenzungen in ihrer grundsätzlichen Zielsetzung dem Begriff des Sozialproduktes. Die Berechnung erfolgt nach den bereits beschriebenen Methoden²⁾ als Wertsumme aus Produktmengen und Produktpreisen.

Unter der Voraussetzung der genau erfaßten Produktmengen bleibt die Frage, welche Bedeutung die verwendeten Preise für die Berechnung und Aussagekraft dieses Gesamtproduktes haben. Die Aussagekraft soll untersucht werden im Hinblick auf den Erfolg der Wirtschaft in einer Periode. Das ist in einer Zentralverwaltungswirtschaft gleichbedeutend mit dem Grad der Planverwirklichung und bedeutet ein Urteil über den Erfolg der staatlichen Wirtschaftspolitik. Dieser Erfolg kann also nur im Sinne der zentralen Planungsstelle aufgefaßt werden, da von ihr die Rangordnung der außerwirtschaftlichen Teilziele direkt festgelegt wurde und die Mittel entsprechend ihrer Verwendbarkeit für diese Teilziele bewertet wurden. Mit Hilfe der Gesamtproduktsberechnung soll dieser Erfolg ausgedrückt werden.

Voraussetzung dafür ist, daß die Güter mit Preisen versehen werden müssen, welche die Grenznutzenschätzungen für alle Güter im Rahmen einer Gesamttrangfolge außerwirtschaftlicher Teilziele wiedergeben. Unter der Annahme einer vollständigen Durchplanung des gesamten Wirtschaftsprozesses hat Gutmann die Bedingung formuliert, unter der dieses Ziel erreicht werden kann: Es dürfen in dieser Wirtschaft nur Produktionsfunktionen vorliegen, die Gutenberg als Typ A bezeichnet³⁾. Diese Voraussetzung erscheint jedoch für eine arbeitsteilige industrialisierte Wirtschaft unrealistisch. Wenn sie jedoch fallengelassen wird, kann das verwendete Preissystem die Bewertung der Güter nicht korrekt wiedergeben. Es müssen dann Preise verwendet werden, die nicht auf Grenznutzenschätzungen beruhen. Damit werden die Angaben in der Gesamtproduktsberechnung mindestens für einige Güter ungenau oder sogar irreführend.

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1966, herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin-Ost 1966, S. 35-36.

2) Vgl. im zweiten Teil unter A. 2.

3) Vgl. Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band, Die Produktion, 9. Auflage, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963, S. 195 - 217.

Sollten jedoch in einer Wirtschaft ausschließlich Produktionsfunktionen vom erwähnten Typ A vorliegen und sollte der Wirtschaftsprozess wirklich vollständig zentral durchgeplant sein, so könnten die eingeführten Preise die Grenznutzenschätzungen der zentralen Planungsstelle widerspiegeln. Die Größe Gesamtprodukt, berechnet mit Hilfe so ermittelter Preise, ergibt eine Wertsumme, die auf den Grenznutzenschätzungen für alle Güter basiert.

3. Die Eignung der Gesamtproduktsberechnungen als Maßstab wirtschaftlichen Erfolges in einer Zentralverwaltungswirtschaft

In einer Zentralverwaltungswirtschaft ordnet die zentrale Planungsstelle die außerwirtschaftlichen Teilziele nach ihrer Wichtigkeit. Sie legt auf Grund der Erfahrungen vergangener Perioden und der Erwartungen für die Planperiode in ihrem Gesamtplan fest, welche Teilziele in dieser Periode verwirklicht werden sollen. Ein wirtschaftlicher Erfolg liegt nur dann vor, wenn diese außerwirtschaftlichen Teilziele erreicht werden. Das Ergebnis des Wirtschaftens in der Planperiode läßt sich in drei Fällen eindeutig beurteilen:

1. Alle Planziele wurden genau erfüllt. Die Berechnung des Gesamtprodukts würde in diesem Falle, unabhängig von der Art der verwendeten Preise, genau die geplante Zahl ergeben.
2. Einige Planziele wurden genau erfüllt, andere dagegen übertroffen. In diesem Fall würde die Gesamtproduktsberechnung, wiederum unabhängig von der Art der verwendeten Preise, eine Zahl ergeben, die größer ist als die Planzahl.
3. Einige Planziele wurden genau erfüllt, andere dagegen nicht. In diesem Fall würde die Gesamtproduktsberechnung, wiederum unabhängig von der Art der verwendeten Preise, eine Zahl ergeben, die kleiner ist als die Planzahl.

In den drei angeführten Fällen würde also die Größe des Gesamtprodukts zeigen, ob der Erfolg des Wirtschaftens in dieser Periode dem Plan entspricht, größer oder geringer ist. Es muß jedoch ergänzt werden, daß eine Gesamtproduktsberechnung für eine Erfolgsanzeige dieser Art überflüssig ist. Wie schon erwähnt, spielt die

Art der verwendeten Preise hierbei keine Rolle. Die Gütermengen könnten mit jedem beliebigen Faktor multipliziert werden. Man könnte sogar einfach die Mengenangaben ohne Rücksicht auf ihre Benennung addieren und würde zu dieser Aussage kommen.

Neben diesen eindeutigen Fällen der Erfolgsbeurteilung ist jedoch auch der Fall einzubeziehen, daß einige Planziele übertroffen wurden, andere dagegen nicht erreicht werden konnten. Diesen Fall beschreibt Bosch als den Normalfall in einer Zentralverwaltungswirtschaft: "Auf einigen Gebieten wurden die Ziele erreicht, und die Güterproduktion wäre groß genug gewesen, um den Bedarf anderer Verarbeitungszweige zu decken. Aber in diesen anderen Industriezweigen wurden die Ziele nicht erreicht, so daß sich hier neue Engpässe, dort neue überschüssige Produktionen ergaben. Nach aller Erfahrung, auch aus den sowjetrussischen Fünfjahrplänen, scheinen die Disproportionalitäten - Überproduktion auf den einen, Unterversorgung auf den anderen Gebieten - ein wesentliches Merkmal der Zentralverwaltungswirtschaft zu sein"¹⁾. Kann die Größe des Gesamtproduktes in diesem Falle einen Hinweis auf den Gesamterfolg geben?

Dieses Ergebnis des Wirtschaftens bedeutet zunächst einmal: Mindestens ein außerwirtschaftliches Teilziel konnte nicht erreicht werden, obwohl es bei der Planung als so wichtig angesehen wurde, daß es in die Gruppe der in dieser Periode zu erreichenden Ziele aufgenommen wurde. Dafür können eventuell mehrere andere außerwirtschaftliche Teilziele erreicht werden, die jedoch bei der Zielauslese als weniger wichtig ausgeschlossen wurden. Wenn die Zielauslese wirklich entsprechend der Bewertung der außerwirtschaftlichen Teilziele erfolgt ist und keine Änderung dieser Rangordnung stattgefunden hat, dann brauchen erreichte, aber weniger wichtige Teilziele kein Ausgleich für das nicht erreichte wichtige Ziel sein.

Dieser Tatsache kann jedoch die Gesamtproduktsberechnung nicht gerecht werden. Die gesamte Wirtschaft kann durch das Fehlen einiger nicht produzierter Güter in eine schwierige Lage kommen, die eindeutig als Mißerfolg zu werten ist. Trotzdem weist das Gesamtpro-

1) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S.53.

dukt wegen der Mehrproduktion weniger wichtiger Güter eine größere Zahl als die geplante aus, was ein Erfolg zu sein scheint.

Verstärkt wird dieser Eindruck durch zwei methodische Fehler bei der Berechnung, die sich insgesamt zu einem größeren Gesamtfehler addieren und die Zahl des Gesamtproduktes zu groß werden lassen: Die Bewertung der Fehlmengen zu den ursprünglich festgesetzten Preisen ist falsch, da die jetzt auftretende Knappheit eine Neubewertung verlangt. Es müßte ein neuer Prozeß der Zielauslese stattfinden, damit die jetzt in geringerer Menge vorhandenen Einheiten nur den relativ wichtigsten Verwendungsarten zugeführt werden können. Danach würde mindestens einigen der nicht produzierten Einheiten ein höherer Wert und damit auch ein höherer Preis zugeordnet werden müssen.

Auf der anderen Seite ist es irreführend, die mehr produzierten Einheiten eines Gutes zu den ursprünglich ermittelten Preisen in die Berechnung einzubeziehen. Diese Einheiten können nur verwendet werden, um weniger wichtige außerwirtschaftliche Teilziele zu verwirklichen. Sie müssen also geringer bewertet und damit auch nur mit einem niedrigeren Preis in die Gesamtproduktsberechnung einbezogen werden. Sollte es sich um Güter einer anderen als der ersten Ordnung handeln, fehlt sogar wegen der jetzt nicht mehr gegebenen Abstimmung aller Einzelpläne in der Planperiode die Möglichkeit der Weiterverarbeitung. Diese Güter wären für den Bereich der Planperiode und im Falle verderblicher Güter sogar für immer als wertlos zu bezeichnen. In keinem Falle dürfte also der Preis, der für die planmäßig produzierten Einheiten in Übereinstimmung mit den Grenznutzenschätzungen bei der naturalen Planung ermittelt wurde, für mehrproduzierte Einheiten angewendet werden.

Neben diese Fehler tritt noch der weitere, daß bei einer nicht planmäßigen Produktion nicht nur die Fehlmengen, sondern auch die vorhandenen, nicht nur die Überzähligen, sondern auch die planmäßigen Mengen neu bewertet werden müßten.

Da in diesen Fällen neu zu bewerten wäre, kann auch bei einer eindeutigen Übererfüllung oder Unterschreitung der Planziele mit Hilfe der zu Beginn der Planperiode festgesetzten Preise keine Aussage über die Größe des Erfolges gemacht werden.

Im Falle einer gleichzeitigen Über- und Unterschreitung einzelner Planziele kann die Gesamtproduktsberechnung also selbst dann nicht zur Beurteilung oder Kontrolle des wirtschaftlichen Erfolges in einer Zentralverwaltungswirtschaft herangezogen werden, wenn die Preise die Grenznutzenschätzungen der zentralen Planungsstelle bei der naturalen Planung widerspiegeln. Als Maßstab dafür können nur die errechneten Ergebnisse in bezug auf alle Einzelpläne benutzt werden, wobei Über- und Unterschreitungen einzelner Planziffern von der zentralen Planungsstelle auch im einzelnen abgewogen werden müssen. Nur durch die Kontrolle der naturalen Erfüllung aller Einzelpläne kann die zentrale Planungsstelle ein Urteil über den Erfolg des Wirtschaftens in der Planperiode gewinnen.

T e i l I I I

DIE SOZIALPRODUKTSBERECHNUNGEN IN VERSCHIEDENEN WIRTSCHAFTSSYSTEMEN

Die Größe des Sozialproduktes ist ungeeignet, wie im zweiten Teil dargestellt wurde, den wirtschaftlichen Erfolg im Sinne einer Nutzenmaximierung auszudrücken, da die verwendeten Preise in beiden Wirtschaftssystemen den echten Nutzwert der produzierten Güter oder Dienstleistungen für die Bedürfnisbefriedigung nicht angeben können. Trotzdem werden in beiden Wirtschaftssystemen verschiedene Sozialproduktsgrößen jährlich von den statistischen Ämtern berechnet und veröffentlicht. Im folgenden sollen die Begriffe und Berechnungsmethoden¹⁾ kurz dargestellt werden, um im abschließenden Teil das Verhältnis dieser Berechnungen zur staatlichen Wirtschaftspolitik beurteilen zu können. Dabei werden die Berechnungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Mitteldeutschland als Beispiele für Sozialproduktsberechnungen in verschiedenen Wirtschaftssystemen herangezogen.

1) Vgl. auch die allgemeinen Ausführungen im zweiten Teil unter A. 2.

1. Die Sozialproduktsberechnung in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾

In der Bundesrepublik Deutschland werden die drei erwähnten Methoden der Sozialproduktsberechnung angewandt. Es wird dabei "unterstellt, daß Identität zwischen Leistungs- und Einkommensströmen sowie Komplementarität zwischen Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsseite in der Zeiteinheit besteht"²⁾. Die Gesamtgröße wird also nach ihrer Entstehung, Verteilung und Verwendung berechnet. Da das Sozialprodukt "in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft"³⁾ geben soll, müssen also alle Tätigkeiten einbezogen werden, die der Produktion und Verteilung von Sachgütern oder Dienstleistungen dienen, sei es in Unternehmungen, in staatlichen Behörden oder in privaten Haushalten.

a) Die verschiedenen Sozialprodukte

Es wird ein Bruttosozialprodukt in seiner Entstehung aus dem Brutto-Produktionswert der einzelnen Wirtschaftsbereiche berechnet, von dem der Wert der Vorleistungen abgezogen wird, um Doppelzählungen zu vermeiden. Als Wert wird der jeweilige Marktpreis angenommen. Deshalb wird diese Größe auch als Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen bezeichnet. Da in dieser Größe jedoch noch die Abschreibungen für Wertminderungen der Anlagegüter enthalten sind, muß eine Korrektur erfolgen, die diesen Güterverzehr berücksichtigt. So erhält man aus dem Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen durch Abzug der Abschreibungen das Netto-Sozialprodukt zu Marktpreisen. Wenn man die Abschreibungen ebenfalls als Wert von Vorleistungen betrachtet, dann ergäbe sich das Nettosozialprodukt als Differenz aus Brutto-Produktionswert und dem Wert aller Vorleistungen. Diese Größe müßte als Einkommen in irgendeiner Form zufließen. Das stimmt jedoch nur, wenn diese Summe nicht durch Tätigkeiten des Staates verändert

-
- 1) Vgl. die jeweiligen Bemerkungen unter "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" in den Statistischen Jahrbüchern der Bundesrepublik Deutschland und verschiedene Aufsätze in "Wirtschaft und Statistik", hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden; Stuttgart und Mainz.
 - 2) Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung, a.a.O., S. 13.
 - 3) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, a.a.O., S. 533.

wird. Wenn indirekte Steuern zu zahlen sind, verringert sich die Einkommenssumme um diesen Betrag; wenn staatliche Subventionen gezahlt werden, erhöhen sich die Einkommen um jenen Betrag. Da in der Bundesrepublik Deutschland beide Fälle gegeben sind, entspricht also nur das um den Betrag der indirekten Steuern verringerte und um den Betrag der Subventionen vergrößerte oben erwähnte Nettosozialprodukt der Summe der Einkommen. Diese Summe der Faktoreinkommen wird auch als Volkseinkommen bezeichnet, oder, da die Faktoreinkommen als Entgelt der aufgewendeten Faktorleistungen, also als gesamtwirtschaftliche Kosten aufgefaßt werden können, als Nettosozialprodukt zu Faktorkosten. Die Verteilungsrechnung unterscheidet nach Einkommensarten (Einkommen aus unselbständiger Arbeit, aus Unternehmertätigkeit und Vermögen - funktionale Verteilung) und nach Sektoren (Einkommen der privaten Haushalte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, unverteilte Gewinne, Einkommen des Staates - Ansätze einer personellen Verteilung).

Die Entstehungsrechnung des Sozialproduktes führt also zuerst zu dem Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, die Verteilungsrechnung zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen).

Nach der dritten Berechnungsmethode, der Verwendungsrechnung, wird das Sozialprodukt ermittelt aus Konsum und Investition. Der private und der staatliche Verbrauch sowie die Brutto-Investitionen ergeben die Verwendung aller produzierten Güter und Dienstleistungen, das Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen. Es wird hier also nicht nach Ersatz- oder Netto-Investitionen unterschieden, da dem einzelnen verwendeten Investitionsgut nicht anzusehen ist, für welche Art der Investition es verwendet werden soll. Die Verwendungsrechnung führt also ebenso wie die Entstehungsrechnung zum Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen.

Bisher wurde nicht erwähnt, daß natürlich durch die wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Ländern die Einzelgrößen beeinflußt werden. So müssen Korrekturen für den Außenhandel (Außenbeitrag) angebracht werden, insbesondere bei der Verwendungsrechnung. Die eingeführten (also nicht produzierten, aber verwendbaren) Güter und die ausgeführten (also produzierten, aber im Inland nicht verwendeten) Güter müssen in der Berechnung berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird ein Unterschied zwischen In-

lands- und Inländerprodukt gemacht, wobei das Inlandsprodukt alle Tätigkeiten im Bereich der Bundesrepublik Deutschland erfaßt, das Inländerprodukt alle Tätigkeiten aller Inländer, also der ständigen Bewohner der Bundesrepublik Deutschland. Der Unterschied liegt vor allem in den Zahlungen, die von Ausländern für Tätigkeiten in Deutschland oder von Inländern für Tätigkeiten im Ausland empfangen werden. Es kann sich hierbei sowohl um Arbeits- wie um Vermögenseinkünfte handeln.

b) Geldströme und Güterströme in der Sozialproduktsberechnung

In einer Marktwirtschaft kann ein koordinierter Gesamtprozeß nur mit Hilfe einer Geldrechnung erreicht werden. Deshalb müssen die wirtschaftlichen Vorgänge zwischen Wirtschaftssubjekten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Verkäufer und Käufer usw.) sowohl güterwirtschaftlich als auch geldwirtschaftlich betrachtet werden. Da das Geld allgemeines Tauschmittel ist, fließen entgegengesetzt zu den Güterströmen Geldströme. Die Umrechnungsgröße für diese Ströme sind die Preise, die jeder Gütermenge eine bestimmte Geldmenge zuordnen. Beide Arten von Strömen könnten also erfaßt werden, um ein "quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens"¹⁾ zu erhalten. Inwieweit werden aber güterwirtschaftliche Vorgänge wirklich erfaßt? Die Verteilungsrechnung des Volkseinkommens und besonders die Berechnung der Umverteilung des Volkseinkommens muß ihrer Natur nach eine reine Geldrechnung sein. Sie erfaßt die Geldströme der Einkommen nach der Art des Einkommens sowie nach den Sektoren, denen diese Einkommen zufließen, und später die Geldmengen, die umverteilt werden. Diesen Strömen liegen also nicht immer vergleichbare güterwirtschaftliche Vorgänge zugrunde.

Anders ist es bei der Entstehungs- und Verwendungsrechnung. Diese "Vorgänge beziehen sich im wesentlichen auf die Produktion und Verteilung von Gütern (Waren und Dienstleistungen) sowie ihre Verwendung für Verbrauchs- und Investitionszwecke"²⁾. Diese Beschreibung

1) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, a.a.O., S. 531.

2) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, a.a.O., S. 531.

läßt vermuten, daß hier in erster Linie Güterströme erfaßt werden. In Wirklichkeit werden jedoch Geldströme erfaßt: Produktionserlöse minus Ausgaben für Vorleistungen bei der Entstehungsrechnung, bei der Verwendungsrechnung Geldausgaben für Konsumzwecke der privaten Haushalte und des Staatshaushaltes sowie für Investitionszwecke der Unternehmungen und des Staates. Nur bei geringen Teilgrößen, die keinen Marktpreis haben, wird von güterwirtschaftlichen Vorgängen mit Hilfe angenommener Preise auf Geldgrößen geschlossen. Diese Frage der Erfassung von Geld- und Güterströmen ist von Hofmann¹⁾ sowie zwischen Bombach und ihm in der Kritik und Antikritik behandelt worden²⁾. Hofmann behauptet, daß bei der Berechnung anstelle von Güterströmen Einkommensströme erfaßt würden³⁾. Damit ist Bombachs Kritik berechtigt, daß z.B. Konsum, Investition und Staatsausgaben keine Einkommensströme sind⁴⁾. Hofmann hätte seine Position klarer gemacht, wenn er statt der "Einkommensströme" den allgemeineren Begriff der "Geldströme" verwendet hätte. Es gibt ein Primat der Geldströme⁵⁾ insofern, als tatsächliche oder unterstellte Geldströme erfaßt werden, wobei angenommen wird, daß in jedem Falle eine Identität zwischen diesen Strömen besteht. Diese Definition erscheint mindestens dann zweifelhaft, wenn diese Identität auf der Grundlage von unterstellten Preisen oder Kostengrößen behauptet wird; wenn also zum Beispiel Kostengrößen für die Bewertung von Dienstleistungen benutzt werden. In diesem Sinne ist auch die Frage Hofmanns⁶⁾ nach der Gleichheit der beiden Größen berechtigt, die durch Bombachs Stellungnahmen⁷⁾ tatsächlich nicht beantwortet wird. Die Zahlengrößen sind natürlich entsprechend der Definition gleich - aber sagt eine solche Geldgröße tatsächlich irgendetwas über den Nutzwert der Dienstleistungen aus? Wenn auf dieser Grund-

-
- 1) Hofmann, Werner: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, a.a.O.
 - 2) Weltwirtschaftliches Archiv, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. von Fritz Baade, Bd. 75, 1955, II, S. 1⁺ - 27⁺ und Bd. 77, 1956, II, S. 1⁺ - 9⁺.
 - 3) Hofmann, Werner: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, a.a.O., S. 16 und S. 80.
 - 4) Weltwirtschaftliches Archiv, 1955, Bd. 75, II, S. 16⁺.
 - 5) Vgl. Bombach, Gottfried, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1955, Bd. 75, II, S. 11⁺.
 - 6) Hofmann, Werner: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, a.a.O., S. 67.
 - 7) Weltwirtschaftliches Archiv, 1955, Bd. 75, II, S. 16⁺.

lage Aussagen gemacht werden könnten, würde sich dieses Verfahren ja auch bei allen anderen Gütern anbieten, die jetzt mit ihren Marktpreisen in die Berechnung einbezogen werden. Dieser Weg ist jedoch nicht möglich, da anerkannt wird, daß zum Beispiel Kostensteigerungen nicht unbedingt Nutzwertsteigerungen zur Folge haben.

Diese Größen geben also keinerlei Hinweis auf die Größe oder Veränderung der tatsächlichen güterwirtschaftlichen Vorgänge. Auch eine nachträgliche Korrektur veränderter Marktpreise zum Ausschluß der Preisveränderungen mit Hilfe von Preisindices kann die gewünschte Aufklärung nicht bringen. Denn die Größe und Richtung der Güterströme kann nicht autonom bestimmt werden, sondern nur aus den Preisen jedes Jahres erklärt werden. Bei anderen Preisen als den jeweiligen Marktpreisen wäre über die Produktion und Verwendung der Güter auch anders entschieden worden¹⁾. Und wenn sich der Erfolg des Wirtschaftens in der Nützlichkeit zeigt, können Preise einer vergangenen Periode nicht zur Bewertung güterwirtschaftlicher Vorgänge späterer Perioden benutzt werden. Über die tatsächlichen Nutzwerte der produzierten und verteilten Güter können also auch diese Zahlen, die mit Hilfe der Entstehungs- oder Verwendungsrechnung ermittelt wurden, wenig aussagen.

c) Die Genauigkeit der Sozialproduktsberechnung

Hinzu kommen einige praktische Schwierigkeiten. Die Gesamtgröße muß definitionsgemäß bei allen drei Berechnungsmethoden dieselbe sein. Damit könnte man auf die exakte Erfassung von je einer Teilgröße bei zwei Berechnungswegen verzichten, die sich als Restgrößen ergeben müssen, wenn wenigstens die Berechnung nach einer Methode exakt ist. Diese Voraussetzung ist jedoch nicht gegeben, da in keiner der drei Berechnungsmethoden alle Größen exakt vorliegen. So müssen Schätzungen eingeführt werden, die den Genauigkeitsgrad selbst der ermittelten Geldgrößen schlechter werden lassen.

Bei der Entstehungsrechnung ist man auf Schätzungen mindestens für die Beiträge der Bereiche "Wohnungsvermietung" (insbesondere bei der Nutzung von Eigentümerwohnungen) und "private Haushalte" angewiesen. Schwierig ist es auch, Produkte einzubeziehen, die keinen

1) Vgl. im zweiten Teil unter B. 2. b).

Marktpreis haben. Das trifft für Produkte zu, die nur für den Eigenverbrauch (oder selbstproduzierte Anlagen für Investitionszwecke) produziert wurden, oder für einige Bereiche des Staates. In solchen Fällen können entweder nur geschätzte Marktpreise oder Kostenpreise benutzt werden, wobei ein Kostenpreis nicht als Wertmaßstab der Leistung gelten kann. Mindestens ein großer Sektor, die Produktion von Gütern in den privaten Haushalten durch Angehörige dieses Haushaltes, kann wegen der zu großen Ungenauigkeit der Schätzungen gar nicht erfaßt werden. Er wird deshalb in die Sozialproduktsberechnung nicht einbezogen, obwohl gerade von diesem Sektor wesentliche Einflüsse auf die Nachfrage und Bewertung vieler Güter und vor allem vieler Dienstleistungen ausgehen. Auch die Größe der Abschreibungen als tatsächlicher Güterverzehr bei investierten Gütern kann nur nach Richtlinien erfolgen, die einen großen Fehlerspielraum zulassen. Die Entstehungsrechnung des Sozialprodukts enthält also viele Ungenauigkeiten.

Diese Ungenauigkeiten übertragen sich sofort in die Verteilungsrechnung, "da sich das Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mangels geeigneter Unterlagen nur als Differenz zwischen dem Volkseinkommen und seinen übrigen Teilgrößen ermitteln läßt"¹⁾. In diesem Fall wird also nicht einmal eine Schätzung versucht, da die Ungenauigkeit zu groß ist. Die Einzelgrößen sind deshalb auch nicht genau gegeneinander abzugrenzen, was zum Beispiel einige der freiwilligen Sozialleistungen betrifft. Die Verteilungsrechnung selbst wird also gar nicht auf der Grundlage dafür geeigneter Unterlagen durchgeführt - ihre Genauigkeit hängt vollständig von der Genauigkeit der anderen Methoden ab.

Aber auch die Verwendungsrechnung kann nicht exakt durchgeführt werden. Das Bewertungsproblem betrifft sowohl den Bereich des Konsums (Eigenverbrauch privater und öffentlicher Haushalte, Mietwert für Eigentümerwohnungen), wie den Bereich der Investitionen (selbstproduzierte Anlagen und Lagerbestände).

Dazu kommt für alle Berechnungsmethoden, daß sich gewisse Geldströme im Außenhandel nur schätzen lassen, zum Beispiel das Einkommen in Form der wiederangelegten Kapitalerträge und einige private Transaktionen. Damit entsteht eine weitere Ungenauigkeit, wenn der Außenbeitrag einbezogen werden soll.

1) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, a.a.O., S. 534.

Einige dieser Schätzungen treten sowohl bei der Entstehungsrechnung wie bei der Verwendungsrechnung auf. Damit würden diese beiden Zahlen übereinstimmen, auch wenn ihre absolute Höhe vielleicht nicht richtig ist. Daraus ergibt sich aber noch nicht als notwendige Folge "das höhere Maß an Exaktheit, das dann erforderlich wird, wenn die Ergebnisse mehrerer Berechnungsmethoden miteinander in Einklang gebracht werden müssen"¹⁾. Die Zahlen werden nämlich zum Teil in Einklang gebracht, indem dieselben Schätzungen in die Entstehungs- und Verwendungsrechnung aufgenommen werden, für die es keine Kontrolle durch die Verteilungsrechnung gibt.

Die Relationen der einzelnen Teilgrößen werden damit ungenau und Bombachs These, man könne "statistisch feststellen, welche Proportionen bestanden und wie sie sich im Zeitablauf verändert haben"²⁾, ist zu bezweifeln.

Die einzige reine Geldrechnung, die Verteilungsrechnung, die auf den beiden anderen Berechnungsmethoden basiert, wird dadurch stark beeinflusst. Damit sinkt auch die Aussagekraft der Größe des Sozialprodukts für rein geldwirtschaftliche Vorgänge.

Zu dem Problem der Genauigkeit der Berechnung wird oft das Argument benutzt, daß Fehler bei den Schätzungen nicht entscheidend seien, wenn sie sich jährlich wiederholten, daß also damit ihr Einfluß bei ständig gleichbleibender Methode der Schätzung aufgehoben werde. Dieser Ansicht kann jedoch nicht zugestimmt werden, da sich ja die Relationen der Teilgrößen im Verlauf der Jahre ändern und damit auch das Gewicht der Fehler.

Es darf bei der Untersuchung der Fehlergrenze auch nicht vergessen werden, daß auch relativ geringe prozentuale Fehler sich schon stark auswirken, wenn die Wachstumsraten betrachtet werden. Da die absolute Zahl der Sozialprodukte wenig aussagt, wird ja meistens die Veränderung gegenüber dem Vorjahr als Maßstab des Erfolges empfohlen. Die Wachstumsraten der Sozialprodukte haben in der Bundesrepublik Deutschland nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in den letzten fünf Jahren folgende Höhe gehabt:

-
- 1) Bombach, Gottfried, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1955, Bd.75, II, S. 13⁴.
 - 2) Bombach, Gottfried, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1955, Bd.75, II, S. 14⁷.

Jährliche Wachstumsraten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Saar und Berlin-West¹⁾

(jeweils gegenüber dem Vorjahr in %)

	1961	1962	1963	1964	1965
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	9,9	8,7	6,5	9,6	8,5
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	9,6	8,1	6,0	9,4	8,0
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	9,5	8,1	6,3	9,5	8,0
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen	10,1	8,7	6,5	9,7	8,5
Bruttosozialprodukt zu Preisen von 1954	5,4	4,1	3,5	6,6	4,5
Brutto-Inlandsprodukt zu Preisen von 1954	5,6	4,1	3,5	6,7	4,5

Zuerst ist zu bemerken, daß die errechneten Wachstumsraten für Brutto- und Nettoprodukte desselben Jahres keine wesentlichen Unterschiede zeigen. Diese Unterschiede zeigen sich nur bei der Bewertung mit anderen Preisen. Die einzelnen Wachstumsraten in den verschiedenen Jahren waren zu jeweiligen Preisen also mindestens 6,0 und höchstens 10,1%, zu Preisen von 1954 mindestens 3,5% und höchstens 6,7%. Zwischen den niedrigsten und höchsten Werten lagen also im Zeitraum von fünf Jahren 4,1% bzw. 3,2%. Eine Fehlergrenze von nur $\pm 1\%$ bei der Berechnung der Gesamtgröße der Sozialprodukte würde also, wenn sie sich jeweils im Extrem auswirkt, Wachstumsraten ergeben, die in den meisten Jahren entgegengesetzt zu den oben errechneten Werten jeweils "schnelleres" oder "langsames" Wachstum anzeigen könnten. Da viele Schätzungen in die Berechnungen des Sozialproduktes einbezogen werden müssen und da selbst bei den Größen, für die Unterlagen zur Berechnung vorhanden sind, kleine Fehlergrenzen unterstellt werden müssen, scheint zumindest der Genauigkeitsgrad der Gesamtberechnung zu gering zu sein, um Schlüsse über

1) Berechnung nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, a.a.O., S. 544 und S. 548-549.

die tatsächliche Entwicklung dieser Größen in der Bundesrepublik Deutschland aus diesen Zahlen zu ziehen¹⁾. Bombach meinte in einer Diskussion über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: "Wenn man früher beispielsweise feststellte, daß die Investitionsquote in dem einen Land 15 v.H. und in einem anderen 18 v.H. betrug ..., so besagte das im Grunde gar nichts. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein wirklicher Unterschied in den Investitionsraten vorlag, war genau so groß wie die Möglichkeit verschiedenartiger Berechnungs- und Abgrenzungsmethoden in beiden Ländern"²⁾.

Man könnte geneigt sein, die Wachstumsraten nach der heutigen Sozialproduktsberechnung sowie Wachstumsraten-Vergleiche ähnlich zu beurteilen. In der Bundesrepublik Deutschland ist man jedenfalls nicht in der Lage, irgendeine dieser Globalgrößen zur Beurteilung des wirtschaftlichen Erfolges heranzuziehen, da die Größe des Sozialproduktes die güterwirtschaftlichen Vorgänge gar nicht und die geldwirtschaftlichen nicht mit genügender Genauigkeit wiedergeben kann.

2. Die Gesamtproduktsberechnung in Mitteldeutschland³⁾

Bei der Analyse der veröffentlichten Zahlen über Gesamtproduktsberechnungen in Mitteldeutschland gibt es auf den ersten Blick viele Gemeinsamkeiten mit den Sozialproduktsberechnungen in der Bundesrepublik Deutschland. Aber ebenso fallen auch sofort einige Besonderheiten auf: Es wird von einem gesellschaftlichen Gesamtprodukt (Bruttoprodukt) gesprochen, dessen Berechnung jedoch nicht mit der des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik verglichen werden kann; es wird immer wieder von dem Bereich der materiellen Produk-

-
- 1) Die Fehlergrenzen der tatsächlichen Berechnung werden auch im Zeitvergleich sichtbar: Die Wachstumsraten für das Jahr 1963 im Vergleich zu 1962 wurden z.B. noch im Statistischen Jahrbuch 1965 (vgl. S. 552 u. 555-556) als vorläufige Werte um 0,3 bis 0,4% zu niedrig angegeben gegenüber den endgültigen Werten im Statistischen Jahrbuch 1966 (vgl. S. 544 u. 548-549).
 - 2) Bombach, Gottfried, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1955, Bd. 75, II, S. 6+.
 - 3) Vgl. die jeweiligen Vorbemerkungen unter "Gesellschaftliches Gesamtprodukt" in den Statistischen Jahrbüchern der Deutschen Demokratischen Republik, sowie verschiedene Aufsätze in "Statistische Praxis", hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin-Ost.

tion gesprochen, ohne daß sofort erkennbar ist, was damit gemeint ist; es gibt eine Aufkommensrechnung, die Verwendungs- und die Verteilungsrechnung des Nationaleinkommens werden jedoch nicht getrennt ausgewiesen; einen besonders großen Raum nehmen Untersuchungen über die Eigentumsform ein.

Der größte Unterschied in der Abgrenzung des Gesamtprodukts ist eine Beschränkung auf den "Bereich der materiellen Produktion". Es werden nicht alle Leistungen in die Gesamtproduktsberechnung aufgenommen, sondern lediglich solche Ergebnisse, die materielle Produkte sind. Diese Abgrenzung schließt direkt an die Auffassung von Marx an, der sein Werk "Das Kapital" beginnt: "Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine "ungeheure Warensammlung" ... Die Ware ist zunächst ein äußerer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt"¹⁾.

Als neugeschaffene Werte der Wirtschaft werden nach der Definition also nur materielle Produkte betrachtet: "Das gesellschaftliche Gesamtprodukt wird im Sozialismus ... durch die Arbeit der in den Zweigen der materiellen Produktion Arbeitenden geschaffen"²⁾.

Noch deutlicher wird diese Abgrenzung an anderer Stelle gegeben: "Das gesellschaftliche Gesamtprodukt und folglich auch das Nationaleinkommen werden von den Arbeitern erzeugt, die in den Zweigen der materiellen Produktion beschäftigt sind. Dazu gehören alle Zweige, in denen materielle Güter erzeugt werden: die Industrie, die Landwirtschaft, das Bauwesen, das Transportwesen und einige andere. In den nichtproduzierenden Zweigen, zu denen der Staatsapparat, das Kreditwesen, der Handel (mit Ausnahme der Operationen, die eine Fortsetzung des Produktionsprozesses in der Zirkulationsphäre darstellen), die Volksbildung, die Kunst und Kultur sowie die medizinischen Einrichtungen gehören, wird kein Nationaleinkommen erzeugt"³⁾.

1) Marx, Karl: Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie, Buch I, Der Produktionsprozeß des Kapitals, Berlin-Ost 1960, S. 39.

2) Politische Ökonomie, Lehrbuch, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, 4. Auflage nach der 3. russischen Ausgabe, Berlin 1961, S. 731-732.

3) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 210.

Die in den nichtproduzierenden Zweigen eingesetzte Arbeit wird als "gesellschaftlich nützliche Arbeit" anerkannt, deren Leistungen ebenfalls Bedürfnisse befriedigen. Aber nicht die Nützlichkeit soll zum Kriterium des Nationaleinkommens erhoben werden, sondern der Zuwachs an materiellen Gütern in Wertform.

Aus dieser Auffassung ergeben sich Schwierigkeiten für die Berechnung des Gesamtprodukts. Viele Wirtschaftsbereiche sind nur mit einem Teil ihrer Tätigkeiten in die Berechnung aufzunehmen, andere Teile bleiben unberücksichtigt. In manchen Fällen muß dieselbe Tätigkeit einmal zum Bereich der materiellen Produktion gerechnet werden, ein anderes Mal jedoch nicht. Abgesehen von dieser unterschiedlichen Abgrenzung, die einen direkten Vergleich mit der Sozialproduktsberechnung der Bundesrepublik Deutschland unmöglich macht, wird die Berechnung selbst im wesentlichen nach denselben Methoden vorgenommen.

a) Die Aufkommensrechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens

Ausgegangen wird allerdings von einem gesellschaftlichen Gesamtprodukt, auch Bruttonprodukt genannt. Es ergibt sich als Summe aller geschaffenen materiellen Güter. Dabei wird nicht berücksichtigt, ob sie bei der Weiterverarbeitung in andere Güter eingehen oder ob sie direkt zum gesellschaftlichen oder privaten Konsum verwendet werden. Das Bruttonprodukt wird berechnet nach der Betriebsmethode. Es wird in jedem Betrieb festgestellt, wie groß der Wert der materiellen Produktion dieses Betriebes in einem Jahr war. Es ist offensichtlich, daß ein namhafter Betrag dieser Größe aus Doppel- und Mehrfachzählungen bestehen muß, denn viele Endprodukte gehen als Rohstoffe ja wieder in die Weiterverarbeitung ein. Um den in einem Jahr neu geschaffenen Wert der Volkswirtschaft festzustellen, müssen also von diesem Bruttowert erst einmal alle Materialzulieferungen von anderen Betrieben abgesetzt werden. Dieser Materialverbrauch betrug 1950 etwa 41% des Bruttowertes. Seither ist der Anteil ständig gestiegen. Er betrug 1955 etwa 44%, 1960 etwa 47%, 1964 etwa 52% (damit mußte erstmals im Jahre 1964 mehr als die Hälfte des Bruttowertes für Materialverbrauch abgesetzt werden) und 1965 etwa 53%¹⁾.

1) Berechnet nach den Angaben in: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 42.

Der verbleibende Rest, der jedoch in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen wird, könnte nach der Berechnung - wiederum ohne die unterschiedliche Abgrenzung zu berücksichtigen - als Brutto-sozialprodukt bezeichnet werden. Von dieser Größe müssen die Abschreibungen abgezogen werden: Es muß der Wert ermittelt werden, der von Maschinen, Einrichtungen und sonstigen Investitionsgütern auf die produzierten Güter übergegangen ist, also ebenfalls als Verbrauch angesehen werden muß.

Die Abschreibungen sind: ein "von den Betrieben auf Grund von Abschreibungsnormen berechneter Wert der jährlichen Abnutzung an langlebigen Arbeitsmitteln und für die Nutzung gemieteter und gepachteter langlebiger Arbeitsmittel gezahlte Miete und Pacht"¹⁾. Diese Abschreibungen können bezogen werden auf die Größe "Brutto-produkt minus Materialverbrauch", die den neugeschaffenen Wert angeben soll, wenn die Abschreibungen noch enthalten sind. In dieser Relation betrugen die Abschreibungen 1950 etwa 7,8%, sanken über 7,6% (1955) auf 7,4% im Jahre 1960. Seit 1960 zeigt diese Relation eine ständige Steigerung: 1961 etwa 7,8%, 1962 etwa 8,1%, 1963 etwa 8,3%, 1964 etwa 8,4% und 1965 etwa 8,8%²⁾. Die nach Abzug der Abschreibungen verbleibende Größe wird als Nettoprodukt oder als Nationaleinkommen bezeichnet, als "der im gesellschaftlichen Gesamtprodukt enthaltene neugeschaffene Wert"³⁾.

Welchen Aussagewert kann bei diesem Aufbau ein Bruttowert haben? Er enthält den Materialverbrauch, also Doppelzählungen, in beachtlichem Ausmaß und kann daher kein Ausdruck für die Summe der neu-produzierten Güter sein. Aber unter gewissen Umständen könnte unter der Voraussetzung gleichbleibender Bewertungen der Anteil des Nettowertes am Bruttowert Aufschlüsse über Vorgänge in der Gesamtwirtschaft geben:

1. Bei gleichbleibender Produktionsstruktur gibt ein veränderter Anteil des Nettowertes am Bruttowert an, ob die Produktion in der letzten Periode im Vergleich zu früheren mit relativ mehr oder weniger Materialeinsatz durchgeführt wurde. Die Ergiebig-

1) Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 36.
2) Berechnet nach Angaben, in: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 42.
3) Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 36.

keit des eingesetzten Materials, die Produktivität des Materialeinsatzes, hat sich dann geändert. Dabei ergibt eine vergrößerte Produktivität des Materialeinsatzes einen größeren Anteil des Nettoproduktes am Bruttoprodukt.

2. Bei gleicher Produktivität des Materialeinsatzes gibt eine Veränderung des Anteils an, wie sich der Grad der Arbeitsteilung in der Wirtschaft verändert hat. Eine verbesserte Arbeitsteilung führt zu häufigeren Doppel- und Mehrfachzählungen und damit zu einem geringeren Anteil des Nettoproduktes am Bruttoprodukt.

In Mitteldeutschland sank der Anteil des Nettoproduktes am Bruttoprodukt wegen der steigenden Anteile des Materialverbrauchs und der Abschreibungen stetig von etwa 54% im Jahre 1950 über etwa 52% (1955), etwa 49% (1960) auf etwa 44% (1964) und betrug 1965 weniger als 43%¹⁾. Hieraus können jedoch keine Schlüsse gezogen werden, da die beiden unter 1. und 2. erwähnten Einflüsse nicht einzeln sichtbar sind. Sie überlagern sich ständig. Das jeweils wünschenswerte Ergebnis zeigt sich als entgegengesetzte Änderung des Anteils. Der angegebene Bruttowert kann zwar unter Umständen für die Planer des Wirtschaftsablaufes wertvoll sein, die die Änderungen der Arbeitsteilung wahrscheinlich aus ihren Plänen und deren Kontrollen ersehen können. Aber als Gesamtprodukt im Sinne einer Summe aller produzierten materiellen Güter ist der Bruttowert aussagelos. Die weiterverarbeiteten Güter sind nicht mehr verfügbar, sie haben ihren Wert auf andere Güter übertragen. Allein das Nettoprodukt wäre vielleicht in der Lage, gewisse Aufschlüsse über die Entwicklung der Volkswirtschaft zu geben.

Neben dem Nettoprodukt wird noch ein im Inland verwendetes Nationaleinkommen berechnet. Da das Nettoprodukt als Nationaleinkommen (ohne Zusatz) bezeichnet wird, können sich diese beiden Größen nur um irgendeinen Saldo aus dem Außenhandel unterscheiden. Eine Abgrenzung dieser beiden Posten wird jedoch nicht gegeben, so daß die Einflüsse, die hier von dem Außenhandel ausgehen, unklar bleiben.

1) Berechnet nach Angaben in: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 42.

Das Bruttoprodukt und das im Inland verwendete Nationaleinkommen werden auch zu vergleichbaren Preisen (und zwar von 1963) berechnet.

b) Das Wachstum der verschiedenen berechneten Größen

Wegen des wechselnden Anteils des Nettoproduktes am Bruttoprodukt ergeben sich für diese beiden Größen unterschiedliche Wachstumsraten. Auch die Berechnung des Bruttoproduktes zu effektiven und zu vergleichbaren Preisen ergab unterschiedliche Wachstumsraten. Die beiden Reihen des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zu effektiven und zu vergleichbaren Preisen zeigten im Vergleich mit den anderen Reihen zum Teil eine Sonderentwicklung. Der Vergleich des Wachstums dieser beiden Reihen untereinander wies jedoch nur geringe Unterschiede auf, so daß ihre Entwicklung gemeinsam betrachtet werden kann.

Nach Angaben des Statistischen Jahrbuches der Deutschen Demokratischen Republik 1966 ergaben sich folgende Wachstumsraten seit 1960:

Jährliche Wachstumsraten in Mitteldeutschland¹⁾

(jeweils gegenüber dem Vorjahr in %)

	1961	1962	1963	1964	1965
Gesellschaftliches Gesamtprodukt zu effektiven Preisen	3,7	3,3	4,2	13,7	7,3
Gesellschaftliches Gesamtprodukt zu vergleichbaren Preisen 2)	3,5-4,2	2,6-3,3	3,2-4,0	6,6-7,3	5,5-6,1
Nettoprodukt	3,3	2,2	3,1	4,8	3,4
Im Inland verwendetes Nationaleinkommen zu effektiven und vergleichbaren Preisen 2)	2,8-4,0	2,5-3,5	(-0,7) bis (+0,4)3)	4,4-5,3	3,9-4,7

- 1) Berechnung nach: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 21 und 42.
- 2) Für die im Inland verwendeten Nationaleinkommen zu effektiven Preisen, sowie für beide Reihen zu vergleichbaren Preisen lagen keine absoluten Zahlenangaben vor. Die Wachstumsraten wurden aus den jeweiligen Indices berechnet unter Angabe der jeweils niedrigsten und höchsten Größe. Eine größere Genauigkeit ist nach den Angaben der Indices nicht zu erreichen.
- 3) Im Jahre 1963 ist das verwendete Nationaleinkommen (effektive Preise) gegenüber dem Vorjahr im Index gleichgeblieben, das verwendete Nationaleinkommen (vergleichbare Preise) um einen Indexpunkt zurückgegangen.

Da einige dieser Wachstumsraten stark voneinander abweichen, muß bei allen Angaben dieser Art deutlich unterschieden werden, um welches Wachstum es sich handelt. Die Unterschiede sind auch über längere Zeiträume teilweise sehr groß. So stieg zum Beispiel von 1950 bis 1965 das Bruttoprodukt um 261%, das Nettoprodukt jedoch nur um 186%¹⁾.

Im einzelnen ergaben sich für die Zeit von 1950 bis 1965 folgendes Gesamtwachstum sowie durchschnittliche jährliche Wachstumsraten²⁾ (in Klammern die Zahlen für die Zeit von 1960 bis 1965 nach derselben Quelle und Rechenmethode auf fünf Jahre berechnet):

Gesellschaftliches Gesamtprodukt zu effektiven Preisen	um	261%	(36%)
oder durchschnittlich	8,9%	(6,3%)	pro Jahr
Gesellschaftliches Gesamtprodukt zu vergleichbaren Preisen	um	226%	(25%)
oder durchschnittlich	8,2%	(4,6%)	pro Jahr
Nettoprodukt (Nationaleinkommen)	um	186%	(18%)
oder durchschnittlich	7,2%	(3,4%)	pro Jahr
Verwendetes Nationaleinkommen zu effektiven Preisen	um	191%	(16%)
oder durchschnittlich	7,4%	(3,0%)	pro Jahr
Verwendetes Nationaleinkommen zu vergleichbaren Preisen	um	219%	(16%)
oder durchschnittlich	8,0%	(3,0%)	pro Jahr

c) Die Anteile am Aufkommen des Brutto- und Netto-Produktes

Bruttoprodukt und Nettoprodukt werden in der Aufkommensrechnung nach Eigentumsformen der Betriebe und nach Wirtschaftszweigen ausgewiesen. Bei den Eigentumsformen der Betriebe, die am Aufkommen des Brutto- und Nettoproduktes mitwirken, werden vier Formen unterschieden: Die beiden sozialistischen Eigentumsformen der volkseigenen und der genossenschaftlichen Betriebe, ferner Betriebe mit staatlicher Beteiligung (halbstaatlich) und private Betriebe. Alle sozialisti-

- 1) Berechnet nach Angaben in: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 42.
- 2) Berechnet nach Angaben in: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 21. Die durchschnittlichen Wachstumsraten wurden nach der Zinseszinsformel berechnet als jährlich gleiches Wachstum, das in 15 Jahren zu dem erwähnten Gesamtwachstum führt.

senen Betriebe hatten dabei 1965 einen Anteil von 86,8% am gesamten Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der sich zu 72,8% auf volkseigene und zu 14,0% auf genossenschaftliche Betriebe verteilt. Die volkseigenen Betriebe hatten in allen Wirtschaftsbereichen den größten Anteil, mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, deren Aufkommen zu fast drei Vierteln aus genossenschaftlichen Betrieben stammt. Die halbstaatlichen und privaten Betriebe sind nur mit je 6,6% am gesamten Aufkommen beteiligt.

Neben dieser Darstellung nach Eigentumsformen steht die Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen. Hier müßte jetzt deutlich werden, nach welchen Kriterien Leistungen in die Berechnung einbezogen werden. Ausgewiesen sind die Bereiche: Industrie und produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk), Bauwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Handel, übrige Bereiche. In den Vorbemerkungen wird in großen Umrissen erläutert, welche Leistungen in die Berechnung eingehen.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche sind in sehr unterschiedlichem Maße am Aufkommen des Brutto- und Nettoproduktes beteiligt. Entsprechend der Beschränkung dieser Berechnungen auf materielle Leistungen ist der Anteil des Bereichs "Industrie und produzierendes Handwerk" besonders groß. Er betrug 1964 etwa 69% des Bruttoproduktes. Die Beiträge der Bereiche "Land- und Forstwirtschaft (9,9%) und "Handel" (9,2%) waren ungefähr gleich groß. Die Anteile am Nettoprodukt waren nicht genau zu ermitteln, da nicht angegeben wird, wie stark die einzelnen Bereiche durch die Größe "Verrechnungen" beeinflußt werden - sie waren jedoch etwa gleich groß wie die Anteile am Bruttoprodukt.

d) Die Abgrenzung der materiellen Produktion bei der Aufkommensrechnung

Aber welches sind nun tatsächlich die Kriterien für diese Abgrenzung? Es wurde gezeigt, daß angeblich die Nützlichkeit der Leistungen nicht als Maßstab herangezogen wird. Reine Geldströme einzubeziehen, würde ebenfalls den Bereich der materiellen Produktion überschreiten. Die Antwort auf die gestellte Frage gibt die Definition der materiellen Güter: "Die materiellen Güter ... gliedern sich ihrer Herkunft nach in die aufgehäuften Arbeitsprodukte (Produktionsinstru-

mente, Rohstoffe, Konsumgüter) und in die in den Produktionsprozeß einbezogenen Naturschätze (bearbeiteter und zur Bearbeitung geeigneter Boden, Bodenschätze, Wälder, Gewässer und anderes)"¹⁾.

Wenn Naturschätze einbezogen werden, wird jedoch die ursprüngliche Definition verlassen: "Die in der sozialistischen Wirtschaft produzierten Waren - Produktionsmittel und Konsumtionsmittel - haben einen Wert, dessen Größe durch das Quantum der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bestimmt wird"²⁾.

Zum Beispiel wird im Bereich der Land- und Forstwirtschaft in die Aufkommensrechnung einbezogen die "Wertveränderung der Waldbestände (natürliches Wachstum und Aufforstung abzüglich Holzeinschlag)"³⁾. Dieses natürliche Wachstum dürfte nach der Arbeitswertlehre keinen Wert haben und könnte aus der Aufkommensrechnung gestrichen werden. Wenn es dennoch einbezogen wird, kann es nur auf Grund von Nutzenabwägungen bewertet werden. Dann sollten jedoch auf der anderen Seite auch andere nützliche, aber nicht im eng definierten Bereich der materiellen Produktion entstandene Güter oder Dienstleistungen einbezogen werden. Da dieses aber nicht geschieht, bietet die gesamte Aufkommensrechnung in Mitteldeutschland keine klaren Kriterien der Abgrenzung.

e) Die Verwendungsrechnung des Nationaleinkommens

Eine andere Schwierigkeit bieten die Begriffe "Verwendung und Verteilung", die mit derselben Bedeutung benutzt werden. Die Aufspaltung des Nationaleinkommens nach Akkumulation und Konsumtion wird zum Beispiel im Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966⁴⁾ als Verwendung, im Lehrbuch der Politökonomie⁵⁾ als Verteilung bezeichnet. Dieser übereinstimmende Gebrauch der beiden Begriffe entspricht der naturalen Betrachtungsweise in einer Zentralverwaltungswirtschaft. Über Verwendung und Verteilung

1) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 734.

2) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 601.

3) Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 35.

4) Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 36 und S. 50.

5) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 747.

der Güter muß in demselben Planungsvorgang entschieden werden. Eine naturale Güterbilanz weist nur zwei Seiten auf: Auf der einen Seite ist das Aufkommen verzeichnet, auf der anderen Verteilung und Verwendung der Güter. Damit ist die Verwendung für bestimmte Zwecke identisch mit der Verteilung der Güter auf Empfängergruppen. Im folgenden wird nur der Begriff "Verwendung" des Nationaleinkommens benutzt.

Das Nationaleinkommen wird verwendet für Akkumulation und Konsumtion. Die Akkumulation wird in drei Verwendungsbereiche untergliedert:

1. Fonds für die Erweiterung der Produktion (Erweiterung der Grundmittel im Bereich der materiellen Produktion).
2. Fonds für Neubauten kultureller und sozialer Bestimmung (Erweiterung der Grundmittel im nicht materiellen Bereich).
3. Fonds der gesellschaftlichen Reserven; hierzu rechnen vor allem die Veränderung der Bestände an materiellen Umlaufmitteln sowie die Veränderung der Vieh- und Waldbestände.

Die Konsumtion wird unterteilt in gesellschaftliche und individuelle Konsumtion. Es handelt sich auch hierbei nur um "Erzeugnisse und Leistungen, die aus dem produktiven Bereich und dem Import stammen"¹⁾. Die Abgrenzung ist auch hier wieder nicht klar durchgeführt: Einerseits werden zum Beispiel die Leistungen des Verkehrs- und Nachrichtenwesens für die Bevölkerung in die individuelle Konsumtion einbezogen, andererseits die Leistungen des dienstleistenden Handwerks ausgeschlossen. In die gesellschaftliche Konsumtion werden einige Posten als "lebensstandardwirksame gesellschaftliche Konsumtion"²⁾ aufgenommen - obwohl der Verbrauch vieler anderer Leistungen sicherlich ebenfalls die Höhe des Lebensstandards beeinflusst, ohne aufgenommen zu werden. Da nicht eindeutig geklärt ist, warum einige Posten in die Gesamtrechnung aufgenommen werden und andere nicht, muß auch die Zielsetzung dieser Berechnung unklar bleiben.

1) Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 36.

2) Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966, a.a.O., S. 36.

f) Die Aussagekraft der berechneten Größen

Über den Gesamterfolg einer Periode können die Zahlen des gesellschaftlichen Gesamtproduktes und des Nationaleinkommens nichts aussagen, da wesentliche Teile der gesellschaftlich nützlichen Arbeit nicht einbezogen werden. "Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Sphäre der materiellen Produktion schafft die Möglichkeiten ... für die raschere anteilmäßige Zunahme der Beschäftigten in dem Teil der nichtproduzierenden Sphäre, der die Zweige der Kultur umfaßt"¹⁾. Gerade diese Zweige werden aber nicht erfaßt, so daß bei planmäßiger Entwicklung der Wirtschaft ein immer größerer Teil der Tätigkeiten und Leistungen ausgeschlossen wird.

Dazu tritt das Problem, daß für einige Teile der Berechnungen weder exakte Mengen- noch Preisangaben vorliegen. Das natürliche Wachstum zum Beispiel muß erst einmal der Menge nach geschätzt und dann mit Hilfe angenommener Geldgrößen in Wertgrößen verwandelt werden, wobei dieser Wert die aufgewendete Arbeit nicht verkörpern kann. Ähnliche Schwierigkeiten treten auf, wenn der Wert des Eigenverbrauchs bestimmt werden soll.

Das grundsätzliche Problem der Bewertung der in diese Rechnung einbezogenen Güter²⁾ tritt in Mitteldeutschland auf, da die verwendeten Geldpreise nicht den Voraussetzungen für ein gleichgewichtiges Preissystem entsprechen. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt und das verwendete Nationaleinkommen werden zu effektiven wie zu vergleichbaren Preisen berechnet. Das beweist, daß die effektiven Preise nicht den Bewertungen entsprechen. Wenn sich der Wert der Waren aus der aufgewendeten Arbeit ergibt, kann es in jedem Jahr nur einen "richtigen" Wert geben. Hilfsmethoden bei der Berechnung des Gesamtwertes müssen nur angewendet werden, wenn die effektiven Preise diesem Wert nicht entsprechen. Dieses Problem kann aber nicht dadurch gelöst werden, daß die Waren mit ebenso "falschen" effektiven Preisen eines anderen Jahres bewertet werden.

Auch das Lehrbuch der Politökonomie behandelt diese Frage, wie der Wert des Nationaleinkommens in einer mit Geldrechnung arbeitenden Zentralverwaltungswirtschaft gemessen werden kann: "Da im Sozialismus Warenproduktion besteht, haben das Nationaleinkommen als Ganzes

1) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 732-733.

2) Vgl. im zweiten Teil unter C. 1.

und alle seine Bestandteile nicht nur Naturalform, sondern auch Wertform, Geldform; sie werden mit Hilfe des Geldes ausgedrückt und gemessen"¹⁾. Das Nationaleinkommen soll aber mit vergleichbaren Preisen berechnet werden, um die "realen Veränderungen seines Umfangs im Verlauf einiger Jahre festzustellen"²⁾. Das ist nur nötig, wenn die effektiven Preise nicht geeignet sind, den Wert der Güter in Geld richtig auszudrücken. Dann sind jedoch auch die vergleichbaren Preise dafür ungeeignet. So werden die beiden Arten der Berechnung mit Hilfe aussageloser Preise durchgeführt und können daher keine befriedigenden Ergebnisse bringen.

T e i l I V

DAS VERHÄLTNIS VON SOZIALPRODUKTSBERECHNUNGEN ZUR STAATLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

1. Die Größe des Sozialproduktes oder sein Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel

a) Marktwirtschaft

Kann nun ein bestimmter Umfang oder ein bestimmtes Wachstum der Güter- und Dienstleistungsproduktion überhaupt Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik sein? Für eine Marktwirtschaft muß diese Frage verneint werden. "Die zielbestimmenden Kräfte in einer Marktwirtschaft können die Vorbedingungen für das optimale volkswirtschaftliche Wachstum schaffen. Mit der Schaffung der Vorbedingungen werden sozusagen die Weichen gestellt. Ob die Unternehmer und Arbeiter dann den Weg gehen, um den vorgezeichneten Gedanken des volkswirtschaftlichen Wachstums zu verwirklichen, ist ihre Sache. Sie können frei planen. In der marktwirtschaftlichen Ordnung vertrauen die zielbestimmenden Kräfte darauf, daß die Freiheit des Planens Unternehmern und Arbeitern den Schwung und die Freude gibt, um das Menschenmögliche zu erreichen ... Aber eine bestimmte Wachstumsquote kann das marktwirtschaftliche System nicht vorzeichnen"³⁾. "In einem

1) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 733.

2) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 733.

3) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S.81-82.

marktwirtschaftlichen System kann man sich das volkswirtschaftliche Wachstum nur als Leitziel vornehmen ... Wenn man dagegen eine in Zahlen genau festgelegte Wachstumsrate ... erreichen will, muß man einen zentralen Produktionsplan aufstellen, also das zentralverwaltungswirtschaftliche Prinzip anwenden"¹⁾.

Die Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft kann bestimmte Verhaltensweisen der einzelnen Wirtschaftssubjekte sowie der Gesamtheit aller nicht erzwingen. Die Planungen der einzelnen Planträger können zwar beeinflußt werden, aber ein bestimmtes Wachstum kann durch die staatliche Wirtschaftspolitik selbst nicht herbeigeführt werden. Auch falls volkswirtschaftliches Wachstum wünschenswert erscheint, so kann die staatliche Wirtschaftspolitik doch nicht eine bestimmte Größe dieses Wachstums zum Ziel haben. Das Wachstum ergibt sich aus den verwirklichten außerwirtschaftlichen Zielen der vielen Planträger erster Ordnung.

Zum anderen sollte immer beachtet werden, daß eine Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung nicht unbedingt einer verbesserten Versorgung mit Sachgütern und Dienstleistungen gleichzusetzen ist. So sollten "wachstumshindernde Faktoren", wie zum Beispiel der Wunsch nach weniger Arbeitszeit und damit eine geringere Verwendung des Produktionsfaktors Arbeit, in wirtschaftspolitische Entscheidungen einbezogen werden. Im Extremfall könnte daher sogar für eine Periode die Verringerung der Produktion - und damit die Verringerung des Sozialproduktes - als wirtschaftspolitisches Ziel verfolgt werden.

Die Güter- und Dienstleistungsproduktion kann also nicht das entscheidende Kriterium für die Erreichung außerwirtschaftlicher Ziele sein. Die Größe des Sozialproduktes kann nur verstanden werden als eine Summe von Geldwerten, die unter bestimmten außerwirtschaftlichen Zielsetzungen entstand. Wenn diese außerwirtschaftlichen Ziele sich nach Art oder Wichtigkeit ändern, was als Normalfall mindestens über eine längere Zeit angenommen werden kann, wird die Aussagekraft der Sozialproduktsberechnungen gering, denn je länger die Vergleichsperioden auseinander liegen, um so schwerwiegender werden die Einwände sowohl gegen die Berechnung zu jeweiligen wie gegen die zu

1) Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, a.a.O., S.171 in Anmerkung 1.

festen Preisen. Änderungen der Bedürfnisse können in Sozialproduktberechnungen nicht erfaßt werden.

Das allgemeine Ziel der Nutzenmaximierung ist also nicht in dieser Form erreichbar. Durch politische Entscheidung müssen einzelne Teilziele aufgestellt werden, die aus dem allgemeinen Ziel abgeleitet werden können.

Sollte dann jedoch eine bestimmte Steigerung der Produktion und damit des Versorgungsgrades wünschenswert sein, so könnten die Erfolge in dieser Hinsicht besser durch eine Produktionsstatistik kontrolliert werden oder durch einen Produktionsmengen- oder -wertindex. Hier bietet die Statistik die Kontrollinstrumente, die nützlich sein können.

Auf der anderen Seite können bestimmte Teil-Gleichgewichte in der Volkswirtschaft Ziele der Wirtschaftspolitik sein, zum Beispiel ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt (möglichst vollständiger Einsatz der angebotenen Arbeitskraft, möglichst ohne Nachfrageüberhang), in der Zahlungsbilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben im internationalen Zahlungsverkehr, im öffentlichen Gesamthaushalt zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Ob Zielsetzungen dieser Art erreicht werden, kann wiederum die Statistik durch Einzeluntersuchungen der angesprochenen Bereiche nachweisen. Keine dieser Gleichgewichts-Zielsetzungen ist jedoch mit dem Begriff des Sozialprodukts verbunden; eine bestimmte Wachstumsrate des Gesamtprodukts kann keine dieser Zielsetzungen direkt erreichen helfen.

Eine dritte Art der Ziele kann im Streben nach bestimmten Stabilitäten bestehen, zum Beispiel nach Preisstabilität. Auch in einem solchen Fall ist jedoch nur ein Einzelziel gesetzt, das in keiner Beziehung zur Gesamtgröße des Sozialprodukts steht.

Schließlich kann eine bestimmte Entstehung, Verteilung oder Verwendung von Geldgrößen Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik sein, zum Beispiel vergrößerte Investitionsausgaben, höhere Sparbeträge, Einkommensumverteilung, höhere Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Hier sind ebenfalls nur Teilbereiche der Sozialproduktberechnung angesprochen, sofern es sich nur um tatsächliche Geldströme handelt.

In allen Fällen wird jedoch ein Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik formuliert, das nur einen Teilbereich des wirtschaftlichen Geschehens umfaßt. Ein solches Ziel kann also nicht angesehen werden als ein bestimmtes Wachstum des Sozialprodukts - und ein berechnetes Wachstum dieses Sozialprodukts kann nicht als Maßstab des Erfolges auf einem solchen Teilbereich verwendet werden.

Eine isolierte Betrachtung eines Teilbereiches kann jedoch normalerweise nicht Gegenstand der staatlichen Wirtschaftspolitik sein, da sich aus dem generellen Ziel der Nutzenmaximierung immer ein ganzes Bündel von Einzelzielen ergibt.

Untersucht werden müssen also die Auswirkungen einzelner Maßnahmen, die für ein Teilziel als wünschenswert empfunden werden, auf andere Teilbereiche. Hierfür kann die aus der makro-ökonomischen Wirtschaftstheorie entwickelte Statistik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wesentliche Hilfe geben, wenn sie Aussagen über die Beziehungen einzelner Gruppen von Wirtschaftssubjekten zueinander ermöglicht. Als Ziel für die staatliche Wirtschaftspolitik wird dann aber eine wünschenswerte Entwicklung von Einzelgrößen und Beziehungen zwischen Einzelgrößen angesehen, nicht das Gesamtwachstum des Sozialprodukts. Es sollte also die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht als eine Methode zur Berechnung des Sozialprodukts aufgefaßt werden, sondern das Sozialprodukt als eine im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (vielleicht nicht unbedingt notwendigerweise) auftretende Größe, deren Aussagekraft wesentlich geringer ist als die anderer Größen. Während die Veränderung bestimmter anderer Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in die Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik eingehen kann, kann die Veränderung der Größe "Sozialprodukt" ein solches Ziel nicht sein.

b) Zentralverwaltungswirtschaft

In einer Zentralverwaltungswirtschaft werden die außerwirtschaftlichen Ziele festgelegt, die in einer Planperiode erreicht werden sollen. Normalerweise ist das mit einem volkswirtschaftlichen Wachstum verbunden. Dann ist dieses Wachstum natürlich Ziel

der staatlichen Wirtschaftspolitik. Es muß aber berücksichtigt werden, daß die außerwirtschaftlichen Ziele nicht notwendigerweise durch ein maximales Wachstum der Produktion erreicht werden. Wird einem außerwirtschaftlichen Ziel der Vorrang vor anderen eingeräumt, so werden zwar einerseits Anstrengungen gemacht, um möglichst schnell die erforderlichen wirtschaftlichen Güter bereitzustellen. Unter diesem Aspekt ist ein maximales Wachstum der Wirtschaft wünschenswert. Andererseits werden aber einige für ein maximales Wachstum nötige Faktoren, zum Beispiel Arbeitskräfte, der Wirtschaft auch entzogen. Nicht das maximale Wachstum der Wirtschaft ist Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern eine geplante Größe der Gesamtproduktion, die möglichst erreicht werden soll und die erheblich unter dem sonst erreichbaren Maximum liegen kann.

Dieses Ziel der Wirtschaftspolitik kann jedoch nicht frei bestimmt werden, sondern es ergibt sich notwendigerweise als Folge anderer Entscheidungen. Nur in diesem Sinne ist eine bestimmte Größe des Gesamtproduktes oder ein bestimmtes Wachstum als Ziel der Wirtschaftspolitik anzusehen. Eigentliches Ziel ist in diesem Falle jedoch die mengenmäßige Mehrproduktion einiger Güter. Diese werden bewertet, und damit ist dieser Wertzuwachs Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die berechneten Größen (gesellschaftliches Gesamtprodukt und Nationaleinkommen) können aber den Gesamtnutzen der Güter nicht ausdrücken, da auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft der Nutzen nicht kardinal meßbar ist. Der Zuwachs an Nutzwerten kann also keinesfalls als prozentuale Steigerung ausgedrückt werden. Damit kann auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft ein bestimmtes Wachstum der berechneten Größen nicht das Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik ausdrücken.

2. Die Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen

Die errechneten Größen des Sozialproduktes könnten als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen nur dienen, wenn mit diesen Größen tatsächlich die einzelnen Leistungen mit ihren Nutzwerten erfaßt würden. Es wurde nachgewiesen, daß das jedoch in beiden Wirtschaftssystemen nicht der Fall ist.

In einer Marktwirtschaft können mit diesen Berechnungen keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen begründet werden, da die Bewertungen der einzelnen Sachgüter und Dienstleistungen statistisch nicht erfaßbar sind und damit auch durch die Sozialproduktsberechnungen nicht ausgedrückt werden können. Es gibt von der berechneten Größe des Sozialproduktes keine eindeutige Beziehung zur Höhe des Lebensstandards oder zum Umfang der Bedürfnisbefriedigung. Eine bestimmte Veränderung des berechneten Sozialproduktes oder seiner Wachstumsraten kann wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht hervorrufen, da die Ergebnisse der Berechnung nicht auf eine bestimmte Ursache zurückgeführt werden können, deren Beeinflussung die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu dienen hätten. Die dafür nötigen Kausalzusammenhänge können in der Gesamtgröße des Sozialproduktes nicht ausgedrückt werden. Wie bereits ausgeführt wurde, können die allgemeinen Vorstellungen der Nutzenmaximierung nicht die Form eines bestimmten Wachstums des Sozialproduktes annehmen, sondern nur als ein Bündel von Zielen in Einzelbereichen aufgestellt werden.

Jede Veränderung in den Einzelgrößen führt natürlich zu einer Veränderung der Größe "Sozialprodukt". Da es aber nicht zulässig ist, aus der Veränderung der Gesamtgröße auf eine bestimmte Ursache dieser Veränderung zu schließen, kann die statistische Feststellung eines solchen Vorgangs keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen auslösen. Damit kann die Sozialproduktsberechnung nicht als zweckmäßiges Instrument für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen angesehen werden. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen auf den Ergebnissen anderer Berechnungen basieren.

Eine Reihe dieser Zahlen muß die Statistik als Einzelgrößen bereitstellen, zum Beispiel die Erfassung der Auftragseingänge, der Arbeitsmarktsituation, der umlaufenden Geldmenge und vieler Einzelgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Erkenntnisse, die als Grundlage wirtschaftspolitischer Maßnahmen dienen können, ergeben sich aber nicht aus der Zusammenfassung zu einer Gesamtgröße "Sozialprodukt", sondern nur aus der Beobachtung und Analyse solcher Einzelentwicklungen,

Auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft können die Berechnungen des Gesamtproduktes die wirtschaftlichen Vorgänge nicht entsprechend den Nutzwerten der Leistungen wiedergeben. Es ist also auch dort nicht möglich, aus der Veränderung dieser Größen die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen abzuleiten. Da jedoch bei der zentralen Planung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses eine Gesamtgröße nach denselben Methoden als Planziffer errechnet wurde, kann die spätere Ist-Rechnung mit der Soll-Größe verglichen werden. Es muß dabei jedoch beachtet werden, daß die Übereinstimmung dieser beiden Größen nicht unbedingt die Erfüllung des Gesamtplanes in seinen Proportionen anzeigt. Als Erfolgskontrolle ist diese Größe daher unbrauchbar. Wenn aber die Ist-Größe von der Soll-Größe abweicht, wird damit eine Abweichung der Planerfüllung von den vorgegebenen Größen angezeigt, die irgendwelche wirtschaftspolitische Maßnahmen erfordert. Die Ergebnisse der Gesamtproduktsberechnung könnten aber nie eine bestimmte Maßnahme veranlassen, da sie nicht anzeigen können, in welchem speziellen Teil der Volkswirtschaft diese Störungen auftreten und in wie starkem Maße sie sich auswirken - welche Gegenmaßnahmen also erforderlich sind.

Hinzu kommt als wesentlicher Nachteil aller Sozialproduktsberechnungen, daß nur nach verhältnismäßig langer Zeit endgültige Zahlen angegeben werden können¹⁾. Dieses Instrument muß unhandlich sein, da zur endgültigen Berechnung alle Einzelangaben vorliegen müssen. Da einige Einzelgrößen nur nach längerer Zeit bekannt sind, bedeutet das, daß es sich um reine ex-post-Angaben handelt. Die Kenntnis der Größe und ihrer Veränderungen zeigt zwar Störungen, aber eine Korrektur des laufenden Prozesses ist dann nicht mehr möglich. Die wirtschaftspolitische Zentralstelle muß also schneller wirkende Instrumente der Erfolgskontrolle entwickeln und einsetzen, wenn die Störungen rechtzeitig erkannt und ihre Auswirkungen eingedämmt werden sollen. So erweist sich die Gesamtproduktsberechnung auch in der Zentralverwaltungswirtschaft als unzumutbares Kontrollinstrument für die Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse dieser Berechnungen können nicht Grundlage wirtschaftspolitischer Maßnahmen sein.

1) Vgl. für die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel S. 78, Anm. 1.

3. Der Mißbrauch von Sozialproduktsberechnungen als Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik

Die Berechnungen des Sozialprodukts sind, wie gezeigt wurde, ungeeignet zur Beurteilung des wirtschaftlichen Ergebnisses und damit ebenso ungeeignet als Grundlage wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die in irgendeiner Weise korrigierend in den Ablauf des Wirtschaftsprozesses einwirken sollen. In der Politik werden jedoch insbesondere die Größen des Volkseinkommens (bzw. des verwendeten Nationaleinkommens) pro Kopf der Bevölkerung und dessen Wachstumsraten oft zum Beweis aufgestellter Thesen verwendet. Damit sind dem Mißbrauch dieser Zahlen kaum Grenzen gesetzt, der sich in beiden Wirtschaftssystemen auf den Sektoren der inneren wie der äußeren Politik abspielt. Im folgenden sollen nur einige Beispiele solcher Mißbrauchsmöglichkeiten angeführt werden.

In der Innenpolitik könnten diese Zahlen als Indiz für den durchschnittlichen Lebensstandard verwendet werden. Es kann vor allem ein Wachstum des Lebensstandards vorgetäuscht werden, das in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Besonders in den Zentralverwaltungswirtschaften scheint diese Methode benutzt zu werden, um bei der Lösung des Leistungsproblems zu helfen. Die Forderung nach vermehrten Leistungen wird mit dem Ziel eines steigenden Lebensstandards begründet, der Erfolg hinterher mit Hilfe der Nationaleinkommensberechnung auch "bewiesen".

In Marktwirtschaften werden diese Zahlen oft von Interessentengruppen, aber auch von der staatlichen Wirtschaftspolitik, in Auseinandersetzungen mißbraucht. Zum Beispiel werden, trotz der Warnung des Statistischen Bundesamtes vor der Unzulänglichkeit der Produktivitätsberechnungen aus dem Sozialprodukt¹⁾, auch die errechneten Produktivitätsgrößen und ihre Veränderung immer wieder als "objektive" Kriterien oder gar als Beweis für die Richtigkeit einer These oder Forderung angeführt.

In der Außenpolitik können bei ideologischen Auseinandersetzungen große Zahlen, besonders Wachstumsraten, unberechtigt als "Beweis" der Überlegenheit eines Wirtschaftssystems angeführt werden. Auch ein hoher "Lebensstandard", ausgedrückt als Volkseinkommen pro Kopf, kann als Propaganda-Instrument eingesetzt werden.

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, a.a.O., S. 535.

Auf der anderen Seite bieten niedrige Zahlen Vorteile: Ein niedriges Pro-Kopf-Sozialprodukt verspricht bei der gegenwärtigen Lage internationale Hilfe. Und in manchen Fällen werden Beiträge in Prozent des Sozialproduktes gefordert, zum Beispiel als Entwicklungshilfe oder als Beiträge zu internationalen Institutionen.

Durch alle diese Möglichkeiten des Mißbrauchs ist die Sozialproduktsberechnung nicht nur mit der Wirtschaftspolitik, sondern auch mit allen anderen Formen der Staats- und Parteipolitik verbunden. Sie wird selber auf nationaler und internationaler Ebene zum Gegenstand der Interessen. Damit wird auch immer wieder versucht werden, durch zulässige oder unzulässige Beeinflussung der Berechnung die erwünschten Ergebnisse zu bekommen. Hierfür gibt es viele Möglichkeiten, bis zur unberechtigten Änderung der Berechnungs- und Abgrenzungsmethoden sowie der Richtlinien zur Schätzung der vielen nicht erfaßbaren Tatbestände, oder sogar bis zur Fälschung der Ergebnisse¹⁾. Oft ist auf die Möglichkeiten des Mißbrauchs statistischer Berechnungen hingewiesen und vor den Folgen gewarnt worden²⁾. Bei dem großen Interesse, das die Sozialproduktsberechnung hervorruft, muß bezweifelt werden, daß es ihr immer gelingt, von solchen Einflüssen frei zu bleiben.

Z u s a m m e n f a s s u n g

1. Die Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik sind in einem marktwirtschaftlichen System verschieden von den Aufgaben in einer Zentralverwaltungswirtschaft. Aber jede staatliche Wirtschaftspolitik muß ein Nutzenmaximum als Ergebnis des Wirtschaftens in einer Periode anstreben. Dieses Nutzenmaximum wird in den beiden Wirtschaftssystemen verschieden sein, da die Bewertungen auf unterschiedliche Weise erfolgen. Der Erfolg wird also in unterschiedlichem Sinne aufgefaßt werden müssen. Aber in beiden Wirt-

1) Auch das von der OEEC entwickelte Standardsystem volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, das einige Grundregeln der Berechnung vereinheitlicht, hat die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse von Sozialproduktsberechnungen nicht wesentlich verbessern können.

2) Vgl. zum Beispiel: Wagemann, Ernst: Narrenspiegel der Statistik, 3. Auflage, Bern 1950.

schaftssystemen besteht für die Träger der staatlichen Wirtschaftspolitik das Problem, den Erfolg ihrer unterschiedlichen Tätigkeiten festzustellen und zu überprüfen.

2. Dieses Problem könnte gelöst werden, wenn es gelänge, mit Hilfe von Nutzwertrechnungen den Erfolg aller einzelnen Tätigkeiten zu erfassen und dann den Gesamterfolg in einer Zahl auszudrücken. Dann könnte die Größe dieser Zahl den Grad des Erfolges wiedergeben. Diese Aufgabe ist im Bereich der Statistik den Sozialproduktsberechnungen übertragen worden. Die Untersuchung der angewendeten Methoden für die idealtypischen Systeme der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft zeigt jedoch, daß die Sozialproduktsberechnungen in keinem der beiden Wirtschaftssysteme dieser Aufgabe voll gerecht werden können.

3. In einer Marktwirtschaft können weder die jeweiligen Marktpreise noch feste Preise einer früheren Periode die Werte der einzelnen Güter wiedergeben. Daher können die Gesamtgrößen für eine Periode weder als absolute Zahl noch in der Veränderung gegenüber Vorperioden oder im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften Ergebnisse bringen, die eine Beurteilung des Wirtschaftens erlauben. Das Wachstum des berechneten Sozialproduktes kann also auch weder zum Erfolgsmaßstab für die wirtschaftliche Entwicklung in einem Lande noch als Vergleichsgröße für die Entwicklung in verschiedenen Ländern benutzt werden.

4. Das allgemeine Ziel der Nutzenmaximierung muß in einer Marktwirtschaft in der Form jeweils angestrebter Einzelziele angegeben werden. Der Erfolg dieser Bestrebungen kann durch statistische Einzelgrößen kontrolliert werden, wobei die Beobachtung und Analyse der Beziehungen zwischen verschiedenen Sektoren der Wirtschaft notwendig ist. So können die Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik in einer gut ausgebauten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angegeben und der Erfolg kontrolliert werden, wobei jedoch der Gesamtgröße des Sozialprodukts wenig Bedeutung zukommt.

5. In einer Zentralverwaltungswirtschaft könnte der gesamte Wirtschaftsprozeß ausschließlich natural geplant werden. In einem solchen Falle fehlt die wichtigste Voraussetzung für eine Sozialproduktsberechnung, die allgemeine Recheneinheit. Wird jedoch eine Geldrechnung eingeführt, bei der die Preise der Güter die Bewertungen anzeigen, so können auch diese Preise nicht verwendet werden, um mit Hilfe einer Sozialproduktsberechnung den Erfolg einer Wirtschaftsperiode zu messen. Es bleibt als echte Erfolgskontrolle immer nur die naturale Kontrolle der Erfüllung der Teilpläne, wobei die Kontrolle von Geldströmen als Hilfsmittel verwendet werden kann.

6. In den realisierten Ordnungen nicht vollständiger naturaler Planung des Wirtschaftsprozesses kann einer Gesamtproduktsberechnung jedoch eine gewisse Bedeutung zukommen für den Bereich der Planung, wenn angenommene zukünftige Entwicklungen als monetäre Zusammenfassungen in einem Gesamtplan ausgedrückt werden. Hieraus lassen sich einzelne Kennziffern für einzelne Bereiche und Pläne ableiten, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß die Angaben wegen des Fehlens einer vollständigen naturalen Planung und wegen der Unzulänglichkeit des Preissystems von den tatsächlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten abweichen. Solche Fehler müssen aber in Kauf genommen werden, da sonst ein vollständiges Plansystem gar nicht aufzubauen ist.

7. In keinem der beiden idealtypischen Systeme kann also die Größe des Sozialprodukts den Erfolg einer Wirtschaftsperiode angeben, auch nicht unter den jeweils günstigsten Voraussetzungen. Das Wachstum des nach den erwähnten Methoden berechneten Sozialprodukts um einen möglichst hohen Prozentsatz kann damit nicht allgemeines Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik sein, denn es könnte zumindest dem Ziel der Nutzenmaximierung widersprechen. Zum anderen können damit die Zahlen für das Sozialprodukt auch nicht zum internationalen Vergleich der wirtschaftlichen Lage einzelner Länder herangezogen werden. Unabhängig von den in der Praxis auftretenden Schwierigkeiten der Erfassung richtiger Größen und ungeachtet der Schwierigkeiten, die durch unterschiedliche Begriffsinhalte und Abgrenzungen entstehen, kann

die Berechnungsmethode selbst den in diesem Falle gestellten Forderungen nicht gerecht werden.

8. Für die staatliche Wirtschaftspolitik in beiden Wirtschaftssystemen kann daher weder das Ziel als Einzelgröße angegeben werden, noch kann mit einer einzelnen Globalgröße der Erfolg gemessen werden. Beurteilung, Kontrolle, zwischenzeitliche oder zwischenstaatliche Vergleiche können nur auf einer großen Zahl von Einzelgrößen beruhen.

Verzeichnis der benutzten Literatur

1. Im Text aufgeführte Schriften

- Böhm-Bawerk, Eugen von: Kapital und Kapitalzins, 4. Auflage, Zweite Abteilung, Positive Theorie des Kapitals, Jena 1921.
- Bombach, Gottfried: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - eine Weltanschauung? in: Weltwirtschaftliches Archiv, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. von Fritz Baade, Bd. 75, 1955, II, S. 1⁺ - 27⁺.
- Bombach, Gottfried: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Eine Erwiderung. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. von Fritz Baade, Bd. 77, 1956, II, S. 7⁺ - 9⁺.
- Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, Bd. 8 der Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 2. Auflage, Heidelberg 1961.
- Boulding, Kenneth Ewart: Income or Welfare. In: The Review of Economic Studies, Vol.17, 1949-1950, S. 77 - 86.
- Carell, Erich: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 10. Auflage, Heidelberg 1963.
- Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Auflage, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1959.
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, Tübingen, Zürich 1960.
- Fellner, Friedrich von: Das Volkseinkommen und dessen statistische Erfassung. In: Der internationale Kapitalismus und die Krise, Festschrift für Julius Wolf, Stuttgart 1932.
- Forschungsstelle zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen: Das Volkseinkommen, hrsg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1952.
- Giersch, Helmut: Allgemeine Wirtschaftspolitik - Grundlagen - Wiesbaden 1960.
- Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Band, Die Produktion, 9. Auflage, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963.

- Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Heft 5 der Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Stuttgart 1965.
- Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung, Nationalbudget und Nationalplan, Bd. 6 der Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Gießen 1958.
- Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Heft 1 der Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, 2. Auflage, Stuttgart 1959.
- Hicks, John Richard: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Reinbek bei Hamburg 1962.
- Hofmann, Werner: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Berlin 1954.
- Hofmann, Werner: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Eine Antikritik. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. von Fritz Baade, Bd. 77, 1956, II, S. 1⁺ - 6⁺.
- Illy, Leo: Das Gesetz des Grenznutzens, Wien 1948.
- Jochimsen, Reimut: Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik, Veröffentlichungen der List Gesellschaft e.V., Band 21, Tübingen 1961.
- Kraus, Willy: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Wiesbaden 1961.
- Marx, Karl: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Buch I, Der Produktionsprozeß des Kapitals, Berlin-Ost 1960.
- Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries. Report by a group of experts appointed by the Secretary-General of the United Nations, United Nations Department of Economic Affairs, New York 1951.
- Mertsch, Fritz: Die Aufgaben der Statistik in verschiedenen Wirtschaftsordnungen, Berlin 1954.
- Moeller, Hero: Statistik, Berlin und Wien 1928.
- Paulsen, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre I, Sammlung Götschen, Band 1169, 5. Auflage, Berlin 1964.
- Paulsen, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre IV, Sammlung Götschen, Band 1172, 4. Auflage, Berlin 1966.

- Politische Ökonomie, Lehrbuch, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, 4. Auflage nach der 3. russischen Ausgabe, Berlin-Ost 1961.
- Roscher, Wilhelm: System der Volkswirtschaft, 1. Band, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 4. Auflage, Stuttgart 1861.
- Samuelson, Paul A.: Volkswirtschaftslehre, Band I und II, 3. Auflage, Köln 1964.
- Statistische Praxis, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin-Ost, verschiedene Jahrgänge.
- Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Mainz, verschiedene Jahrgänge.
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin-Ost, verschiedene Jahrgänge.
- Stobbe, Hanna: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Kieler Schrifttumskunden zu Wirtschaft und Gesellschaft, Band 1, Kiel 1960.
- Wagemann, Ernst: Marrenspiegel der Statistik, 3. Auflage, Bern 1950.
- Wagenführ, Polf: Der internationale wirtschafts- und sozialstatistische Vergleich, Freiburg 1959.
- Wagenführ, Polf: Statistik leicht gemacht, 3. Auflage, Köln 1952.
- Westergaard, Harald: Die Grundzüge der Theorie der Statistik, Jena 1890.
- Wieser, Friedrich von: Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß der Sozialökonomik, Band 1, Tübingen 1914.
- Wieser, Friedrich von: Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Wertes, Wien 1884.
- Wieser, Friedrich von: Der natürliche Wert, Wien 1889.
- Weisser, Gerhard: Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialproduktes. Die Unmöglichkeit des sogenannten "rein ökonomischen Standpunktes". In: Leonard Nelson zum Gedächtnis, hrsg. von Minna Specht und Willy Eichler, Frankfurt, Göttingen 1953, S. 151 - 191.

Welter, Erich: Artikel "Volkswirtschaftspolitik", in: Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, 2. Band, 5. Auflage, Wiesbaden 1962.

Wirtschaft, Das Fischer Lexikon, verfaßt und hersg. von Heinrich Rittershausen, Frankfurt 1958.

Wirtschaft und Statistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Mainz, verschiedene Jahrgänge.

2. Andere benutzte Literatur

Bayer, Hans: Wirtschaftsgestaltung, Berlin 1958.

Bayer, Hans: Wirtschaftsprognose und Wirtschaftsgestaltung, Berlin 1960.

Brass, Heinz: Außenhandel und Nationaleinkommen im Sozialismus, Berlin-Ost 1961.

Cannan, Edwin: Der wirtschaftliche Wohlstand, Bern 1948.

Cole, G.D.H.: Principles of Economic Planning, London 1935.

Fein, Erwin: Bilanzbildsequenzen. Ein Versuch über die Anwendung betriebswirtschaftlicher Methoden auf die nationalökonomische Forschung, Bern 1951.

Fürst, Hildegard: Einkommen, Nachfrage, Produktion und Konsum des privaten Haushalts in der Marktwirtschaft, Stuttgart, Köln 1956.

Gilbert, Milton und Irving B. Kravis: An international comparison of national products and the purchasing power of currencies. O.E.E.C., Paris o.J.

Girod, Charlotte: Der Begriff des Volkseinkommens in der Nationsökonomie - ein dogmengeschichtlicher Beitrag, phil. Dissertation, Leipzig 1927.

Gleitze, Bruno: Das Zusammenführen volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Aspekte in der Wirtschaftsstatistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 4, 1961, S. 313 - 323.

Hagen, Hermann-Joseph: Nationalbudget und Wirtschaftsordnung, volkswirtschaftliche Disseration, Köln 1961.

Hawtrey, R.G.: Capital and Employment, London, New York, Toronto 1952.

Haydt, Eugen: Die ökonomische Zurechnung, Leipzig, Wien 1931.

- Herrde, Eva und Otfried Kuhn: Grundlagen der Statistik für Wirtschaftler, 4. Auflage, Berlin-Ost, 1961.
- Jipp, A.G.W.: Berechenbare Größen in der Volks- und Verkehrswirtschaft. Grenzen und neue Möglichkeiten der Vorausplanung, München 1962.
- Jostock, Paul: Das Sozialprodukt und seine Verteilung, Paderborn o.J.
- Kellerer, Hans: Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben, Rowohlt's Deutsche Enzyklopädie, Band 103/104, Hamburg 1960.
- Khan, Salim Ullah: Probleme der Volkseinkommensberechnung in Pakistan, Stuttgart 1963.
- Koziolok, Helmut: Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie des Nationaleinkommens, Berlin-Ost 1957.
- Krelle, Wilhelm: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, einschließlich input-output-Analyse mit Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1959.
- Maury, René: Note sur la comparaison des revenus nationaux, Paris 1954.
- Mehring, Otto Freiherr von: Volkswirtschaftliche Produktivität und volkswirtschaftlicher Gesamtnutzen, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Band V, Heft 4, Wien 1934, S. 533-539.
- Modigliani, Franco und Kalman J. Cohen: The Role of Anticipations and Plans in Economic Behaviour and their Use in Economic Analysis and Forecasting, in: University of Illinois Bulletin, Vol. 58, No. 38, Urbana 1961.
- Morris, Ruby Turner: Fundamentals of Economics, New York 1961.
- Nell-Breuning, Oswald von: Zur Wirtschaftsordnung; Wörterbuch der Politik, Heft IV, Freiburg 1949.
- Nove, Alec: Die Sowjetische Wirtschaft, Wiesbaden o.J.
- Ohlsson, Ingvar: On National Accounting, Stockholm 1961.
- Peter, Hans: Probleme der Volkswirtschaft, Frankfurt 1959.
- Peter, Hans: Strukturlehre des Wirtschaftskreislaufes, Berlin 1943.
- Peter, Hans: Zur Geschichte, Theorie und Anwendung der Kreislaufbetrachtung, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 89. Jg., Heft 1, 1953, S. 1-35.

- Pfleiderer, Otto: Die Staatswirtschaft und das Sozialprodukt, Jena 1930.
- Plüss, Max: Der Erfolg der Volkswirtschaft, volkswirtschaftliche Dissertation, Basel 1934.
- Preiser, Erich: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957.
- Röpke, Wilhelm: Die Lehre von der Wirtschaft, 10. Auflage, Erlenbach, Zürich und Stuttgart 1965.
- Rosenstein-Rodan, P.N.: Artikel "Grenznutzen", in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, 4. Band, Jena 1927, S. 1190 - 1223.
- Rudolph, J. und G. Friedrich: Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, Berlin-Ost, 1957.
- Ruggles, Richard: Volkseinkommen und volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wien, Stuttgart 1952.
- Stöwe, Heinz: Ökonometrie und makroökonomische Theorie, Stuttgart 1959.
- Strickrodt, Georg: Das Nationalbudget - Seine Bedeutung für die politische Strategie und das unternehmerische Handeln, Sonderheft N.F., Nr. 25, Reihe A: Forschung, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin o.J.
- Strickrodt, Georg: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in der Verfassungsordnung, Heidelberg 1957.
- Strickrodt, Georg: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Realisierungsinstrument des öffentlichen Vertrauens, in: Sozialer Fortschritt, 6. Jg., Heft 10, Oktober 1957, S. 217-222.
- Theil, H.: Economic Forecasts and Policy, Amsterdam 1961.
- Tinbergen, Jan: Einführung in die Ökonometrie, Wien, Stuttgart 1952.
- Tippett, L.H.C.: Einführung in die Statistik, Wien, Stuttgart 1952.
- Vleugels, Wilhelm: Die Lösungen des wirtschaftlichen Zurechnungsproblems bei Böhm-Bawerk und Wieser, in: Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, Geisteswissenschaftliche Klasse, 7. Jahr, Heft 5, Halle 1930.
- Wagemann, Ernst: Einführung in die Konjunkturlehre, Leipzig 1929.
- Weiß, F.X.: Artikel "Wert", in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Jena 1928, 8. Band, S. 988-1017.

- c.V. Income and Wealth Series, herausgegeben von der International Association for Research in Income and Wealth, Cambridge, verschiedene Jahre.
- o.V. Das Nationalbudget - Begriff und Arten. Heft 1 der Beiträge des Deutschen Industrieinstituts, Köln 1963.
- o.V. Die sozialpolitische Bedeutung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V., Bad Godesberg 1958, Berlin 1958.
- o.V. Sozialprodukt und Lohnentwicklung, Diskussionsveranstaltung der Pressestelle Hessischer Kammern und Verbände, Frankfurt 1954.
- o.V. Ein Standard-System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, O.E.E.C., Paris 1952.
- o.V. Studies in Income and Wealth - Conference on Research in Income and Wealth, New York, verschiedene Jahre.
- o.V. Vergleich zwischen den Wirtschaftssystemen in der Welt. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 24. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute in Bad Godesberg am 2. und 3. Juni 1961. Heft 8 der Beihefte der Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Berlin 1961.
- o.V. Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Jg. 1950.
- o.V. Volkswirtschaftliche Buchführung, hrsg. von der Forschungsstelle zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen, Wien 1953.

Lebenslauf

Am 17. Juli 1935 wurde ich als Sohn des Dr. Ing. Heinrich Stoffregen und seiner Ehefrau Martha, geb. Heinemann, in Rheydt geboren. Nach der Volksschulzeit in Berlin und Göttingen (1941-1944) besuchte ich das Gymnasium in Göttingen, die Oberschule in Bad Gandersheim und die Tellkampfschule in Hannover, an der ich am 3. 3. 1954 die Reifeprüfung ablegte.

Vom Sommersemester 1954 bis einschließlich Sommersemester 1956 studierte ich an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Volkswirtschaft. In den Semesterferien durchlief ich mehrere Praktika bei einer Bank sowie in einem Industriebetrieb.

Im Studienjahr 1956/57 studierte ich Wirtschaftswissenschaften an der London School of Economics and Political Science im Rahmen des General Full Course. Anschließend praktizierte ich für drei Monate in der statistischen Abteilung der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg. Vom Wintersemester 1957/58 bis zum Wintersemester 1958/59 studierte ich wieder in Kiel und kam zum Sommersemester 1959 an die Philipps-Universität nach Marburg, wo ich am 22. Juli 1960 die Diplomprüfung für Volkswirte bestand.

Vom 1. März 1961 bis zum 30. September 1963 war ich als wissenschaftliche Hilfskraft am Betriebswirtschaftlichen Lehrstuhl der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Philipps-Universität Marburg tätig.

Seit 1. Oktober 1963 bin ich Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle am Institut für Genossenschaftswesen in Entwicklungsländern der Philipps-Universität und nehme dort seit dem Wintersemester 1964/65 einen Lehrauftrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät für Übungen in Betriebswirtschaftslehre und Genossenschaftslehre wahr.

